



3 2007

60. Jg., 6.–8. KW, 22. Februar 2007

ifo Schnelldienst

Zur Diskussion gestellt

*Heinrich Tieman, Stefanie Wahl, Alexander Gunkel,
Reinhold Schnabel*

- Rente mit 67 - Folgen für den Arbeitsmarkt?

Forschungsergebnisse

Axel Bertuch-Samuels

- Financial Markets

Klaus Abberger und Wolfgang Nierhaus

- ifo Geschäftsklima und konjunkturelle Wendepunkte

Daten und Prognosen

Volker Rußig

- Wohnungsneubau in Europa erreicht Rekordniveau

Erich Gluch und Lars Hornuf

- Auswirkungen der Globalisierung auf die Bauwirtschaft

Erich Gluch

- Mittelfristige Aussichten der weltweiten Baunachfrage

Im Blickpunkt

Erich Gluch

- ifo Architektenumfrage: Geschäftsklima trübt sich erneut ein

Anna Stangl

- Der Index für Konjunkturerwartungen des ZEW und des ifo Instituts

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifode.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Prof. Dr. Gebhard Flaig,
Dr. Gernot Nerb, Dr. Wolfgang Ochel, Dr. Heidemarie C. Sherman, Dr. Martin Werding.

Vertrieb: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

Druck: Fritz Kriechbaumer, Taufkirchen.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Zur Diskussion gestellt

Rente mit 67 – Folgen für den Arbeitsmarkt?

3

Welche Anforderungen an den Arbeitsmarkt sind mit der schrittweisen Anhebung der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung auf 67 Jahre verbunden? *Heinrich Tiemann*, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, unterstreicht, dass nicht nur die Bundesregierung und die Verantwortlichen in den Ländern und Kommunen, sondern auch die Sozialpartner auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene gefordert sind. *Stefanie Wahl*, Institut für Wirtschaft und Gesellschaft, Bonn, sieht die größte Anpassungslast bei den Unternehmen und Arbeitnehmern: »Erstere müssen künftig Innovationen und Produktivität, sprich: ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit mit den vorhandenen älter werdenden Mitarbeitern erreichen. Letztere müssen alles daran setzen, dass sie die fachlichen und physisch-psychischen Anforderungen bis zum Erreichen der Altersgrenze erfüllen.« *Alexander Gunkel*, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, fordert ergänzend beschäftigungsfördernde Reformen, insbesondere im Bereich der Bildung. Und für *Reinhold Schnabel*, Universität Duisburg-Essen, ist es entscheidend, die Qualifikation der Erwerbstätigen zu sichern.

Forschungsergebnisse

Financial Market Update

17

Axel Bertuch-Samuels

Am 22. und 23. März 2007 findet die CESifo International Spring Conference statt. Hauptthema der Veranstaltung ist die Verfassung der Finanzmärkte in einem Umfeld sich abschwächenden weltwirtschaftlichen Wachstums. Was sind die Risikopotentiale nach Jahren ohne nennenswerte Krisen angesichts hoher Liquidität und gesteigener Risikobereitschaft der Investoren? Diesem Thema widmet sich schwerpunktmäßig *Axel Bertuch-Samuels*, Stellvertretender Direktor der Abteilung Geld- und Kapitalmärkte des Internationalen Währungsfonds in Washington. In seinem Vortrag mit dem Titel »Challenges for Financial Markets in Slowing Global Growth?« wird er Überlegungen zur Aktualisierung des Financial Market Update im April 2007 präsentieren.

Das ifo Geschäftsklima und Wendepunkte der deutschen Konjunktur

26

Klaus Abberger und Wolfgang Nierhaus

Das ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft ist ein viel beachteter Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Die hier präsentierten Berechnungen zeigen, dass das ifo Geschäftsklima hinsichtlich der Vorlaufeigenschaften speziell an *konjunkturellen Wendepunkten* sehr gut abschneidet. Im betrachteten Untersuchungszeitraum 1970 bis 2006 konnte das ifo Geschäftsklima die weitaus überwiegende Zahl der datierten Wendepunkte frühzeitig signalisieren.

Daten und Prognosen

Wohnungsneubau in Europa erreicht Rekordniveau Ausgewählte Ergebnisse der Euroconstruct-Winterkonferenz 2006

32

Volker Rußig

Nach den aktuellen Prognosen der Experten aus den 19 Mitgliedsländern des Euroconstruct-Netzwerks ist beim Bauvolumen zur Errichtung neuer Eigenheime und Mehrfamiliengebäude, das bis 2006 hohe reale Zuwächse verzeichnen konnte, im laufenden Jahr mit einer Abflachung und bis 2009 sogar mit leichten Rückgängen zu rechnen.

Auswirkungen der Globalisierung auf die Bauwirtschaft

41

Erich Gluch und Lars Hornuf

Das Schwerpunktthema der 62. Euroconstruct-Konferenz, die am 1. Dezember 2006 in München stattfand, lautete »Auswirkungen der Globalisierung auf die Bauwirtschaft«. Fünf namhafte Experten stellten, neben den gravierenden Veränderungen der letzten Jahre, ihre Prognosen zur Entwicklung der Bauwirtschaft vor und benannten die zukünftigen Wachstumsfelder. Ihre Referate sind hier kurz zusammengefasst.

Mittelfristige Aussichten der weltweiten Baunachfrage nicht ungünstig

50

Erich Gluch

Im Vorfeld der 62. Euroconstruct-Konferenz nutzte das ifo Institut seine vierteljährlich durchgeführte weltweite Expertenbefragung bei über 1 000 Teilnehmern in 90 Ländern, den World Economic Survey, WES, um in einer Sonderfrage Informationen über die zukünftige weltweite Entwicklung der Baunachfrage zu gewinnen.

Im Blickpunkt

ifo Architektenbefragung: Geschäftsklima trübt sich erneut ein

53

Erich Gluch

Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Umfrage des ifo Instituts bei den freischaffenden Architekten hat sich das Geschäftsklima zu Beginn des 4. Quartals 2006 weiter eingetrübt. Die derzeitige Auftragssituation wurde sichtlich schlechter als im Vorquartal beurteilt. Und auch die Perspektiven wurden etwas ungünstiger eingeschätzt.

Der Index für Konjunkturerwartungen des ZEW und des ifo Instituts, WES, sind für Deutschland identisch

55

Anna Stangl

Der Index für die Konjunkturerwartungen für Deutschland, der aus den Daten des vierteljährlich erhobene Ifo World Economic Survey, WES, gewonnen werden kann, ist nahezu identisch mit dem ZEW-Indikator. Ein Vergleich zeigt, dass die Lageurteile und die Erwartungen der beiden Konjunkturbarometer stark übereinstimmen.

Führt die schrittweise Anhebung der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung auf 67 Jahre zu einer Erhöhung des Arbeitsangebots für ältere Arbeitnehmer? Welche Anforderungen an den Arbeitsmarkt sind damit verbunden?

Es bedarf eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses

Herausforderungen

Die Anhebung der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) auf 67 Jahre ist erforderlich, um Deutschland zu modernisieren und für die Zukunft fit zu machen. Deutschland muss die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen und als technologischer Spitzenstandort im internationalen Wettbewerb bestehen. Von entscheidender Bedeutung dafür ist die Sicherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Sie ist die Basis unserer Sozialsysteme. Um weiter wirtschaftlich erfolgreich zu sein, bedarf es nicht nur Investitionen in Forschung und Entwicklung. Deutschland kann es sich künftig nicht mehr leisten, die Potentiale einzelner gesellschaftlicher Gruppen ungenutzt zu lassen. Dies betrifft alle gesellschaftlichen Gruppen, auch und gerade die Älteren. Die Anhebung der Altersgrenze ist daher nicht nur unter rentenpolitischen Gesichtspunkten notwendig. Vielmehr ist sie auch Element einer Modernisierungsstrategie, die der langfristigen Sicherung des sozialen Sicherungssystems und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dient.

Deutschland befindet sich derzeit in einer deutlichen wirtschaftlichen Aufschwungsphase, die nach übereinstimmender Auffassung der führenden Wirtschaftsinstitute weiter anhalten wird. So ist das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2006 um 2,7% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die verbesserte Wirtschaftslage hat sich auch auf dem Arbeitsmarkt niedergeschlagen: Absolut betrachtet hat sich die Zahl der Arbeitslosen im Januar ge-

genüber dem Vorjahr um rund 764 000 auf rund 4,2 Mill. Personen verringert.

Besonders erfreulich ist, dass der Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im vergangenen Jahr gestoppt werden konnte. Erstmals seit mehreren Jahren konnte wieder ein Zuwachs festgestellt werden. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist nach Schätzung der Bundesagentur für Arbeit auf 26,95 Millionen im November 2006 angestiegen. Dies sind 428 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr als im entsprechenden Monat des Vorjahres.

Die Bundesregierung erwartet, dass das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2007 um 1,7% steigen wird. Deutschland schwimmt dabei nicht bloß auf der Woge der Weltkonjunktur. Denn im Unterschied zu den Jahren zuvor beruht der konjunkturelle Schwung nicht mehr allein auf einer kräftigen Zunahme der Exporte von Waren und Dienstleistungen, sondern die inländische Verwendung trägt ebenfalls spürbar zum Anstieg bei: Erstmals seit 2001 lässt sich ein Aufschwung beobachten, der von allen Pfeilern der inländischen Verwendung getragen wird. Es gilt, das Wachstumspotential auch langfristig aufrechtzuerhalten. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung müssen dafür bereits heute die Weichen gestellt werden.

Anhebung der Altersgrenzen – eine wichtige Maßnahme zur Gestaltung der demographischen Entwicklung

Die demographische Entwicklung stellt die Gesellschaft vor große Herausforderungen, auf die schon heute reagiert werden muss. Die erwartete Entwicklung stellt sich gemäß den neuesten Bevölkerungsvorausschätzungen des Statistischen Bundesamtes wie folgt dar: Bei der Altersgruppe der 20- bis 64-Jährigen ist bis



Heinrich Tiemann*

* Heinrich Tiemann ist Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

zum Jahr 2030 mit einem Rückgang um über 5 Millionen. auf dann rund 45 Millionen zu rechnen. Im selben Zeitraum wird sich die Zahl der über 65-Jährigen um mehr als 6 Millionen auf dann etwa 22 Millionen erhöhen.

Aufgrund dieser Entwicklung wird die Zahl der auf dem Arbeitsmarkt verfügbaren Arbeitskräfte deutlich zurückgehen; ab 2020 dürfte sich dieser Prozess zunehmend beschleunigen. Die Folgen: Auf der einen Seite werden sich die Beschäftigungsperspektiven grundsätzlich verbessern. Auf der anderen Seite aber wird sich der derzeit in einzelnen Branchen bereits vorherrschende Fachkräftemangel auf den gesamten Arbeitsmarkt ausweiten.

Der demographisch bedingte Rückgang des Arbeitskräftepotentials lässt sich weder umkehren noch stoppen. Allerdings kann er abgeschwächt werden. Dazu trägt zum Beispiel Zuwanderung bei, ohne die sich die aufgezeigte Entwicklung noch verschärfen würde. Mit Zuwanderung alleine ist das Problem allerdings nicht zu lösen. Das wirksamste Mittel gegen den langfristig absehbaren Arbeitskräftemangel

ist eine steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen und eine höhere Erwerbsbeteiligung der Älteren durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Deutschland wird es sich in Zukunft nicht mehr leisten können, auf die Arbeitskraft und die Erfahrung der älteren Mitarbeiter zu verzichten.

Gewiss, die Anhebung der Altersgrenze ist notwendig, um die Beitragssatz- und Niveausicherungsziele in der Rentenversicherung einhalten zu können. Die schrittweise Anhebung der Regelaltersgrenze auf das Alter 67 bis zum Jahr 2029 ist aber auch Teil einer langfristig angelegten Strategie und die angemessene Antwort auf die demographische Entwicklung.

Die Anhebung der Altersgrenzen stellt zugleich eine zielgerichtete Antwort auf die zunehmende Lebenserwartung dar, die in den vergangenen Jahrzehnten stetig gestiegen ist und mit zu einer deutlichen Verlängerung der Rentenbezugsdauer geführt hat. So hat sich die durchschnittliche Rentenbezugsdauer in den vergangenen 40 Jahren um sieben Jahre auf nunmehr rund 17 Jahre erhöht. Es wird davon aus-

Wesentliche Maßnahmen des Entwurfes des RV-Altersgrenzenanpassungsgesetzes

– Regelaltersgrenze

Die Regelaltersgrenze soll von 2012 an beginnend mit dem Jahrgang 1947 bis zum Jahr 2029 stufenweise auf 67 Jahre angehoben werden. Die Stufen der Anhebung sollen zunächst einen Monat pro Jahrgang (Regelaltersgrenze von 65 auf 66 Jahre) und dann ab Jahrgang 1959 zwei Monate pro Jahrgang (Regelaltersgrenze von 66 auf 67 Jahre) betragen. Für alle nach 1963 Geborenen gilt die Regelaltersgrenze 67 Jahre.

– Altersrente für besonders langjährig Versicherte mit 45 Pflichtbeitragsjahren

Mit Beginn der stufenweisen Anhebung der Regelaltersgrenze zum 1. Januar 2012 wird für besonders langjährig Versicherte eine neue Altersrente eingeführt. Versicherte mit außerordentlich langjähriger – nicht selten belastender – Berufstätigkeit und entsprechend langer Zahlung von Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung werden privilegiert. Anspruch auf einen abschlagsfreien Renteneintritt nach Vollendung des 65. Lebensjahres haben Versicherte, die mindestens 45 Jahre mit Pflichtbeiträgen aus Beschäftigung, selbständige Tätigkeit und Pflege sowie Zeiten der Kindererziehung bis zum zehnten Lebensjahr des Kindes erreichen. Die Altersrente für besonders langjährig Versicherte kann nicht vorzeitig in Anspruch genommen werden.

– Altersrente für langjährig Versicherte

Die Altersgrenze für eine abschlagsfreie Altersrente für langjährig Versicherte wird stufenweise von 65 auf 67 Jahre angehoben. Die vorzeitige Inanspruchnahme dieser Altersrente soll wie bisher frühestens mit 63 Jahren möglich sein; die nach geltendem Recht künftig vorgesehene Absenkung dieser unteren Altersgrenze unterbleibt. Die Inanspruchnahme dieser vorgezogenen Altersrente ab 63 Jahren – vier Jahre vor der Möglichkeit des abschlagsfreien Bezugs – ist mit einem Rentenabschlag von 14,4% verbunden.

– Altersrente für schwerbehinderte Menschen

Die Altersgrenze für eine abschlagsfreie Altersrente für schwerbehinderte Menschen wird stufenweise von 63 auf 65 Jahre angehoben. Die Altersgrenze für die früheste vorzeitige Inanspruchnahme dieser Rente wird von 60 auf 62 Jahre angehoben. Damit verbleibt es bei einem maximalen Abschlag in Höhe von 10,8% bei einer frühestmöglichen Inanspruchnahme drei Jahre vor dem abschlagsfreien Bezug.

– Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit

Das Referenzalter für die Berechnung von Abschlägen bei Inanspruchnahme einer Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit oder einer Hinterbliebenenrente wird auf 65 Jahre angehoben. Für Versicherte mit 35 Pflichtbeitragsjahren verbleibt es bei dem bisherigen Referenzalter von 63 Jahren. Ab 2024 gilt dieses Referenzalter nur noch für erwerbsgeminderte Versicherte, die 40 Pflichtbeitragsjahre nachweisen können. Als Pflichtbeitragsjahre gelten dieselben Zeiten wie bei der Altersrente für besonders langjährig Versicherte.

– Große Witwenrente und Witwerrente

Die Altersgrenze für diese Rente wird um zwei Jahre auf das 47. Lebensjahr heraufgesetzt.

– Renten für knappschaftlich Versicherte

Die Anhebung der Altersgrenzen um zwei Jahre wird auf den Bereich des Bergbaus übertragen.

– Nachholung unterbliebener Rentenanpassungen

Modifizierung der Schutzklausel bei der Rentenanpassung: Ab 2011 werden seit 2005 unterbliebene Anpassungsdämpfungen realisiert, wenn aufgrund der Lohnentwicklung Rentensteigerungen möglich sind.

gegangen, dass die Lebenserwartung bis zum Jahr 2030 bei 65-jährigen Männern und Frauen um gut zweieinhalb Jahre weiter anwachsen wird.

Dem Vorwurf, die Anhebung des Rentenalters sei eine Rentenkürzung, ist zurückzuweisen. Nicht nur wird der aktuelle Rentenwert auch künftig steigen, sondern die Anhebung der Altersgrenzen führt – im Gegenteil – zu einer höheren Altersrente, wenn die Versicherten länger arbeiten und damit zusätzliche Entgeltpunkte erwerben. Deshalb geht die Anhebung auch mit vielfältigen beschäftigungspolitischen Maßnahmen einher. Zudem schwächt die Altersgrenzenanhebung die dämpfende Wirkung der Rentenanpassungsformel ab. Zum einen liegt dies daran, dass sich das zahlenmäßige Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern verbessert, was die dämpfende Wirkung des Nachhaltigkeitsfaktors abschwächt. Zum anderen fällt in Folge der Anhebung der Altersgrenzen der Beitragssatz niedriger aus. Beides führt zu höheren Rentenanpassungen.

Beschäftigungschancen Älterer verbessern

Die Anhebung der Altersgrenzen steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ziel der Bundesregierung, die Beschäftigungsquote Älterer deutlich anzuheben. Die aktuell ungünstigen Arbeitsmarktchancen Älterer müssen deutlich verbessert werden. Es wird von verschiedenen Seiten zu Recht bemängelt, dass ältere Menschen derzeit nur unterdurchschnittlich unter den Erwerbstätigen vertreten sind. Nach wie vor gibt es ein deutliches Missverhältnis zwischen der Erwerbstätigenquote Älterer im Vergleich zu anderen Altersgruppen.

Die gelegentlich vorgetragene Argumentationslinie, bei der die heute noch unbefriedigende Arbeitsmarktlage Älterer als Gegenargument zur Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre vorgebracht wird, ist verfehlt und verkennt insbesondere, dass die Altersgrenze von 67 Jahren erst im Jahre 2029 erreicht wird. Der bis dahin ablaufende Prozess der demographischen Entwicklung und die damit einhergehende Entwicklung des Arbeitskräftepotentials darf nicht ausgeblendet werden. Die Schritte der Anhebung sind auf diese Entwicklung abgestimmt. Die Anhebung beginnt erst im Jahr 2012, mit zunächst kleinen Schritten von nur einem Monat pro Geburtsjahrgang. Erst nach 2020, wenn sich der Rückgang des Arbeitskräftepotentials demographisch bedingt beschleunigt, erfolgt die Anhebung in zwei Monatsschritten pro Jahrgang.

Im Ergebnis wird so einer höheren Beschäftigungsquote Älterer Vorschub geleistet. Es ist aber ebenso erforderlich, dass es in Deutschland zu einer positiveren Einstellung zum Alter und zum Altern kommt. Hier ist nicht nur der Staat gefragt, sondern vor allem auch die Sozialpartner auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene sowie die Unternehmen.

Alle müssen der gemeinsamen Verantwortung gerecht werden, die Beschäftigungsperspektiven Älterer zu steigern.

Wichtig ist dabei: Erwerbstätige müssen ihren Rentenbeginn möglichst gesund erleben. Dies bedeutet in der Praxis, dass Arbeitsplätze altersgerechter gestaltet sein müssen und dass ältere Beschäftigte die Möglichkeit haben, in physisch wie auch psychisch weniger anstrengende Tätigkeiten zu wechseln. Ein Anliegen, das die Politik teilt und mit zahlreichen Initiativen – etwa der Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) – bereits tatkräftig unterstützt.

Das Vorhaben der Bundesregierung, auf die demographische Entwicklung u.a. mit einer Anhebung der Altersgrenzen zu reagieren, wird auch von der Wissenschaft begrüßt. So unterstützt beispielsweise der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung das Vorhaben ausdrücklich. Er führt in seinem jüngsten Gutachten aus, dass Länder mit hohen Erwerbsquoten Älterer in aller Regel auch hohe Beschäftigungsquoten Jüngerer und insgesamt eine geringe Arbeitslosigkeit aufweisen. Empirische Untersuchungen zeigten, dass Länder mit einer hohen Erwerbsquote keine hohe Arbeitslosigkeit haben und dass Frühverrentung keine geringere Jugendarbeitslosigkeit induziert. Damit weist er Befürchtungen, eine erhöhte Beschäftigungsquote Älterer würde mit steigender Arbeitslosigkeit bei Jüngeren einhergehen, als unbegründet zurück.

Auch der Sozialbeirat äußert sich in seinem Gutachten zum Rentenversicherungsbericht 2006 grundsätzlich positiv zur Anhebung der Altersgrenzen. Er führt dabei aus, dass die Anhebung des Renteneintrittsalters intensiver als bisher durch die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik sowie durch Maßnahmen zur Weiterbildung, gesundheitlicher Prävention und Rehabilitation flankiert werden sollte.

Diese Einschätzung wird von der Bundesregierung geteilt. Daher wird die Anhebung der Altersgrenzen durch die Initiative 50plus flankiert, die dem Ziel folgt:

- Erhöhung der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- Reduktion des derzeit zu frühen Ausscheidens der 55-jährigen und Älteren aus dem Berufsleben.
- Verbesserung der Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser.
- Erhöhung der Teilnahmequote an beruflicher Weiterbildung.

Zur Erreichung dieser Ziele hat die Bundesregierung bereits vielfältige Maßnahmen in die Wege geleitet:

- So wird die Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer zu einem Kombilohn mit zweijähriger Förderdauer ausgebaut.
- Bezieher von Arbeitslosengeld sollen möglichst schnell wieder in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden, auch bei einem möglicherweise geringeren Verdienst. Deshalb

sollen ältere Arbeitslose, die eine Beschäftigung mit einem niedrigeren Nettoentgelt als vor ihrer Arbeitslosigkeit aufnehmen, einen teilweisen Ausgleich für die Lohn-einbuße bekommen.

- Zusätzlich werden die Rentenversicherungsbeiträge aus der neuen Beschäftigung für die Dauer von zwei Jahren auf 90% des vorherigen Niveaus aufgestockt.
- Im Rahmen der Eingliederungszuschüsse wird Arbeitgebern ein neues Angebot für die Einstellung von älteren Arbeitnehmern gemacht. Ist erkennbar, dass individueller Unterstützungbedarf besteht, kann die Einstellung durch einen Eingliederungszuschuss künftig auch ohne Vorliegen eines Vermittlungshemmnisses gefördert werden, wenn die Arbeitnehmer bereits sechs Monate arbeitslos sind.

Mit diesen Maßnahmen wird der Anteil der älteren Beschäftigten weiter erhöht. Dies ist auch deshalb notwendig, weil das Ziel der Lissabon-Strategie, d.h. das Erreichen einer Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen von zumindest 50% noch nicht ganz erreicht wurde. Erfreulich ist aber, dass sich diese Erwerbstätigenquote seit 2000 von 37,5% auf bereits 48,3% im 2. Quartal 2006 erhöht hat und somit über dem EU-Durchschnitt (EU-15: 45,2%; EU-25: 43,5%) liegt.

Die Bundesregierung hat aber nicht nur zur Erhöhung der Erwerbstätigenquote der älteren Bevölkerung zielgerichtete Maßnahmen in die Wege geleitet, sondern auch in den angrenzenden Gebieten Weiterbildung, betriebliche Gesundheitsförderung und Gesundheitsprävention. So setzt beispielsweise die Arbeitsförderung Anreize für eine stärkere Qualifizierung gerade älterer Arbeitnehmer, insbesondere auch in kleinen und mittleren Unternehmen. Und dies, obwohl die Weiterbildung der in Beschäftigung stehenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer grundsätzlich Aufgabe der Unternehmen und der Beschäftigten selbst ist. Die Politik kann in diesem Bereich aber Impulse geben. Vor allem die Betriebs- und Tarifvertragsparteien stehen hier jedoch in der Pflicht.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass durch die schrittweise Anhebung der Altersgrenzen der demographisch bedingte Rückgang des Angebots an Arbeitskräften abgeschwächt und die Erwerbsbeteiligung Älterer zunehmen wird. Ebenso wie die befürchteten negativen Auswirkungen der Altersgrenzenanhebung auf die Arbeitslosigkeit der Jüngeren, geht auch die Unterstellung, in der Zukunft würden weiterhin Arbeitsplätze für Ältere fehlen, an der Sache vorbei. Tatsache ist: Angesichts demographischer Entwicklungen und globaler Herausforderungen wird die Arbeitswelt der Zukunft ohne die älteren Arbeitnehmer nicht denkbar sein.

Breites gesellschaftliches Bündnis notwendig

Deutschland steht durch die älter werdende Gesellschaft insgesamt vor großen Herausforderungen, zu deren Be-

wältigung die Anhebung der Altersgrenze beiträgt. Nicht nur die Bundesregierung und die Verantwortlichen in den Ländern und Kommunen, sondern gerade auch die Sozialpartner auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene sind gefordert, einen Beitrag zur Bewältigung der gesellschaftlichen und ökonomischen Folgen des schrumpfenden Erwerbspersonenpotentials zu leisten.

Alle Beteiligten müssen ihrer Verantwortung gerecht werden, um Perspektiven für die Beschäftigung Älterer zu eröffnen.

Staatliches Handeln allein genügt nicht. Wir brauchen ein breites gesellschaftliches Bündnis, um eine Veränderung auch in den Köpfen zu bewirken. Die Gesellschaft darf die demographische Entwicklung nicht ignorieren. Sie muss sie annehmen, um die Zukunft positiv gestalten zu können. Das ist möglich und nötig, auch und gerade in Verantwortung für künftige Generationen.



Stefanie Wahl*

Anpassungsdruck für Unternehmen und Arbeitnehmer

Die Bundesregierung hat es sich so schön ausgemalt: Das Rentenalter wird von 65 auf 67 Jahre angehoben. Dadurch werden die demographiebedingten Verschlechterungen des Verhältnisses von Beitragszahlern und Rentnern gemildert und die festgelegten Beitrags- und Niveausicherungsziele bei der gesetzlichen Rente eingehalten. Folglich wird der Beitragsatz bis zum Jahr 2030 22% nicht übersteigen und das Rentenniveau bis zum Jahr 2030 nicht unter 43% sinken. Zugleich wird mit der Initiative 50plus sichergestellt, dass die Älteren länger im Erwerbsprozess verbleiben. Entsprechend wird dem zahlenmäßigen Rückgang des Erwerbspersonenpotentials und dem drohenden Fachkräftemangel entgegengewirkt. Erfahrungen und Wissen Älterer bleiben erhalten. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standort Deutschland wird gestärkt.

Nach den Vorstellungen der Bundesregierung schlägt somit die Rente mit 67 zwei Fliegen mit einer Klappe: die Verschlechterung der Rentenfinanzen und den Rückgang qualifizierter Erwerbspersonen. Ob ihre Rechnung aufgeht, ist allerdings fraglich. Zwar wird die beschlossene Anhebung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre in der Tat dazu führen, dass Ältere länger im Erwerbsleben verbleiben und damit ihre Erwerbsbeteiligung steigt. Wie stark dieser Anstieg jedoch sein wird, ist ungewiss. Dies hängt ganz maßgeblich von den künftigen Arbeitsmarktchancen Älterer ab. Die geplanten Maßnahmen zu deren Verbesserung reichen aber nicht aus, um eine substantielle Erhöhung der Erwerbsbeteiligung Älterer zu gewährleisten. Zudem sind sie zum Teil widersprüchlich. Damit steht der gesamte Erfolg der Anhebung der Altersgrenze auf der Kippe. Denn werden die arbeitsmarktpolitischen Ziele nicht erreicht, ist die Rente mit 67 nichts anderes als eine verkappte Rentenkürzung.

* Stefanie Wahl ist Geschäftsführerin des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn e. V. (IWG), Bonn.

Ausgeprägte Frühverrentungskultur in Deutschland

In Deutschland sind besonders wenige ältere Menschen am Erwerbsprozess beteiligt. Von den 55- bis 64-Jährigen sind nur 45%, von den 65- bis 69-Jährigen nur 6% und von den 70- bis 74-Jährigen sogar nur knapp 3% erwerbstätig. Damit liegt Deutschland verglichen mit anderen früh industrialisierten Ländern im unteren Mittelfeld. In der Schweiz, Dänemark, Schweden und Norwegen arbeiten dagegen noch zwischen 60 und 70% der 55- bis 64-Jährigen, 11 bis 20% der 65- bis 69-Jährigen und bis zu 6% der 70- bis 74-Jährigen. Am längsten verbleiben die Japaner im Erwerbsleben. Von den 55- bis 64-Jährigen gehen noch 63%, von den 65- bis 69-Jährigen noch 33% und von den 70- bis 74-Jährigen sogar noch 21% einer Erwerbstätigkeit nach. Ausschlaggebend ist dabei in der Regel seltener die schlechte materielle Versorgung im Alter, als das Gefühl gebraucht zu werden und einen sinnvollen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten. Das Prestige älterer Erwerbstätiger in Wirtschaft und Gesellschaft ist in diesen Ländern hoch.

Ursächlich für die geringe Erwerbstätigkeit Älterer in Deutschland war vor allem die im Konsens mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern entwickelte Strategie der jeweiligen Bundesregierung, Arbeitslosigkeit ganz wesentlich durch Vorruhestand und Frühverrentung zu bekämpfen. Sie war nicht nur äußerst kostspielig – die gesetzliche Rentenversicherung musste 2003 14 Mrd. € für Frühverrentung aufwenden –, sondern auch mit einer erheblichen Vernichtung von Humankapital verbunden. Zudem verlief sie konträr zur Lebenswirklichkeit. Während die Arbeitnehmer immer länger lebten – von 1960 bis 2005 stieg die durchschnittliche Lebenserwartung von rund 70 auf 79 Jahre –, wurde ihre Erwerbsphase immer kürzer. So sank die durchschnittliche Versicherungsdauer männlicher Regelaltersrentner von 1960 bis 2005 von knapp 38 auf knapp 28 Jahre. Zugleich verlängerte sich die durchschnittliche Rentenbezugszeit von 10 auf 17 Jahre.

Entsprechend bestand weder für Arbeitgeber noch für Arbeitnehmer ein Anreiz, sich auf die kollektive bzw. individuelle Alterung vorzubereiten. Zum einen waren genügend junge Arbeitskräfte vorhanden, weshalb derzeit noch immer rund 40% der Unternehmen keinen Arbeitnehmer über 50 Jahre beschäftigen. Zum anderen rechnete sich der vorzeitige Rentenbezug für die meisten Arbeitnehmer, da die Rente bis 1997 ohne Abschläge gewährt wurde und nicht selten durch Schwarzarbeit aufgebessert werden konnte. Danach sorgten zeitlich begrenzte Ausnahmeregelungen dafür, dass viele weiterhin abschlagsfrei in Rente gehen konnten.

Die Neigung, möglichst früh aus dem Erwerbsleben auszuscheiden, ist bis heute tief in der Bevölkerung verwurzelt.

Trotz Abschlagen möchten gegenwärtig 72% der 14- bis 60-Jährigen – Vorruehständler ausgenommen – mit 60 oder sogar noch früher in den Ruhestand gehen. 16% wollen zwischen dem 61. und 64. Lebensjahr aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Bis zum 65. Lebensjahr wollen lediglich 8% arbeiten.

Zahl älterer Erwerbspersonen steigt auch ohne Anhebung der Altersgrenze

Soll die Erwerbstätigenquote Älterer künftig substantiell erhöht werden, müssen alle Beteiligten grundlegend umdenken. Arbeitnehmer müssen bereit sein, weit über das 60. Lebensjahr hinaus zu arbeiten. Arbeitgeber müssen sich auf eine deutlich höhere Zahl älterer Arbeitnehmer einstellen.

Letzteres ist schon deshalb erforderlich, weil Zahl und Anteil älterer Erwerbspersonen auch ohne die Erhöhung des Rentenalters weiter steigen werden. Bald erreichen nämlich die geburtenstarken Jahrgänge zwischen 1950 und 1970 das Rentenalter. Bis 2020 nimmt die Zahl der 55- bis 64-Jährigen um 3,4 Millionen und bis 2030 um 1,8 Millionen zu. Adiert man die 65- und 66-Jährigen, kommen bis 2020 zusätzliche 3,3 Millionen und bis 2030 2,2 Millionen hinzu. Die Erhöhung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre verstärkt diese Entwicklung, da ältere Erwerbspersonen länger im Erwerbsleben verbleiben werden. Dies gilt nicht nur für die 65- und 66-Jährigen, von denen derzeit nur knapp 7% erwerbstätig sind. Angesichts der Rentenabschlüsse werden künftig auch die 60- bis 64-Jährigen länger arbeiten. Wie viele dies sein werden, lässt sich nicht genau vorhersagen. Dazu liegt die Einführung der Rente mit 67 zu weit in der Zukunft. Ein Teil der Älteren dürfte mit Abschlüssen vorzeitig in Rente gehen. Ein anderer Teil dürfte – wie in der Schweiz – auf Erwerbsminderungsrenten ausweichen. Ein erheblicher Teil dürfte jedoch seine Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt anbieten.

Sollten künftig – wie von der Europäischen Union in der Lisbon-Strategie für 2010 angestrebt – 50% der 55- bis 66-Jährigen einer Erwerbstätigkeit nachgehen, müssten in Deutschland bis 2020 etwa 3 Millionen und bis 2030 etwa 2,5 Millionen zusätzliche ältere Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt integriert werden. Sollten dagegen nur 20% und damit gegenüber heute dreimal mehr 65- bis 66-Jährige erwerbstätig sein, müssten bis 2020 immer noch etwa 2,5 Millionen und bis 2030 etwa 1,8 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze für ältere Arbeitskräfte geschaffen werden. Dabei geht es nicht um irgendwelche Arbeitsplätze, sondern um solche, die den Erwerb existenzsichernder Rentenansprüche gewährleisten.

Widersprüchliche Signale der Politik

Die Bundesregierung will deshalb mit der Initiative 50plus die Beschäftigungschancen Älterer verbessern. Sie plant ei-

nen Kombilohn für Ältere und Eingliederungszuschüsse für Arbeitgeber, die Arbeitsuchende einstellen, die älter als 50 Jahre sind. Darüber hinaus wird die Regelung über befristete Arbeitsverträge mit Arbeitnehmern, die das 52. Lebensjahr vollendet haben, neu gestaltet. Ferner will die Bundesregierung die Anreize zur Weiterbildung Älterer verstärken und die Bedingungen für attraktive, altersgerechte Arbeitsplätze verbessern. Schließlich will sie die Anreize zur Frühverrentung reduzieren.

Allerdings ist dieses Strategiebündel nicht widerspruchsfrei. Zum einen bergen Kombilöhne und Eingliederungszuschüsse die Gefahr von Mitnahmeeffekten. Zum anderen werden ältere Arbeitskräfte abermals als weniger produktive und deshalb unterstützungsbedürftige Arbeitskräfte behandelt. Vor allem aber wird die angestrebte Abschaffung der Frühverrentung von der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien mit kräftiger Unterstützung der Tarifpartner immer wieder konterkariert. So wurde die so genannte 58-Regelung weiter bis Ende 2007 verlängert. Sie ermöglicht über 58-jährigen Arbeitsuchenden, Arbeitslosengeld I oder II zu beziehen. Im Gegenzug verpflichten sich die Arbeitsuchenden, die frühestmögliche abschlagsfreie Rente zu beziehen. Ferner können Versicherte der Jahrgänge 1952 bis 1954, die bis zum 31. Dezember 2006 verbindlich Altersteilzeit vereinbart haben, weiterhin mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen. Hiervon machten zum Jahresende 2006 noch Zehntausende Gebrauch. Schon fordern die Tarifpartner, diese Regelungen auch auf die vielen Tausend Arbeitnehmer, die mit ihren Arbeitgebern Vorruehstandsregelungen vereinbart haben, auszudehnen. Durch diese Ausnahmeregelungen wird nicht nur die Reform verwässert, sondern auch der notwendige Mentalitätswandel untergraben.

Rente mit 67 geht zu Lasten der Schwächeren am Arbeitsmarkt

Die Bundesregierung muss die Vorruehstandsmöglichkeiten konsequent beseitigen. Solange die gesetzliche Möglichkeit zum vorzeitigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben besteht, wird sie von Arbeitgebern und Arbeitnehmern – unterstützt von den jeweiligen Tarifpartnern – genutzt werden. Damit werden die Lasten der Alterung der Erwerbsbevölkerung weiterhin der Allgemeinheit aufgebürdet. Die bestehenden Ausnahmeregelungen machen nicht nur das System insgesamt noch unübersichtlicher, als es ohnehin schon ist, sondern führen auch zu Ungerechtigkeiten. Ein besonderes Problem stellt dabei die neue abschlagsfreie Rente mit 65 für Arbeitnehmer dar, die 45 Versicherungsjahre nachweisen können. Mit dieser Regelung will die Bundesregierung Härten für Versicherte mit besonders langjähriger und häufig belastender Erwerbstätigkeit – wie für Arbeiter und Handwerker – mildern. Allerdings stößt dies an verfassungsrechtliche Grenzen. Denn die Versicherten, die in den Ge-

nuss dieser neuen abschlagsfreien Rente mit 65 kommen, würden höhere Rentenleistungen erhalten als die Versicherten, die gleiche Beitragsleistungen erbracht haben, aber erst mit 67 abschlagsfrei in Rente gehen können. Damit würde der Grundsatz der Beitragsäquivalenz verletzt. Zudem fände nicht nur eine Umverteilung von Frauen zu Männern – Frauen erreichen nämlich selbst unter Berücksichtigung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten die geforderten 45 Versicherungsjahre seltener als Männer –, sondern auch von »unten nach oben« statt. Einer Auswertung der Deutschen Rentenversicherung zufolge würden vor allem Versicherte mit überdurchschnittlich hohen Rentenanwartschaften von der neuen abschlagsfreien Rente profitieren.

Damit geht die Rente mit 67 unter den bestehenden Bedingungen eindeutig zu Lasten der Schwächeren am Arbeitsmarkt. Einerseits sind sie aufgrund körperlich belastender Tätigkeiten vielfach nicht in der Lage, weit über das 60. Lebensjahr hinaus zu arbeiten. Andererseits sind ihre Erwerbsbiographien oft so unregelmäßig, dass sie die zeitlichen Bedingungen für die Ausnahmeregelungen nicht erfüllen. Hier droht die Gefahr von Altersarmut. Der Staat befindet sich in einer Zwickmühle. Setzt er das Rentenalter hoch und begrenzt Ausnahmeregelungen auf ein Minimum, steigen die Zahlen der Bezieher von Erwerbsminderungsrenten und der steuerfinanzierten bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter und damit die staatlichen Ausgaben. Lässt er großzügige Ausnahmemöglichkeiten zu, führt dies zu Ungerechtigkeiten und zu einer weiteren Belastung der ohnehin aufs äußerste angespannten Rentenfinanzen.

Handlungsbedarf für Unternehmen und Arbeitnehmer

Das aber bedeutet: Die größte Anpassungslast liegt bei den Unternehmen und Arbeitnehmern. Erstere müssen künftig Innovationen und Produktivität, sprich: ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit mit den vorhandenen älter werdenden Mitarbeitern erreichen. Letztere müssen alles daran setzen, dass sie die fachlichen und psychisch-psychischen Anforderungen bis zum Erreichen der Altersgrenze erfüllen.

Damit dies gelingt, müssen Unternehmen und Arbeitnehmer zunächst ein Bewusstsein für die bevorstehenden demographischen Veränderungen entwickeln und in ihrem Denken und Handeln demographische Aspekte stärker berücksichtigen. Voraussetzung hierfür ist, dass sie nicht mehr nur von Quartal zu Quartal oder von Jahr zu Jahr, sondern in längerfristigen Zeiträumen denken. Hinzukommen muss ein neues Verständnis von Alter. Alter sollte sich künftig nicht mehr nach dem Lebensalter bemessen, sondern nach den physischen und psychischen Fähigkeiten und Kompetenzen des Einzelnen. Nicht derjenige ist alt, der eine bestimmte Zahl von Lebensjahren durchlebt hat, sondern der auf-

grund körperlicher Hinfälligkeit nicht mehr in der Lage ist, seinen Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu verdienen.

Daraus folgt, dass die Arbeitsstrukturen zum Beispiel mit Hilfe von Lebensarbeitszeitkonten so flexibilisiert werden müssen, dass sie die unterschiedlichen Alterungsprozesse der Arbeitskräfte berücksichtigen. Diese Maßnahmen müssen eingebettet werden in eine alters- und altersgerechte Personalpolitik, die Arbeitsbedingungen und Karrieren u.a. durch bedarfsgerechte Weiterbildung, ergonomische Arbeitsplatzgestaltung und rechtzeitigen Arbeitsplatzwechsel innerhalb des Betriebes so gestaltet, dass sie ein Erreichen der Altersgrenzen ermöglichen. Ist ein vorzeitiges Ausscheiden unumgebar, müssen Unternehmen und Arbeitnehmer hierfür entsprechende Vorsorge treffen. Um zu vermeiden, dass ältere Arbeitskräfte aufgrund ihrer hohen Lohnkosten nicht eingestellt werden, müssen schließlich altersunabhängige Lohnstrukturen geschaffen werden. Konkret sollte das Senioritätsprinzip – wo noch vorhanden – durch leistungsbezogene Entgeltbestandteile sowie Erfolgs- und Unternehmensbeteiligungen ersetzt werden.

Viele, insbesondere größere Unternehmen haben die notwendigen Anpassungsschritte zum Teil bereits eingeleitet. In kleinen und mittleren besteht dagegen vielerorts noch Handlungsbedarf. Gleiches gilt für die meisten Arbeitnehmer. Sie müssen sich bewusst werden, dass sie für ihre fachliche sowie physische und psychische Einsetzbarkeit zunehmend selbst verantwortlich sind. Mit diesen Maßnahmen werden zwar bei weitem nicht alle Arbeitsmarktprobleme gelöst. Doch können sie in der Summe dazu beitragen, dass der Arbeitsmarkt insgesamt zukunftsfähiger wird: Nicht nur weil mehr ältere Arbeitskräfte länger erwerbstätig sein werden, sondern auch weil seine Strukturen weiter flexibilisiert werden und Bildung und Pflege von Humankapital für Unternehmen und Arbeitnehmer eine noch zentralere Bedeutung erhalten.

Da die Heraufsetzung der Altersgrenze erst für die Jahre 2012 bis 2029 geplant ist, ist genügend Spielraum für die erforderlichen Anpassungen vorhanden. Doch die Zeit drängt. Denn es ist keineswegs auszuschließen, dass die Rente mit 67 früher kommt. Bisher jedenfalls wurden alle Vorhaben, die Altersgrenze anzuheben, vorgezogen.



Alexander Gunkel*

Beschäftigungsfördernde Rahmenbedingungen herstellen

Was noch im letzten Bundestagswahlkampf keine Partei fordern wollte, wird nun wohl noch im Frühjahr 2007 Gesetz: die Rente mit 67. Damit wird erstmals seit Einführung der gesetzlichen Rentenversicherung im Jahr 1889 die Regelaltersgrenze angehoben. Populär ist die geplante Änderung nicht, aber die Einsicht, dass es hierzu keine vernünftige Alternative gibt, hat sich offenbar durchgesetzt.

Notwendig ist die Anhebung der Altersgrenze zum einen mit Blick auf die gesetzliche Rentenversicherung. Ohne sie würden beide vom Gesetzgeber in § 154 Abs. 3 Nr. 2 SGB VI für die langfristige Entwicklung der Rentenversicherung vorgegebenen Zielgrößen verfehlt. Dies gilt sowohl für die Beitragssatzentwicklung (höchstens 20% bis 2020 und höchstens 22% bis 2030) als auch für das Rentenniveau vor Steuern (mindestens 46% bis zum Jahr 2020 und mindestens 43% bis zum Jahr 2030 bezogen auf den sog. Eckrentner). Während die beitragsatzdämpfende Wirkung der Altersgrenzanhebung leicht nachvollziehbar ist, ergibt sich der rentenniveausteigernde Effekt nur mittelbar über den 2004 neu in die sog. Rentenformel aufgenommenen Nachhaltigkeitsfaktor, durch den die Relation zwischen Rentenempfängern und Beitragszahlern bei der Rentenanpassung berücksichtigt wird.

Aber auch mit Blick auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung spricht alles für die geplante Altersgrenzanhebung. Ein höheres gesetzliches Rentenalter setzt Anreize zu einem späteren Austritt aus dem Erwerbsleben und begrenzt damit den demographisch bedingten Rückgang des Erwerbspersonenpotentials. Dies ist deshalb so wichtig, weil die volkswirtschaftliche Gesamtleistung wesentlich von der Entwicklung des Ar-

beitseinsatzes abhängt. Jedenfalls bei konstanter Produktivität wächst mit dem Arbeitseinsatz auch der Wert der produzierten Waren und erbrachten Dienstleistungen.

Besonders gravierend ist der für Deutschland erwartete Rückgang des Erwerbspersonenpotentials deshalb, weil er sich sehr viel rascher vollzieht als der Rückgang der Bevölkerung insgesamt. Daraus ergibt sich, dass ein immer geringerer Bevölkerungsanteil durch Erwerbstätigkeit zur Finanzierung der Staatsaufgaben und des Sozialaufwands beiträgt.¹ Nach Berechnungen des Wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums (2005, Zif. 8 und 9) liegt der wachstumsreduzierende Effekt der demographischen Entwicklung auf das Pro-Kopf-Wachstum immerhin bei einem halben Prozentpunkt. Diese erheblichen gesamtwirtschaftlichen Wirkungen zeigen, dass eine allein auf die Reformerfordernisse der Rentenversicherung bezogene Begründung der jetzt geplanten Altersgrenzanpassung äußerst verkürzt und unvollständig wäre.

Verfehlt wäre jedoch, den sich aus der demographischen Entwicklung für den Arbeitsmarkt ergebenden Handlungsbedarf ausschließlich in der Steigerung der Erwerbstätigkeit Älterer zu sehen. Vielmehr gibt es sehr viel mehr Möglichkeiten, um die demographisch bedingte Abnahme des Wachstumspotentials zu begrenzen. Hierzu zählen zum einen Maßnahmen zur Ausweitung des Arbeitseinsatzes, wie z.B. die Steigerung der Erwerbsbeteiligung anderer am Arbeitsmarkt unterrepräsentierter Gruppen (vor allem Frauen), eine arbeitsmarktorientierte Zuwanderung, eine Verlängerung der Wochen- bzw. Jahresarbeitszeiten oder ein früherer Eintritt in die Erwerbsphase, und zum anderen zusätzliche Anstrengungen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Steigerung des Erwerbspersonenpotentials

Es gibt überzeugende empirische Hinweise dafür, dass Veränderungen des gesetzlichen Rentenalters das Erwerbsverhalten Älterer maßgeblich beeinflussen. Besonders deutlich zeigte sich dieser Zusammenhang bei Einführung der flexiblen Altersgrenze in der Rentenversicherung im Jahr 1972, als für langjährig Versicherte die Möglichkeit geschaffen wurde, vor Erreichen der Regelaltersgrenze von 65 Jahren vorzeitig abschlagsfrei mit 63 Jahren in die Altersrente zu gehen. Lag die Erwerbsquote der 60- bis 64-Jährigen im Ausgangsjahr der Reform noch bei 72% (Männer) bzw. 20% (Frauen), sanken die Werte in den folgenden zehn Jahren auf 43% (Männer) bzw. 12% (Frauen), und dies obwohl die Erwerbsquote insgesamt sogar stieg (Angaben der Enquete-Kommission). Und auch in umgekehrter Richtung ist eine ent-

* Alexander Gunkel ist Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

¹ Teilweise wird darüber hinaus ein durch die Alterung der Erwerbstätigen bedingter Rückgang des Innovationspotentials und damit der Arbeitsproduktivität angenommen. Allerdings ist dieser Effekt wenig belegt.

sprechende Korrelation festzustellen. So ist nach Abgaben von Eurostat die Beschäftigungsquote Älterer seit Beginn der schrittweisen Einführung von Rentenabschlägen bei vorzeitigem Rentenzugang im Jahr 1997 und der damit verbundenen weitgehenden Wiederherstellung des abschlagsfreien Rentenalters von 65 Jahren von 38 auf 45% gewachsen.

Es spricht viel dafür, dass die Erfahrungen mit der Einführung der Abschläge bei vorzeitigem Rentenzugang auf die jetzt geplante Altersgrenzenanhebung übertragen werden können. Denn jedenfalls in der Wirkung kommt die Rente mit 67 einer Erhöhung von Rentenabschlägen gleich. Schließlich soll nach dem vorliegenden Gesetzentwurf auch langfristig der bestehende vorzeitige Rentenzugang ab 63 Jahren offen bleiben, nur mit der Folge, dass bei einem Renteneintritt vor der neuen Regelaltersgrenze von 67 Jahren höhere Abschläge fällig werden – in der Spitze um 7,2 Prozentpunkte zusätzlich. Nach Berechnungen des IAB wird die geplante Altersgrenzenanhebung den erwarteten Rückgang des Erwerbspersonenpotentials von rund 5 Millionen bis zum Jahr 2030 um rund ein Viertel (untere Variante) bzw. sogar um über die Hälfte (obere Variante) reduzieren (vgl. Fuchs 2006).

In welchem Umfang die Altersgrenzenanhebung in der Rentenversicherung tatsächlich zu einer Steigerung der Erwerbstätigkeit Älterer führt, hängt allerdings maßgeblich von den künftigen Rahmenbedingungen für Beschäftigung ab. Entscheidende Voraussetzung für einen höheren Beschäftigungsgrad Älterer ist und bleibt vor allem eine im Ganzen verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt. Internationale Vergleiche zeigen, dass allein Länder mit einer insgesamt niedrigeren Arbeitslosenquote eine hohe Erwerbstätigenquote Älterer aufweisen (z.B. USA, Japan, Vereinigtes Königreich, Schweiz, Schweden, Dänemark, Norwegen). Unter Berücksichtigung seiner im europäischen Vergleich überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit kann Deutschland bei der Integration von Älteren in den Arbeitsmarkt sogar beinahe als erfolgreich bewertet werden. Zumindest gibt es kein einziges Land in der EU, dass bei einer mindestens gleich hohen Arbeitslosenquote wie Deutschland mehr Ältere in Beschäftigung bringt. Das bedeutet keinesfalls, dass die Arbeitsmarktsituation Älterer heute zufriedenstellend ist. Es zeigt aber, dass die geringe Erwerbsbeteiligung Älterer in Deutschland nicht die Folge eines vermeintlichen Jugendwahns deutscher Arbeitgeber ist, sondern vielmehr vorrangig Reflex einer insgesamt unbefriedigenden Arbeitsmarktsituation.

Insofern muss es vor allem darum gehen, beschäftigungsfördernde Rahmenbedingungen herzustellen, angefangen von einer konsequenten Verbesserung des Bildungssystems über eine Flexibilisierung der Arbeitsvertragsbeziehungen bis hin zu einer Senkung der Lohnzusatzkosten und einer international wettbewerbsfähigen Unternehmensbesteuerung.

Bildung als Schlüsselbereich

Gerade der Bereich Bildung bedarf besonderer Hervorhebung. Denn sehr vielmehr als Alter ist fehlende Qualifikation ein Beschäftigungshindernis. Während Fachkräftemangel schon heute in einigen Bereichen zum Problem geworden ist und mehr als zwei Drittel aller Hochschulabsolventen noch im Alter von 60 bis 64 Jahren erwerbstätig sind (Fuchs 2006, 5), haben Gering- bzw. unterdurchschnittlich Qualifizierte im gleichen Alter nur begrenzte Aussichten am Arbeitsmarkt: Nur jeder Vierte ohne Berufsabschluss ist heute erwerbstätig, bei den Absolventen einer beruflichen Lehre ist es auch nur jeder Dritte. Und sehr wahrscheinlich ist, dass die für diese Personengruppe in Betracht kommenden Arbeitsplätze noch mehr als in der Vergangenheit von Rationalisierung und Verlagerungen ins Ausland bedroht sein werden. Das gilt ganz besonders, weil die Bereitschaft, einen Niedriglohnbereich mit produktivitätsgerechter Vergütung in Deutschland zuzulassen, in der Politik wenig ausgeprägt ist, wie die wieder neu entflammte Diskussion um Mindestlöhne zeigt.

Dies zeigt, wie sehr es für eine durchgängige Erhöhung der Erwerbsbeteiligung Älterer auf verstärkte Bildungsanstrengungen ankommt. Dabei ist insbesondere der Staat gefordert, durch ein qualitativ hochwertiges Angebot in Schulen, Berufsschulen und Hochschulen seinen Beitrag zu leisten. Verfehlt wäre hingegen, durch gesetzliche Maßnahmen die Betriebe bei der notwendigen Qualifizierungspolitik in die Pflicht zu nehmen, sie damit noch weiter als bislang schon für staatliche Defizite im Bildungsbereich in die Haftung zu nehmen und ihnen auf diese Weise noch höhere Lohnzusatzkosten abzuverlangen. Dies gilt auch deshalb, weil die Betriebe schon heute mit jährlich 27 Mrd. € hohe Summen für die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter aufwenden und ihr Engagement in der Weiterbildung ohnehin in den nächsten Jahren weiter ausbauen dürften (vgl. Werner 2006). Dazu werden sie sich schon deshalb veranlasst sehen, weil aufgrund der durch das RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz bis zur Regelaltersgrenze verlängerten Laufzeit der Arbeitsverträge (§ 41 SGB VI) die negativen Folgen eines Verzichts auf Weiterbildung der Beschäftigten für die Betriebe wegen der damit verbundenen schrittweisen qualifikatorischen Entwertung des Humankapitals immer teurer werden.

Gefordert sind aber auch die einzelnen Arbeitnehmer, ihre Beschäftigungsfähigkeit durch eigene Weiterbildungsanstrengungen zu erhalten bzw. zu steigern. Dies gilt schon deshalb, weil Arbeitnehmer am meisten selbst von ihrer durch Qualifikation verbesserten Wettbewerbsfähigkeit am Arbeitsmarkt profitieren und außerdem jederzeit frei entscheiden können, in einem anderen Betrieb ihre durch Weiterbildung verbesserte Qualifikation einzusetzen.

Frühverrentungsanreize beseitigen

Auch die Arbeitsmarktpolitik kann einen Beitrag für mehr Beschäftigung Älterer leisten. Dabei sollte es aber weniger um neue Instrumente gehen. Schließlich haben sich die in der Vergangenheit entwickelten Maßnahmen, von denen einige jetzt im Rahmen der Initiative 50plus neu aufgelegt werden, fast durchweg als untauglich erwiesen. Hingegen wäre bereits viel erreicht, wenn von der Arbeitsmarktpolitik künftig zumindest keine Anreize mehr ausgehen, die dem Ziel einer erhöhten Beschäftigung Älterer entgegenstehen:

- Die nochmals verlängerte Möglichkeit, ab dem vollendeten 58. Lebensjahr Arbeitslosengeld zu beziehen, ohne dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen (§ 428 SGB III und § 65 Abs. 4 SGB II) ist auf Frühverrentung statt Reintegration in Beschäftigung ausgerichtet, gibt den Arbeitsvermittlern in den Arbeitsagenturen falsche Signale und muss daher schnellstmöglich auslaufen.
- Der Anspruch auf Arbeitslosengeld sollte auch für Ältere wieder auf maximal zwölf Monate begrenzt werden. Internationale Vergleiche zeigen: Je höher das Arbeitslosengeld liegt und je länger und leichter es bezogen werden kann, desto länger dauert Arbeitslosigkeit an. Ein verlängerter Arbeitslosengeldanspruch verleitet zu verringerten Eigenanstrengungen bei der Beschäftigungssuche und führt dadurch zu längerer Arbeitslosigkeit. Gerade für ältere Arbeitslose gilt, dass sich ihre Chancen, nach einem Jahr Arbeitslosigkeit eine neue Beschäftigung zu finden, aufgrund der sich zwischenzeitlich entwertenden Qualifikation deutlich verringern.
- Aus dem gleichen Grund müssen auch die Zuschläge zum Arbeitslosengeld II, die im Anschluss an das Arbeitslosengeld für weitere zwei Jahre – also bis in das dritte oder sogar vierte Jahr der Arbeitslosigkeit hinein – gewährt werden, ersatzlos gestrichen werden. Sie schreiben die Fehlanreize der früheren Arbeitslosenhilfe fort und wirken einer intensiven Stellensuche und schnellen Arbeitsaufnahme entgegen.
- Die Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit darf auf keinen Fall verlängert werden. Es ist richtig, dass sie Ende 2009 ausläuft. Dabei muss es jetzt auch bleiben.
- Auch bei der geplanten Ausgestaltung der Anhebung des gesetzlichen Rentenalters auf 67 Jahre selbst gilt es, Fehlanreize für ein vorzeitiges Ausscheiden aus der Erwerbsphase zu vermeiden. Insbesondere sollte auf die Möglichkeit eines vorzeitigen abschlagsfreien Rentenzugangs mit 65 Jahren für besonders langjährig Versicherte ersatzlos verzichtet werden. Denn ein solcher Rentenzugang würde den falschen Anreiz setzen, nicht bis zum Erreichen der neuen Regelaltersgrenze weiterzuarbeiten. Schließlich würde ein Arbeitnehmer, der über 65 Jahre hinaus weiter arbeitet, obwohl er abschlagsfrei in Rente gehen könnte, auf Rentenleistungen ver-

zichten und damit im Ergebnis für seine geleisteten Beiträge einen geringeren Rentenbarwert erhalten als ein Arbeitnehmer, der mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente geht.

Wenn die Anhebung der Rentenversicherung mit beschäftigungsfördernden Reformen, insbesondere im Bereich Bildung, verbunden wird und gleichzeitig die noch immer zahlreich vorhandenen Frühverrentungsanreize abgebaut werden, bestehen gute Chancen, dass Deutschland eine hohe Erwerbsbeteiligung Älterer erreicht. Andere Länder haben bewiesen, dass deutlich mehr Beschäftigung Älterer möglich ist, wenn die Weichen richtig gestellt werden. Der demographische Wandel lässt sich zwar nicht „wegreformieren“, sehr wohl aber gestalten. Die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters ist ein gutes Zeichen, dass die Politik diese Gestaltungsaufgabe annimmt.

Literatur

- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium (2005), *Alterung und Familienpolitik*, Berlin.
- Fuchs, J. (2006), *Rente mit 67 – Neue Herausforderungen für die Beschäftigungspolitik*, IAB Kurzbericht 16, Nürnberg.
- Werner, D. (2006), »Trends und Kosten der betrieblichen Weiterbildung«, *IW-Trends*, 33(1).



Reinhold Schnabel*

Rente mit 67 – viel Lärm um nichts?

Die Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67, häufig auch »Rente mit 67« genannt, beinhaltet im Wesentlichen eine – über 18 Jahre gestreckte – Anhebung des abschlagfreien Rentenalters in der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Rente wird für Neuzugänge ab dem Geburtsjahrgang 19xx ceteris paribus (bei gegebenem Rentenzugangsalter und gegebenem aktuellem Rentenwert) um 7,2 Prozentpunkte gekürzt; für ältere Kohorten der Jahrgänge 19xx bis 19xx ist eine Staffelung vorgesehen. Kennzeichnend ist zunächst, dass Bestandsrentner und rentennahe Jahrgänge von dieser Anhebung des abschlagfreien Rentenalters nicht negativ betroffen sind – im Gegenteil: Der aktuelle Rentenwert wird aufgrund der Mechanik der Rentenanpassung sogar stärker ansteigen. Das tatsächliche Renteneintrittsalter wird nicht automatisch ansteigen. Insofern sind die häufig verwendeten Bezeichnungen »Anhebung des Rentenalters« oder »Rente mit 67« unzutreffend und irreführend. Allerdings wurden auch die frühestmöglichen Renteneintrittsalter – unnötigerweise – angehoben. Unnötigerweise deshalb, weil aus Sicht der Rentenversicherung eigentlich die Abschlagsfaktoren einen Ausgleich für einen vorgezogenen Ruhestand schaffen.

Die Wirkungen der »Rente mit 67« für die betroffenen Versicherten, die Rentenversicherung im Besonderen, die Sozialversicherung im Allgemeinen und schließlich für den Arbeitsmarkt hängen entscheidend von den Reaktionen der Beschäftigten ab.

Die Beschäftigten haben mehrere Möglichkeiten, auf diese Reform zu reagieren. Sie können etwas später in Rente gehen, mehr sparen, im Alter weniger konsumieren oder eine Mischung aus allen drei Optionen wählen. Um die implizite

* Prof Dr. Reinhold Schnabel lehrt an der Universität Duisburg-Essen Volkswirtschaftslehre.

Renten Kürzung vollständig durch einen späteren Renteneintritt auszugleichen, müssen nicht – wie immer wieder behauptet wird – 24 Monate länger gearbeitet werden. Betrachten wir einen Beschäftigten, der sich überlegt, im Jahr 2030 im Alter 65 in Rente zu gehen. Er wird nur neun Monate länger arbeiten müssen, um die reformbedingte Rentenminderung voll auszugleichen. Erstens erhöht ein späterer Rentenbeginn die Zahl seiner Entgeltpunkte. Denn eine um neun Monate verlängerte Erwerbsphase führt bei einem Durchschnittsverdiener mit 45 Beitragsjahren zu einer Erhöhung der Entgeltpunkte um 0,8 Punkte beziehungsweise 1,7%. Zweitens werden im Vergleich zur geltenden Rechtslage im Jahr 2030 um 3% aktuelle Rentenwerte gelten.¹ Schließlich vermindert sich der Abschlag auf nur noch 4,2 Prozentpunkte, wenn unser Beispielrentner im Alter 65 + 9 Monate in Rente geht, statt am 65ten Geburtstag.

Da die Reform im Vergleich zur geltenden Rechtslage auch zu niedrigeren Beitragssätzen führt, werden die Versicherte in ihrem Erwerbsleben von Beiträgen entlastet. Der Beschäftigte kann diese Entlastung für Konsum oder Ersparnis nutzen. Kapitalisiert er diese Ersparnis, dann reicht sogar eine Verlängerung der Erwerbsphase um bloße sechs Monate aus. Dies ist wenig im Vergleich zu dem erwarteten Anstieg der Lebenserwartung des Rentenjahrgangs 2030 gegenüber heutigen Rentnern.² Der Rentenjahrgang 2030 muss also tatsächlich nur sechs Monate länger arbeiten, um eine vergleichbare Monatsrente für einen deutlich längeren Zeitraum zu beziehen als ein Rentner des Jahres 2007.

Würde jedoch der angehende Rentner des Jahres 2030 überhaupt nicht länger arbeiten, dann läge die Monatsrente tatsächlich nur um 3% niedriger als ohne Reform. Dann wirkt nur der höhere aktuelle Rentenwert und die Beitragsentlastung. Kurzum: Die Auswirkungen der »Rente mit 67« auf das Rentenniveau beziehungsweise die Notwendigkeit, länger zu arbeiten, sind relativ gering.

Verkräftet der Arbeitsmarkt die zusätzliche Zahl älterer Beschäftigter?

Gegen die Rente mit 67 wird häufig eingewendet, der Arbeitsmarkt verkräfte das zusätzliche Angebot an Arbeitskräften nicht. Es gebe ohnehin nicht genügend Arbeitsplätze für die Älteren, und es fehle daher an der Möglichkeit, tatsächlich länger im Beruf zu bleiben und die Renten Kürzung auszugleichen. Als Folge werde die Arbeitslosigkeit der Älteren ansteigen, wenn nicht parallel unterstützende Maßnahmen

¹ Ottnad und Schnabel ermitteln in einer Modellrechnung einen durch die Reform bedingten Anstieg der aktuellen Rentenwerte. Dieser beträgt in einem mittleren Szenario 3% bis zum Jahr 2030. Gleichzeitig steigen die Beitragssätze weniger stark an und entlasten Beitragszahler und Firmen im Jahr 2030 um 1 Prozentpunkt.

² Demographische Schätzungen ergeben einen Anstieg der Lebenserwartung eines 65-Jährigen um mindestens zwei, wenn nicht gar vier Jahre.

ergriffen würden. Außerdem wird vielfach unterstellt, dass bei einem längeren Verbleib der Älteren im Erwerbsleben, die Jüngeren verdrängt würden.³

Diese Einwände gehen davon aus, dass in einer Volkswirtschaft ein fester »Kuchen« von Arbeit existiere, der angeblich nur aufgeteilt werden könne. Damit korrespondiert auch die irri- ge Vorstellung, das Sozialprodukt sei gegeben und müsse ebenfalls nur gerecht aufgeteilt werden. Das Beschäftigungsniveau – und mit ihm das Sozialprodukt – einer Volkswirtschaft ist jedoch nicht fest vorgegeben. Mit zunehmender Beschäftigung der Älteren wird auch die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung steigen und damit die Einkommen und der Konsum in der gesamten Volkswirtschaft. Eine größere Volkswirtschaft hat nicht aufgrund ihrer Größe eine höhere Arbeitslosigkeit! Auch eine Volkswirtschaft mit hoher Erwerbspersonenquote ist nicht durch höhere Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Der Vergleich mit anderen Ländern zeigt, dass genau das Gegenteil der Fall ist.

Häufig wird auch auf ein besonderes Beschäftigungsproblem der Älteren verwiesen mit Blick auf die höhere Arbeitslosenquote der Älteren im Vergleich zu anderen Altersgruppen. Dieser Zustand ist jedoch nicht naturgegeben. Vielmehr wurde ein großer Teil der Arbeitsmarktprobleme der Älteren erst durch staatliche Maßnahmen hervorgerufen. So ist die Arbeitslosenquote der Älteren erst nach Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (und weiterer Begleitmaßnahmen) im Verlauf der achtziger Jahre so stark angestiegen. Bis zum Beginn der achtziger Jahre war die Arbeitslosenquote der Älteren in etwa so hoch wie im Durchschnitt aller Altersgruppen. Gleichzeitig ist aber, wie sich aus zahlreichen Statistiken erschließt, der Gesundheitszustand und damit die Arbeitsfähigkeit der älteren Arbeitnehmer (Alter 50–65) angestiegen. Empirische Studien belegen eindeutig, dass der Rückgang der Beschäftigung Älterer (bzw. das niedrige Renteneintrittsalter) durch die finanziellen Anreize hervorgerufen wurden.

Eine weitere wichtige Rolle für die Beschäftigungsmöglichkeiten Älterer spielt das Verhältnis von Produktivität und Entlohnung. Entwickeln sich beide mit zunehmendem Alter in unterschiedliche Richtung, dann wird die Beschäftigung Älterer für die Unternehmen zunehmend uninteressant. Hier spielen starre Entlohnungsschemata (sog. »SenioritätSENTlohnung«) und mangelnde Lernbereitschaft eine entscheidende Rolle. Beide Phänomene wurden in der Vergangenheit durch die implizite Vollkasko-Lohnversicherung bei Älteren (»Brücke zur Rente«) begünstigt. Es gibt also keinen Grund, aus arbeitsmarktpolitischen Erwägungen eine Erhöhung des Rentenalters abzulehnen. Im Gegenteil: Diese führt zu einer Entlastung der Lohnkosten durch niedrigere Beitragssätze in der Rentenversicherung.

³ Die Initiative 50plus ist als eine – aus ökonomischer Sicht überflüssige – Reaktion auf diese Befürchtungen zu verstehen.

Schließlich ist der Beschäftigungseffekt der »Rente mit 67« im Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung gar nicht so groß, wie vielfach unterstellt wird. Dies hat mehrere Gründe: die Verwässerung der Reform, die demographische Entwicklung und die zu erwartenden Verhaltensänderungen der Beschäftigten. Auf diese drei Komplexe soll im Folgenden eingegangen werden.

Erhebliche Verwässerung der Reform

Im Verlauf der bisherigen Beratungen wurde die Reform durch die Einführung der »Altersrente für besonders langjährig Versicherte« erheblich verwässert. Diese Sonderregelung sieht vor, dass Personen mit 45 anrechenbaren Versicherungszeiten wie bisher mit 65 Jahren ohne Abschläge in Altersrente gehen können. Damit wird die Anhebung der Regelaltersgrenze bei rund 50% der Männer ins Leere laufen, die Versicherungszeiten von 45 oder mehr Jahren vorweisen können.⁴ Auch die Entlastungswirkung auf der Beitragsseite wird damit halbiert. Die potentiellen Wirkungen der »Rente mit 67« hängen außerdem von weiteren sozial- und arbeitsmarktpolitischen Begleitmaßnahmen ab. Ähnliche Wirkung wie die 45er-Ausnahme entfaltet die Verlängerung der »58er-Regelung«, die ältere Arbeitslose unter anderem von der Pflicht zur Aufnahme von Arbeit befreit oder eine Erhöhung der Bezugszeiten von Arbeitslosengeld I. Diese Maßnahmen werden die positiven Effekte der Anhebung des Regelrentenalters weiter neutralisieren. Ähnliches gilt für die übrigen Sicherungssysteme (ALG II und Mindestsicherung für Ältere).

Demographisch bedingter Rückgang der Erwerbsbevölkerung

Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter und damit auch die Zahl der Beschäftigten wird bedingt durch die Demographie stark zurückgehen. Die Bevölkerungszahl im Alter zwischen 20 und 60 wird im Jahr 2010 ein Maximum von rund 46 Millionen erreichen und danach schnell zurückgehen. Im Jahr 2030, also unmittelbar nach der vollständigen Einführung der »Rente mit 67«, wird diese Zahl nur noch 39 Millionen betragen. Betrachtet man die Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 65 sieht die Entwicklung ähnlich aus (50,5 Mill. im Jahr 2010 vs. 45,5 Mill. im Jahr 2030). Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter wird demnach, je nach verwendetem Maßstab, um 5 bis 7 Millionen zurückgehen. Die Zahl der 60- bis 64-Jährigen wird hingegen von 4,5 Millionen im Jahr 2010 auf 6,4 Millionen ansteigen.⁵ Dies

⁴ Vgl. Sozialbeirat, Gutachten zum Rentenversicherungsbericht 2005 und zum Alterssicherungsbericht 2005, Berlin, S. 15.

⁵ Hierbei ist jedoch zu bedenken, dass die Zahl der 60- bis 64-Jährigen im Jahr 2000 auch schon mal 5,5 Millionen betragen hat. Eine Kohortengröße von 6,5 Millionen ist demnach auch nichts besonders dramatisches.

hat auch Auswirkungen auf die Alterszusammensetzung der Erwerbsbevölkerung. Zwar steigt das Durchschnittsalter der Erwerbsbevölkerung rein demographie-bedingt etwas an, jedoch wesentlich geringer als das Durchschnittsalter der Gesamtbevölkerung.

Erwerbstätigkeit und Beschäftigung ohne Reform

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten erreicht in diesem Jahrzehnt ein Maximum. Danach wird die Beschäftigung parallel mit der erwerbsfähigen Bevölkerung zurückgehen. Bis zum Jahr 2030 wird der Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zwischen 3,1 bis 3,9 Millionen liegen. Ähnliches gilt für die Erwerbstätigkeit als Ganzes. Die Geschwindigkeit dieses Rückgangs hängt davon ab, wie sich die Erwerbsneigung der Bevölkerung entwickelt. Selbst im günstigsten Fall geht nach eigenen Schätzungen die Zahl der Erwerbstätigen und der SV-Beschäftigten um über 10% zurück.

Auswirkung der Rente mit 67 auf Beschäftigung

Bei einer konsequenten Umsetzung der Anhebung des abschlagfreien Rentenalters würde das tatsächliche Renteneintrittsalter deutlich ansteigen. Ökonometrische Schätzungen und die Erfahrungen der vergangenen Jahre mit der Einführung der »rentenrechtlichen Abschläge« lassen einen (weiteren) Anstieg des durchschnittlichen Eintrittsalters bei *Altersrenten* um etwa 1 bis maximal 1,5 Jahre erwarten. *Erwerbsminderungsrenten* sind nicht unmittelbar betroffen.

An dem oben geschilderten Rückgang der Erwerbsbevölkerung wird aber auch die Erhöhung der Beschäftigung Älterer nichts Wesentliches ändern. Selbst wenn die Anhebung des abschlagfreien Rentenalters konsequent durchgesetzt wird, bleibt der Gesamteffekt auf die Beschäftigung doch relativ bescheiden. Die Erhöhung des Renteneintrittsalter würde selbst bei starker Reaktion nur zu einer um rund 1 Mill. höheren Beschäftigtenzahl führen. Dies ist viel geringer als der demographisch bedingte Rückgang der Erwerbstätigkeit. Insgesamt steigt zwar das Angebot an *älteren* Beschäftigten an mit entsprechenden Folgen für die Altersstruktur. Eine Erhöhung des tatsächlichen Renteneintrittsalter erhöht das durchschnittliche Alter der Erwerbstätigen nur um rund ein Jahr.⁶ Der heutzutage noch extrem geringe Anteil der über 60-Jährigen (rund 3% der Beschäftigten) wird deutlich ansteigen auf etwa 7,5% ohne Reform und etwa 11% mit konsequenter Reform. Der Anteil der Älteren an allen Beschäftigten erreicht aber keinesfalls dramatische Ausmaße. Dieser Übergang erfolgt jedoch über einen Zeitraum von über 20 Jahren. Es ist also reichlich Zeit für

entsprechende Anpassungen vorhanden. Das heißt vor allem dass sich die Betriebe auf diese Entwicklung durch eine entsprechende Arbeitsorganisation rechtzeitig einstellen müssen. Hierfür sind gegebenenfalls Änderungen in der physischen Kapitalausstattung erforderlich.

Schließlich gibt es einen endogenen Anpassungsmechanismus. In dem Maße, in dem der Arbeitsmarkt Gelegenheiten für Ältere bietet, wird es vermehrt zu einem späteren Rentenzugang kommen. Es wird also nicht zu massenweiser Arbeitslosigkeit Älterer kommen, sondern schlimmstenfalls zur Inkaufnahme von Abschlägen. Wie oben gezeigt, hält sich selbst bei konstantem Renteneintrittsalter der Effekt auf das Rentenniveau in engen Grenzen.

Teilzeitarbeit im Alter und flexiblere Entlohnung

Die öffentliche Diskussion geht bisher immer noch davon aus, dass eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit gleichbedeutend ist mit einer Vollzeitbeschäftigung. Derzeit werden die Rentner zu einer solchen schwarz-weiß Entscheidung gezwungen aufgrund der Begrenzung des Hinzuverdienstes bei vorzeitigem Rentenbezug. Erst ab dem Alter 65 darf unbegrenzt hinzuverdient werden. Wenn jedoch die Abschläge aus Sicht der gesetzlichen Rentenversicherung aktuarisch fair sind, gibt es keinen Grund mehr, ein bestimmtes Rentenzugangsverhalten zu bevorzugen – auch nicht aus Sicht des Fiskus. Eine Entkopplung von Rentenbezug und Erwerbstätigkeit – zumindest in einem erweiterten Zeitfenster – würde den Übergang in die Rente und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit wesentlich vereinfachen.

Insofern die Produktivität mit dem Alter schwindet, brauchen Betriebe außerdem einen Anreiz, Ältere zu beschäftigen. Bleiben aufgrund tariflicher oder gesetzlicher Regelungen die Löhne starr, dann schwindet mit zunehmendem Alter die Beschäftigungschance der Älteren. Nun fällt die Produktivität nicht schlagartig im Alter 65 auf null. Dieser Rückgang ist soweit vorhanden stetig (abgesehen von plötzlichen Erkrankungen oder Unfällen). Es kann auch sein, dass die Produktivität für einige Stunden pro Tag noch auf hohem Niveau gehalten werden kann, nicht jedoch für eine Acht-Stunden-Schicht. Auch aus diesem Grunde sollte die Möglichkeit der Teilzeitarbeit nicht durch die Hinzuverdienstregelungen beschränkt werden.

Fazit

In welchem Maße die so genannte Rente mit 67 zu einer Erhöhung des Arbeitsangebots Älterer führt, hängt sehr stark von der Ausgestaltung der Reform und den begleitenden Maßnahmen ab. Selbst bei voller Wirksamkeit der Reform würde sich das durchschnittliche Rentenzugangsalter um

⁶ Eigene Projektion mit einem demographischen Modell.

höchstens 1,5 Jahre verschieben, weil Erwerbsminderungsrenten weiterhin ohne verschärfte Abschläge in Anspruch genommen werden können. Die Sonderregelung für besonders lang Versicherte würde diesen Effekt halbieren. Die gesamte Erwerbstätigkeit wird selbst bei konsequenter Reform nicht steigen, weil der Anstieg der Zahl der Älteren bei weitem nicht in der Lage ist, den Rückgang der Erwerbsbevölkerung in den unteren Altersklassen auszugleichen. Grundsätzlich würde auch ein starker Anstieg der Erwerbstätigkeit der Älteren nicht zu einem Arbeitsmarktproblem führen, zumal dieser Prozess sehr allmählich ist, weil er über 15 Jahre verteilt wird. Die Angst vor einer Überforderung des Arbeitsmarktes durch hinausgeschobenen Rentenzugang ist damit doppelt und dreifach unbegründet. Einziges Problem könnte die veränderte Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung sein. Diese ist jedoch weit weniger dramatisch als gemeinhin angenommen wird. Außerdem bleibt Arbeitgebern und Erwerbstätigen eine lange Zeit zur Anpassung. Entscheidend wird sein, die Qualifikation der Erwerbstätigen zu sichern. Außerdem müssen teilweise die Produktionsprozesse auf einer größeren Zahl älterer Arbeitnehmer eingestellt werden. Dies erfordert ggf. Investitionen, für die aber im Laufe der nächsten 20 Jahre genügend Zeit bleibt.

Am 22. und 23. März 2007 findet – zum ersten Mal in Frankfurt – die CESifo International Spring Conference statt. Hauptthema der Veranstaltung ist die Verfassung der Finanzmärkte in einem Umfeld sich abschwächenden weltwirtschaftlichen Wachstums. Was sind die Risikopotentiale nach Jahren ohne nennenswerte Krisen angesichts hoher Liquidität und gestiegener Risikobereitschaft der Investoren? Diesem Thema widmet sich schwerpunktmäßig Axel Bertuch-Samuels, Stellvertretender Direktor der Abteilung Geld- und Kapitalmärkte (Monetary and Capital Markets) des Internationalen Währungsfonds in Washington. In seinem Vortrag mit dem Titel »Challenges for Financial Markets in Slowing Global Growth?« wird er Überlegungen zur Aktualisierung des Financial Market Update im April 2007 präsentieren.

The September 2006 Global Financial Stability Report (GFSR) presented a baseline scenario of solid global growth, contained inflation, and continued financial stability. However, it reported that risks were tilted to the downside. Growth could slow more sharply if the U.S. housing market were to weaken rapidly; inflation could spike, possibly reflecting rising energy prices; and a disorderly unwind of global imbalances remained a threat. Developments since then have been broadly in line with the baseline scenario. Market sentiment has gravitated toward a central scenario for a benign slowdown which keeps inflationary pressures contained. But downside risks remain and there have been changes in underlying financial conditions that warrant continued vigilance.

The U.S. housing market slowdown has been more severe than some market participants had expected. However, markets still expect this not to trigger broader economic weakness in the U.S. economy, and they view global growth prospects as remaining positive. Nevertheless, the housing slowdown has increased concern about the sub-prime segments of the U.S. mortgage market, and some early signs of distress in that sector are emerging. The proliferation of securitized mortgage structures makes it hard to identify the ultimate holders of this heightened mortgage credit risk, but the wide distribution of risk could mitigate the impact of potential losses.

Leverage indicators have also increased in segments of the corporate sector (albeit from low levels), in foreign exchange markets, and in hedge funds. Corporate profits appear robust, and balance sheets strong, credit spreads have declined further, and default rates remain low. However, leverage is increasing rapidly in private equity markets and valuations appear increasingly stretched. Rating agencies warn that private equity-sponsored companies may come under stress should global economic conditions weaken significantly.

Emerging market asset prices have recovered strongly from the May-June turbulence, which at least partly reflects continued fundamental improvements, including policy actions taken by some countries to stabilize market conditions and to shore up credibility of domestic policies. As sovereign issuance in international capital markets has declined, private corporate issuance has filled the void. Household and corporate credit have grown strongly in emerging Europe and Central Asia. Foreign inflows have increased into sub-Saharan Africa as these countries have become a new frontier in investing into emerging markets. But the authorities need to ensure policies are in place to best benefit from foreign investor flows into local markets and avoid the instability that can be associated with these flows.

Investors continue to move out the risk spectrum in a search for yield, and risky assets continue to perform well. At the same time, volatility has fallen to generational lows across a wide range of assets, and many investors appear to have adopted similar trading strategies, in many cases ones predicated on a continuation of

¹ *Financial Market Update* ist ein Online-Bulletin, das von der Abteilung Geld- und Kapitalmärkte des Internationalen Währungsfonds herausgegeben wird. Stand dieses Beitrags: 14. Dezember 2006.

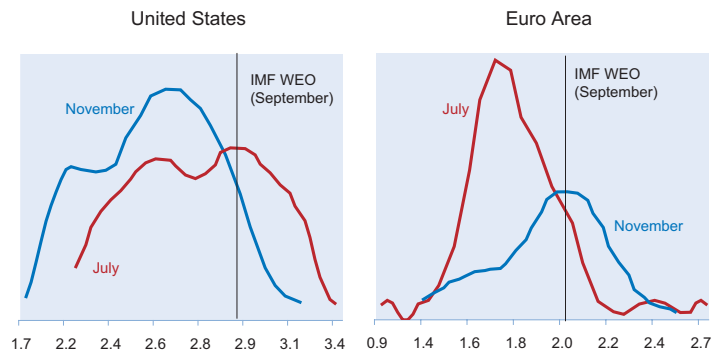
the benign scenario. However, investors appear to be giving insufficient weight to downside risks and might assume that the low risk premia are a permanent feature of the financial market landscape. Importantly, the cyclical factors contributing to the low volatility environment – abundant lowcost liquidity, low leverage in the corporate sector, and high risk appetite – may reverse.

A transition from the current state of low volatility to one in which volatility returns to historically more normal levels would likely not be straightforward. The task has been made more difficult by the rapid growth of some innovative instruments and the build-up of leverage in parts of the financial system. Carry trades have grown and the unwinding of those trades has potential to cause perturbations in markets. A »volatility shock« – perhaps caused by a downward shift in growth expectations or by renewed inflationary pressures – could precipitate portfolio adjustments and raise underlying volatility.

Markets are anticipating a benign slowdown but downside risks remain

Global growth has been relatively strong as growth rates in key economic regions have converged. As the U.S. economy has slowed, there has been a limited decoupling of the other major economic areas (see Figure 1). Against this backdrop, markets have focused on risks of a more pronounced slowdown in the U.S. economy around this favorable outlook. Private forecasts have become less optimistic and slightly more uncertain since September (see Figure 2).

Figure 2
Distribution of Private Sector Growth Forecasts for 2007



Source: Consensus Economics; IMF staff estimates.

Equity markets appear to expect a soft landing for the U.S. economy as a rebalancing of global growth occurs (see Figure 3). In the United States, weaker residential investment helped pull third quarter U.S. GDP growth down to a 2.2 percent annualized pace, but so far there appears to be only limited spillover from the housing market to other areas of the economy. Recent labor market developments point to sustained growth, with payroll rosters and wages expanding at a moderate pace, all supporting consumption. Already, U.S. markets are starting to foresee the time when the housing market downturn will have run its course. However, other sectors of the economy have also started to show signs of softening. Manufacturing indicators have weakened considerably since the summer, while factory and durable goods orders have turned abruptly lower. Against this backdrop, markets anticipate that the U.S. Federal Reserve will begin to cut rates next year in support of a soft landing. Bond markets point to further softening of the economy ahead as real yields have declined and the yield curve remains inverted. In contrast, the outlook for Europe has been bolstered by a series of positive economic data surprises, which has supported equity markets in the region. Investment is leading growth, but consumption has accelerated of late, suggesting that the recovery is broadening and becoming more self-sustaining.

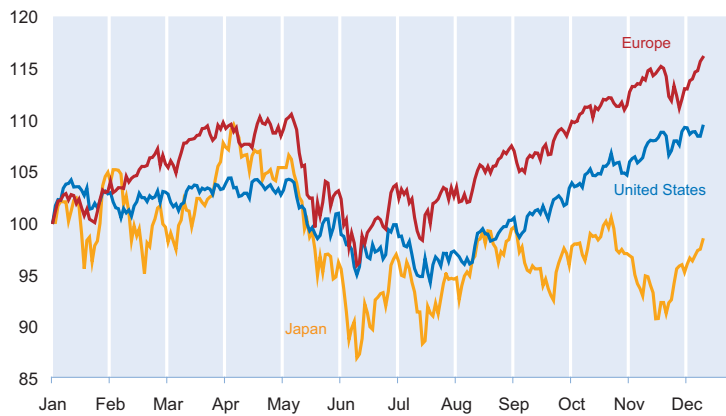
As the United States' advantage in growth and interest rate differentials continues to narrow, the dollar has come under renewed pressure. The initial dollar adjustment fell principally on European currencies, while the yen and some other Asian currencies moved much more modestly. The recent decline in the dollar has been orderly and the increase in volatility was much lower and short-lived

Figure 1
Economic Growth in Mature Markets



Source: Bloomberg L.P.; Consensus Economics.

Figure 3
Performance of Growth Stocks for 2006

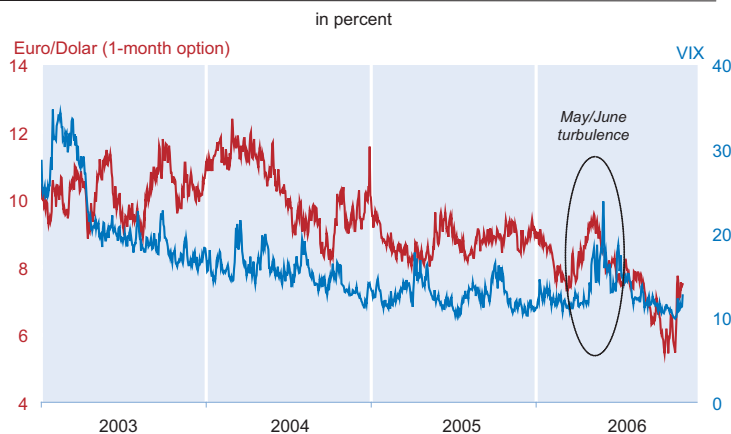


Source: Morgan Stanley Capital International.

than that experienced during the May/June 2006 correction, which was triggered by concern about inflation risks and consequences for growth as the Fed would respond with higher rates (see Figure 4).

However, risks remain that could upset this benign outlook. Market expectations of inflation in the United States have fallen considerably in the last few months on the back of falling oil prices and a successive stream of favorable inflation surprises. However, the average level of expected inflation over the next 10 years, though declining somewhat, remains relatively elevated. In addition, tension remains between the market consensus of abating inflation that would allow the Fed to cut rates, and the continued concerns expressed by the Fed over inflation risks. An inflation shock would force markets to reassess the outlook for price stability and the associated path of easing by the Federal Reserve, likely sparking a significant rise in volatility across markets and a rise in risk premia. Second, growth could slow

Figure 4
Equity and Currency Market Implied Volatilities



Source: Bloomberg L.P.; IMF staff estimates.

more sharply in the United States if the housing market undergoes more significant pressures, the indirect effects on consumer spending become more apparent, and increases in household wealth cease. Last, in the event of a harder landing in the United States, there remains concern whether growth elsewhere can be self-sustaining. Should these risks transpire, there would likely be a more serious test to global financial stability.

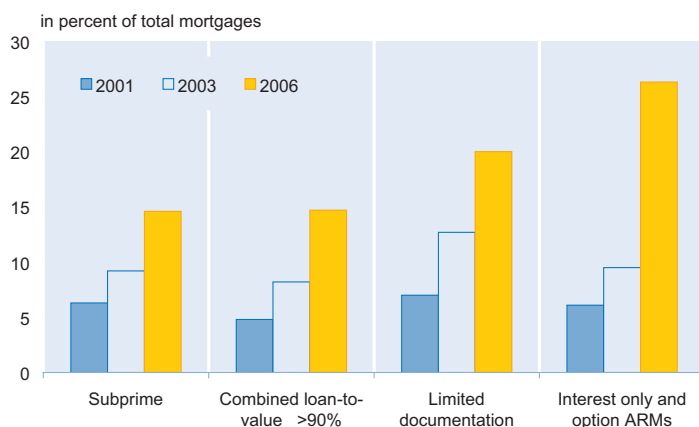
The cooling housing market may increase risks in the mortgage sector

The shift in recent years toward more risky mortgages may make segments of the mortgage credit markets more vulnerable to the deceleration in housing prices. Innovations in the origination of mortgages have allowed a widening range of borrowers to finance more expensive homes at a given income level. These include mortgages for subprime borrowers, mortgages with high degrees of leverage, and mortgages that feature sharply rising monthly payments, resulting in »payment shock« (see Figure 5). More than half of mortgages originated in 2005 and 2006 are estimated to contain provisions that will eventually lead to a sharp rise in payments, even if the level of market interest rates does not change. Furthermore, as shorter-term interest rates have increased in recent years, rising payments on conventional adjustable rate mortgages will add to payment shock.

Although the overall level of home equity remains high, a recent study suggested there may be significant pockets of home purchasers with low or negative equity; that is, mortgage debt in excess of the value of their homes. This may owe to several factors, including falling home prices in some regions, mortgages that initially allow for a buildup of debt over time, and the fact that some homeowners may have overpaid for their homes at the speculative height of the market, facilitated by overly liberal underwriting. Thus, homeowners with small or no equity cushions in their homes may find the payment shock difficult to manage.

So far, delinquency rates have picked up only slightly, and only in the subprime segment. Mortgage spreads have remained low, partly reflecting the broader search for yield, and suggesting that markets may be complacent in pricing risk. As payments increase, default rates in the subprime sector are likely to rise. A sharp economic downturn could increase homeowner defaults more significantly, increa-

Figure 5
Selected Characteristics of U.S. Mortgage Market



Source: Lehman Brothers.

sing credit risk in the mortgage and household credit sector more broadly.

The bulk of the riskiest mortgage-related securities have been packaged into structured products such as collateralized debt obligations (CDOs). An important reason for this is the demand by institutional investors, including foreign ones, for high-quality fixed-income securities. CDOs can create these securities from underlying securities of mid-level credit quality by concentrating all the risk into a small amount of very risky securities. The higher-risk securities are reportedly bought largely by hedge funds, that, it is supposed, are equipped to manage higher risks. However, the packaging and repackaging of risk in this sector is extremely complex, and it is difficult therefore, to identify with any certainty the ultimate holders of risk. The recent closure of two small subprime mortgage originators highlights signs of stress in that segment of the market, as well as in the securitization process and distribution system for subprime mortgages.

Markets appear complacent despite downside economic risks and underlying changes in financial conditions

Volatility has fallen to remarkably low levels and risk spreads are historically tight. The realized volatility on U.S. equities is well below that observed at this point in any of the last three business cycles (see Figure 6). Several structural reasons have been put forward to explain the low levels of volatility. One is that inflation risk is less of a concern, partly because emerging economies, in particular China and India, can help meet growing global de-

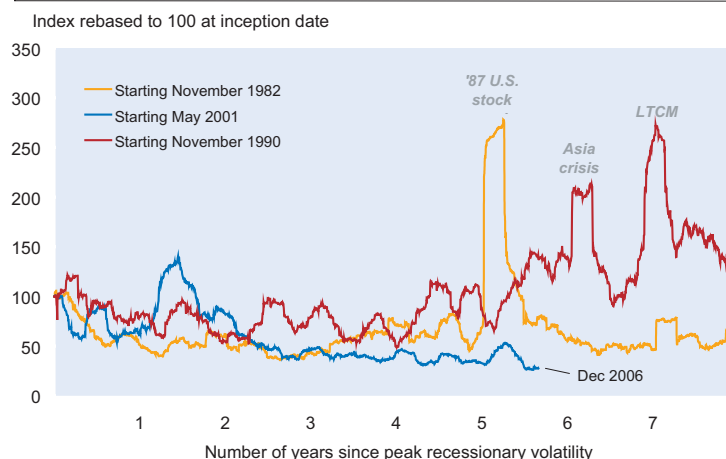
mand for both goods and services despite narrowing capacity constraints in industrial countries. Others appeal to a shallower credit cycle due to improved macroeconomic policies, including the credibility attached to central banks. In addition, the wider dispersion of risks in the financial system, facilitated by financial innovations and deepening markets for credit derivatives, may also have contributed to lower volatility. Nevertheless, there remains a cyclical component to low volatility that can be explained by, first, still abundant global liquidity, second, relatively low corporate leverage, and third, elevated risk appetite.

Turning first to **liquidity conditions**, (see Figure 7) suggests that in moving from very low to higher interest rates, financial volatility res-

ponds only with a lag. The long period of ample liquidity in this business cycle has encouraged the search for yield and high risk appetite, and this is likely to take time to work through. And even as U.S. monetary policy has tightened, liquidity has remained ample elsewhere. The conjunction of low volatility in currency markets with, in some cases, high cross-border interest rate spreads has led to a rise in »carry« trades in which investors borrow in a low interest rate currency to invest in higher yielding currencies, taking on, however, currency risk in the process.

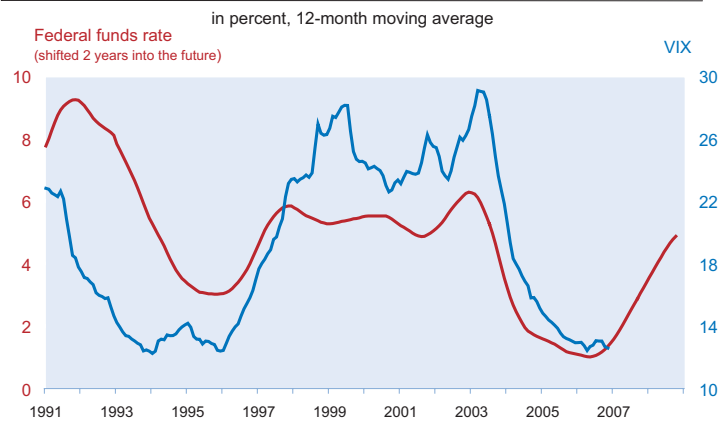
Favored funding currencies for these trades have been the Japanese yen, and, to a lesser extent, the Swiss franc. Measuring the size of the yen carry trade is difficult, but there is evidence of substantial participation of foreign investors in this trade at various times over the past two years. One indirect indicator is from the Japanese balance of payments. Domestic Japanese investors have been increasing their

Figure 6
Volatility and the U.S. Business Cycle



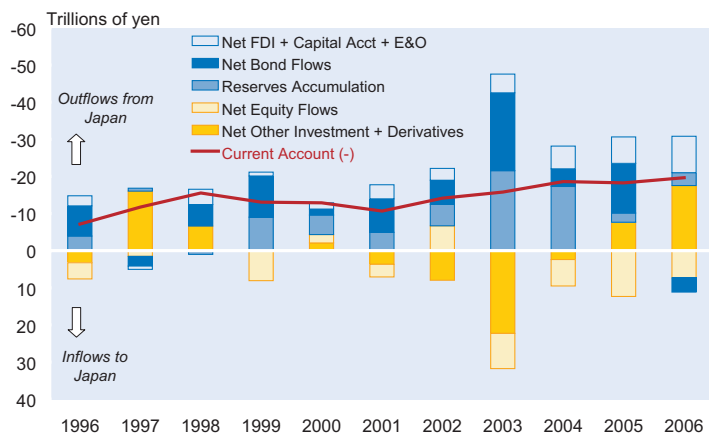
Source: Bloomberg L.P.; Goldman Sachs; IMF staff estimates.

Figure 7
Interest Rates and Asset Price Volatility



Source: Bloomberg L.P.; IMF staff estimates.

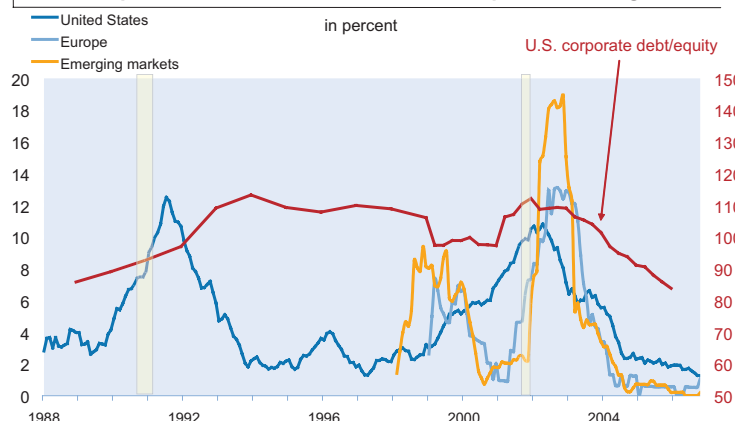
Figure 8
Japanese International Capital Flows



Note: Y-axis is reversed to highlight outflows; 2006 data for 12-month period ending Sept. 2006.

Source: Bank of Japan; IMF staff estimates.

Figure 9
Global Speculative Default Rates and U.S. Corporate Leverage



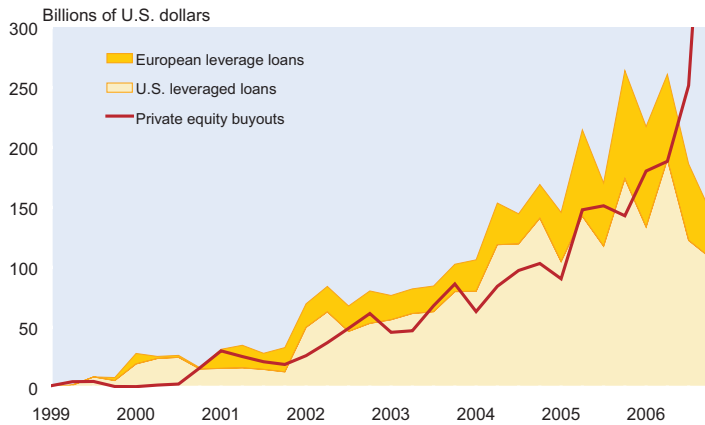
Source: Board of Governors of the Federal Reserve System, Flow of Funds; National Bureau of Economic Research; Standard & Poor's; IMF staff estimates.

purchases of foreign assets (largely bonds) for several years, peaking in 2005. They have fallen somewhat this year but remain substantial. However, starting in 2005 and picking up in 2006, »other« investment outflows (which include banking and derivatives flows) have surpassed net bond outflows as the dominant form of private sector capital outflow (see Figure 8). Crossborder yen lending by Japanese banks would show up as these »other« outflows, consistent with the notion that foreign investors are borrowing in yen to finance investments in areas that offer higher yields, including emerging markets (see below). Additional evidence comes from trading of currency futures contracts on the Chicago Mercantile Exchange. Here, »noncommercial« investors, who have no underlying currency transaction to hedge, had large short yen positions in 2005 and early 2006, and again after the market turbulence of May-June 2006 subsided. Positioning in the Swiss franc, another low yielding currency, has closely followed that in the yen. While these futures markets positions cover only a small segment of professional market activity, they may provide a useful barometer of the broader market.

Second, **corporate leverage** is still low relative to past cycles. With profitability and cash-flows strong, the balance sheets of the corporate sector have continued to improve (see Figure 9). The gearing ratios of listed firms in all major markets have continued to decline. In part, this reflects the fact that corporate investment, though rising, is still modest. The low level of borrowing is one of the factors that has kept default rates at historic lows for longer than had been anticipated, and lower than is usual at this stage in the credit cycle.

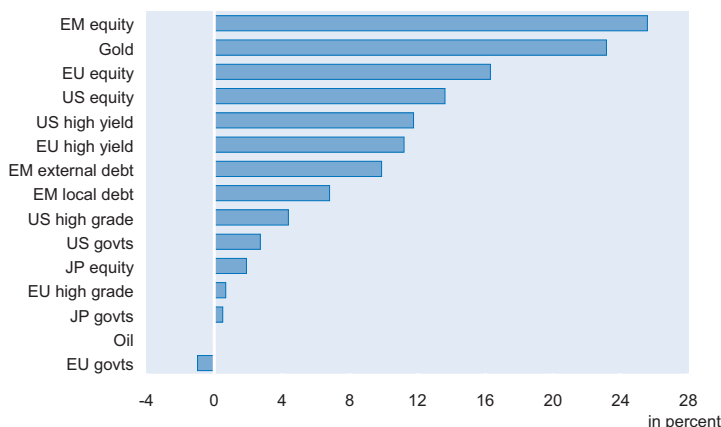
However, this is finally changing as corporate leverage in private markets has been rising. One of the most striking features of financial markets over the last year or so has been the massive increase in private equity buyouts, in most cases using leveraged loans as part of the financing (see Figure 10). In the 12 months ending September 2006, total leveraged loan issuance reached almost \$900 billion. The expansion has been fueled by the growth of private equity groups that have enjoyed huge inflows from real money investors. Valuation metrics for leveraged buyouts look increasingly stretched and pricing is

Figure 10
Private Equity Buyouts and Leveraged Loans Issuance



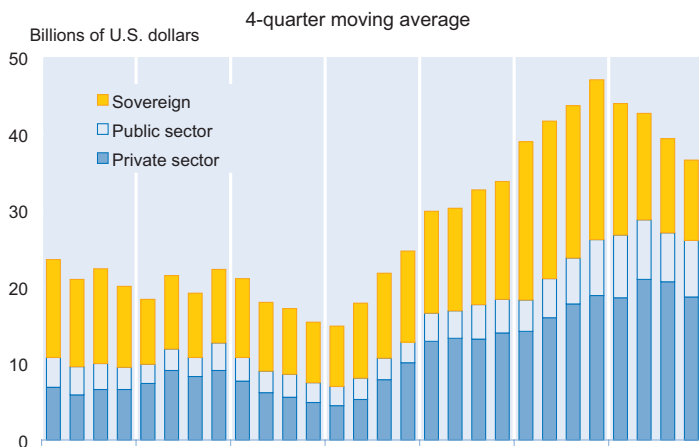
Source: Bloomberg L.P.

Figure 11
Asset Class Returns, 2006 Year-to-Date



Source: Bloomberg L.P.; Merrill Lynch; IMF staff estimates.

Figure 12
Emerging Market Gross External Bond Issuance by Issuer Type



Source: Dealogic.

getting finer. Firms are being bought out at increasingly high multiples of their earnings, and the degree of leverage used has reached record highs. In many cases, the buyout groups rapidly recoup part of their investment via dividend and fee payments, which pushes up the leverage in the target firm even further. Ratings agencies so far remain relatively sanguine about the leveraged buyout market. Default levels remain low and liquidity flowing into the sector is vast. However, some warn that business plans of those that engage in buyouts would not look so attractive if global growth were to slow rapidly or if interest rates were to rise. The U.K. Financial Services Authority (FSA) recently completed a review of private equity and found that the exposures of U.K. banks to private equity were significant and rising, but were mitigated by the distribution of some of the risks to institutional investors.

The third factor holding volatility down is the rise in risk appetite across a wide range of assets. This is evidenced by the tight spreads and rising valuation ratios in mature markets discussed above, but also in emerging markets where the search for yield is moving up the »risk curve« into more risky assets in emerging markets and into new frontiers. So far this year, emerging market equities are the bestperforming major asset class, in spite of the sharp sell-off in May/June (see Figure 11).

In addition, emerging market debt, both external and local, has produced higher returns than all other fixed-income classes, except for high-yield corporate debt. Investor flows into emerging market asset classes have been strong and allocations are increasingly being made to more »exotic« assets.

For instance, as sovereign issuance on international capital markets has declined, corporate issuance has filled the void (see Annex). This »crowding in« of private sector corporate bonds is welcome, and is underpinned by improving fundamentals in many emerging markets, as well as the needs of emerging markets for greater private sector investment and credit. But such increased holdings by foreign investors of more risky assets is also driven by the search for yield as sovereign spreads have narrowed to historic lows (see Figure 12).

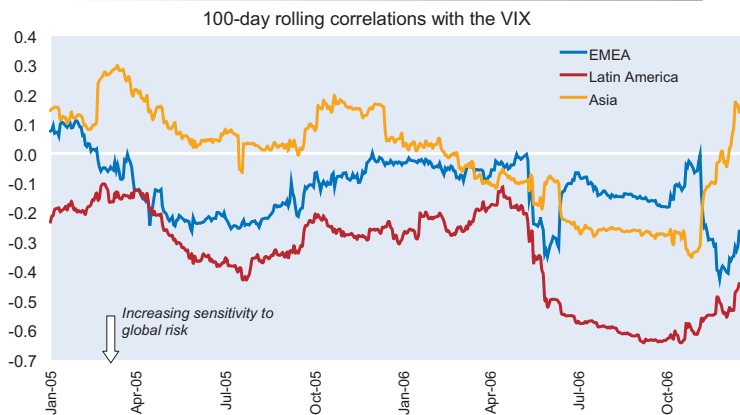
Also, foreign investor interest in sub-Saharan Africa increased in 2006, albeit from a low base. Dedicated emerging market hedge funds and institutional investors have become increasingly active in this region recently, especially in local currency debt markets. Market intelligence suggests Nigeria received inflows of around \$1 billion in the first half of 2006, and there have also been significant flows to Ghana, Kenya, Tanzania, Uganda, and Zambia. Investors have been attracted by high yields, improving macroeconomic fundamentals, and diversification benefits. Also important to the growth of this market is that the number of sub-Saharan assets that can be settled on Euroclear, the leading international securities settlement platform, has grown significantly over the last year, reducing settlement costs for foreign investors.

The potential transition from the current state of low volatility poses challenges for financial stability

Looking ahead, the cyclical factors contributing to the low volatility environment – liquidity, leverage, and risk appetite – could reverse. Despite the low level of volatility in individual asset classes, as mentioned above, correlations between asset classes appear to be rising along with risk appetite and the search for yield. If these positive correlations were to persist, or even to rise, in a sell-off, the traditional diversification benefits of investing in a wide variety of asset classes might be less than investors expect. The possibility that the correlations may persist underscores that investors may eventually demand *higher* risk premiums.

The transition from the current state of low volatility but increased vulnerability to one in which volatility returns to historically more normal levels may not be straightforward. The task has been made more difficult by the rapid growth of some innovative instruments and the build-up of leverage in parts of the financial system. Carry trades have grown and the unwinding of those trades has potential to cause perturbations in markets. A »volatility shock« – perhaps caused by a downward shift in growth expectations or by renewed inflationary pressures – could precipitate portfolio adjustments and raise underlying volatility. Many hedge funds have reportedly sold options as a source of premium income – one reason that volatilities implied by option markets have fallen

Figure 13
Global Risk and Emerging Market Currencies

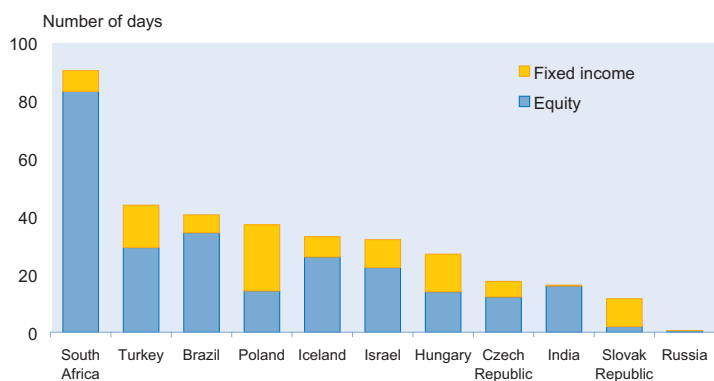


Source: Bloomberg L.P.; JPMorgan Chase & Co; IMF staff estimates.

so low. This suggests that such funds are exposed to any sudden turn in market sentiment and, in that event, might scale back their provision of insurance against volatility, which would tend to raise implied volatility further.

As experienced in May-June 2006, a rapid unwinding of carry trades, perhaps due to an increase in volatility, could lead investors to retrench from some emerging markets. The September *GFSR* underscored that several countries in the Europe, the Middle East, and Africa (EMEA) region have high current account deficits coupled with a heavy reliance on portfolio inflows. This makes them more sensitive to global risk conditions, reflected in high and (negative) correlations with a measure of global risk aversion of roughly three times those in other regions (see Figure 13). In particular, trades that have attracted significant inflows from foreign investors in recent years are also liable to unwind rapidly if risk aversion increases (see Figure 14).

Figure 14
Crowded Trades in Local Markets



Note: The chart shows the stock of foreign equity and local bond positions divided by the average daily spot foreign exchange turnover as of end-April, to give an indicator of how many days it might take for foreign investors to fully unwind their local positions.

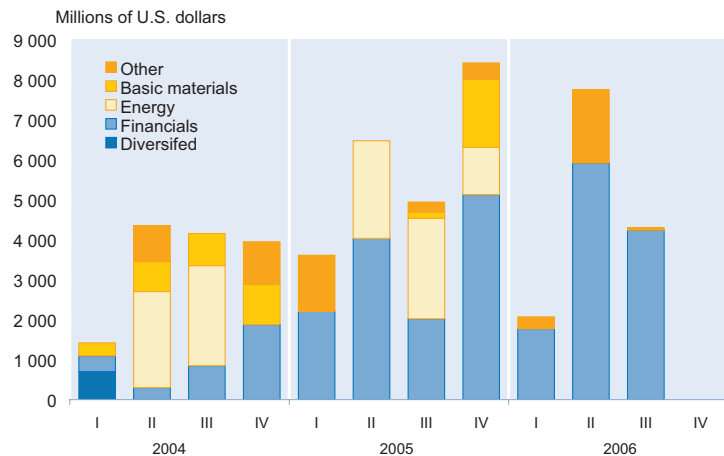
Source: Deutsche Bank; national authorities; IMF staff estimates.

Growth in private debt into Eastern Europe and Central Asia has increased rapidly

The September *GFSR* also drew attention to the increase in cross-border private debt flows into emerging markets and into Eastern Europe in particular. Growth in private debt to a number of Eastern European countries has continued to grow very rapidly. Foreign-currency-denominated bond issuance by Russian entities, having started from a low base, is now running at a \$20 billion annual rate, in part reflecting favorable macroeconomic conditions and the improving credit quality of some borrowers. However, increasingly, issuance is being dominated by banks, with recent issuers including some less well-known banking sector names (see Figure 15).

As well, capital adequacy of these banks is under pressure from strong domestic loan growth, which has averaged about 75 percent over the past four years, as many firms and households are able to access credit for the first time. Banks are now relying on capital markets for around a third of their funding, leaving them with substantial rollover risk. The challenges are at least as great for Kazakh banks. Lending to Kazakh banks has also grown rapidly, and, as a proportion of GDP is higher than lending to Russian banks.

Figure 15
Russian Foreign-Currency-Denominated Issuance



Source: Bloomberg L.P.

Annex

Table Emerging Market External Financing

Emerging Market External Financing

	2006											
	1st qtr.	2nd qtr.	3rd qtr.	4th qtr.	1st qtr.	2nd qtr.	3rd qtr.	Oct.	Nov.	Dec. ^{a)}	YTD ^{b)}	
	In billions of U.S. dollars											
Gross issuance by asset	216.4	216.4	216.4	216.4	216.4	216.4	216.4	216.4	216.4	216.4	216.4	216.4
Bonds	80.5	80.5	80.5	80.5	80.5	80.5	80.5	80.5	80.5	80.5	80.5	80.5
Equities	41.8	41.8	41.8	41.8	41.8	41.8	41.8	41.8	41.8	41.8	41.8	41.8
Loans	94.2	94.2	94.2	94.2	94.2	94.2	94.2	94.2	94.2	94.2	94.2	94.2
Gross issuance by region	216.4	216.4	216.4	216.4	216.4	216.4	216.4	216.4	216.4	216.4	216.4	216.4
Asia	85.9	85.9	85.9	85.9	85.9	85.9	85.9	85.9	85.9	85.9	85.9	85.9
Latin America	69.1	69.1	69.1	69.1	69.1	69.1	69.1	69.1	69.1	69.1	69.1	69.1
Europe, Middle East, Africa	61.4	61.4	61.4	61.4	61.4	61.4	61.4	61.4	61.4	61.4	61.4	61.4
Amortization by asset	113.9	113.9	113.9	113.9	113.9	113.9	113.9	113.9	113.9	113.9	113.9	113.9
Bonds	51.8	51.8	51.8	51.8	51.8	51.8	51.8	51.8	51.8	51.8	51.8	51.8
Equities	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Loans	62.1	62.1	62.1	62.1	62.1	62.1	62.1	62.1	62.1	62.1	62.1	62.1
Amortization by region	113.9	113.9	113.9	113.9	113.9	113.9	113.9	113.9	113.9	113.9	113.9	113.9
Asia	56.6	56.6	56.6	56.6	56.6	56.6	56.6	56.6	56.6	56.6	56.6	56.6
Latin America	32.3	32.3	32.3	32.3	32.3	32.3	32.3	32.3	32.3	32.3	32.3	32.3
Europe, Middle East, Africa	24.9	24.9	24.9	24.9	24.9	24.9	24.9	24.9	24.9	24.9	24.9	24.9
Net issuance by asset	102.5	102.5	102.5	102.5	102.5	102.5	102.5	102.5	102.5	102.5	102.5	102.5
Bonds	28.7	28.7	28.7	28.7	28.7	28.7	28.7	28.7	28.7	28.7	28.7	28.7
Equities	41.8	41.8	41.8	41.8	41.8	41.8	41.8	41.8	41.8	41.8	41.8	41.8
Loans	32.1	32.1	32.1	32.1	32.1	32.1	32.1	32.1	32.1	32.1	32.1	32.1
Net issuance by region	102.5	102.5	102.5	102.5	102.5	102.5	102.5	102.5	102.5	102.5	102.5	102.5
Asia	29.2	29.2	29.2	29.2	29.2	29.2	29.2	29.2	29.2	29.2	29.2	29.2
Latin America	36.8	36.8	36.8	36.8	36.8	36.8	36.8	36.8	36.8	36.8	36.8	36.8
Europe, Middle East, Africa	36.5	36.5	36.5	36.5	36.5	36.5	36.5	36.5	36.5	36.5	36.5	36.5
Secondary markets												
Bonds:												
EMBI Global (spread in bps)	735	728	725	725	403	347	237	382	356	333	382	191
Merrill Lynch high yield (spread in bps)	890	795	871	418	418	310	371	319	329	283	319	313
Merrill Lynch high grade (spread in bps)	200	162	184	93	93	83	92	88	85	81	88	90
U.S. 10 yr. treasury yield (yield in percent)	5.12	5.05	3.82	4.25	4.25	4.22	4.39	4.6	4.13	4.38	4.6	4.85
Equity:												
DOW	-6.2	-7.1	-16.8	25	3.1	-0.6	-2.8	-2.7	2.6	-2.6	2.6	3.7
NASDAQ	-39.3	-21.1	-31.5	50.5	8.6	1.4	-8.4	-6.2	-0.5	-2.9	4	6.1
MSCI Emerging Markets index	-31.8	-4.9	-8	51.2	22.4	30.3	0.6	0	8.6	-7.4	4.1	11.5
Asia	-42.5	4.2	-6.2	46.1	12.2	23.5	2.8	1.4	6.5	-4.8	9	9
Latin America	-18.4	-4.3	-24.8	66.7	34.8	44.9	-0.6	-1.9	13	-10.3	14.9	14.9
EMEA	-22.3	-20.9	4.7	51.9	35.8	34.9	-3	-1.4	9.7	-10.3	14.1	14.1

^{a)} Issuance data are as of December 12, 2006 close-of-business London. Secondary markets data are as of December 14, 2006 close-of-business New York.

Source: Bloomberg L.P.; Dealogic; JPMorgan Chase & Co.; Merrill Lynch; Morgan Stanley Capital International; and IMF staff estimates.

Das ifo Geschäftsklima und Wendepunkte der deutschen Konjunktur

26

Klaus Abberger und Wolfgang Nierhaus

Das ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft ist ein viel beachteter Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Im folgenden Beitrag soll auf die speziellen Vorlaufeigenschaften dieses Indikators an konjunkturellen Wendepunkten eingegangen werden. Als Referenzreihe wird die zyklische Komponente des saisonbereinigten realen Bruttoinlandsprodukts herangezogen. Die Datierung der Wendepunkte erfolgt mit dem am National Bureau of Economic Research (NBER) entwickelten Bry-Boschan-Verfahren.

Mit Konjunkturindikatoren soll das zyklische Wirtschaftsgeschehen in marktwirtschaftlichen Systemen möglichst zeitnah und zutreffend beschrieben werden. Konjunkturzyklen sind Schwankungen des Auslastungsgrades des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (*Wachstumszyklus*).¹ Jeder Zyklus besteht aus einer Aufschwungs- und einer Abschwungsphase, wobei die einzelnen Phasen durch untere bzw. obere Wendepunkte miteinander verbunden sind. Aufschwungsphasen sind dadurch gekennzeichnet, dass die laufende Wachstumsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion (gegenüber der Vorperiode) über der des Produktionspotentials liegt (zunehmende Kapazitätsauslastung), Abschwungsphasen umfassen sowohl Phasen mit absolut sinkender Produktionstätigkeit als auch Phasen mit – gemessen an der Potentialrate – unterdurchschnittlich zunehmender Produktionstätigkeit (abnehmende Kapazitätsauslastung). Im Wachstumszyklus beginnt eine Ab-

schwungsphase also nicht, wenn die laufende Wachstumsrate ihr Maximum überschritten hat, sondern erst dann, wenn sie unter die Rate des Potentialwachstums fällt. Obere Wendepunkte in Wachstumszyklen finden sich dort, wo die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung am größten ist, untere Wendepunkte dort, wo der Auslastungsgrad am kleinsten ist.

Konjunkturindikatoren lassen sich nach ihrem zeitlichen Zusammenhang mit dem Zyklus in vorlaufende (*leading*), gleichlaufende (*coincident*) und nachlaufende (*lagging*) Indikatoren unterscheiden. Von besonderer Wichtigkeit für die Konjunkturanalyse sind die vorlaufenden Indikatoren (sog. *Frühindikatoren*). Ein guter Frühindikator zeichnet sich dadurch aus, dass seine Wendepunkte möglichst frühzeitig und deutlich (d.h. ohne Fehlalarme) die Wendepunkte in der Wirtschaftsentwicklung signalisieren. Darüber hinaus sollte der Vorlauf stabil sein, so dass relativ sicher abgeschätzt werden kann, wie frühzeitig das Signal des Indikators erfolgt. Schließlich sollten die Ergebnisse zeitnah vorliegen und nach der Veröffentlichung keinen größeren Revisionen unterliegen (vgl. Abberger und Wohlrabe 2006).

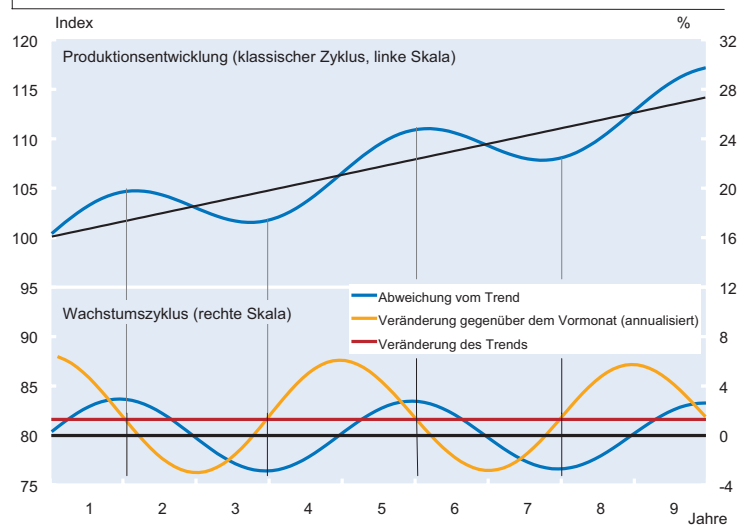
Ein viel beachteter Frühindikator für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland ist das *ifo Geschäftsklima*. Das ifo Institut führt seit seiner Gründung im Jahre 1949 regelmäßig Unternehmensbefragungen durch. Bereits in der Mitte der sechziger Jahre wurde auf der Basis des monatlich durchgeführten ifo Konjunkturtests das Geschäftsklima als konjunktureller Frühindikator entwickelt (vgl. Strigel 1965, 140). Das Geschäftsklima wird als Mittelwert aus den beiden Komponenten »Geschäftslage« und

¹ Konjunkturzyklen können alternativ auch als Schwankungen in den absoluten Niveauebenen der gesamtwirtschaftlichen Produktion definiert werden (*klassischer Konjunkturzyklus*). Dabei sind Phasen mit zunehmender Produktion von Phasen mit rückläufiger Wirtschaftsleistung unterschieden. Wendepunkte von klassischen Zyklen und Wendepunkte von Wachstumszyklen können zu unterschiedlichen Zeitpunkten auftreten. Dies liegt daran, dass die Wendepunkte in klassischen Zyklen dort zu finden sind, wo die Veränderungsrate der Produktion (gegenüber der Vorperiode) null beträgt, während Wendepunkte in Wachstumszyklen dadurch gekennzeichnet sind, dass dort die Veränderungsrate der Produktion gleich der Potentialrate ist, d.h. die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung ist minimal oder maximal. Da die Produktion normalerweise im Trend zunimmt, dauern Aufschwungsphasen bei klassischen Zyklen im Allgemeinen länger als Abschwungsphasen. Bei Wachstumszyklen sind dagegen die Auf- und Abschwungsphasen etwa gleich lang. Wachstumszyklen gibt es deshalb in vielen Industrieländern häufiger als klassische Zyklen (vgl. Nierhaus und Sturm 2003, 7 f.).

»Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate« berechnet.² Die beiden Komponenten spiegeln die gegenwärtige Situation und die Aussichten der im Konjunkturtest befragten Unternehmen wider. Sie wurden deshalb miteinander verbunden, um sichtbar machen zu können, aus welcher konjunkturellen Situation heraus eine bestimmte Antizipation abgegeben wird. So bedeutet die Antizipation »etwa gleich bleiben« in einer Boomphase naturgemäß etwas anderes als in einer Rezession, nämlich Fortdauer des Booms oder Fortdauer der Rezession (vgl. Goldrian und Strigel 1989, 360).

Das Geschäftsklima wurde vom ifo Institut erstmals im Jahr 1971 veröffentlicht; zunächst allerdings nur für die verarbeitende Industrie. Bereits ein Jahr später wurden die Klimadaten für die im Konjunkturtest erfassten Bereiche Industrie, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel – in Reaktion auf den zwei Jahre zuvor präsentierten Diffusionsindikator³ des Sachverständigenrats – erstmals zu einem konjunkturellen *Gesamtindikator* zusammengefasst (Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft, vgl. Strigel 1972, 203; Sachverständigenrat 1970, TZ 142 ff.). Das Geschäftsklima in dieser erweiterten Abgrenzung wird jeden Monat vom ifo Institut in einer Pressemitteilung kommentiert. Der Vorteil von Gesamtindikatoren besteht darin, dass sie im Unterschied zu Einzelindikatoren, die für sich betrachtet widersprüchliche Tendenzen anzeigen können, infolge der Informationsverdichtung normalerweise deutlichere und auch stabilere Konjunkturssignale liefern (vgl. Bahr 1999, 1). Ein zweiter Grund für die Zusammenfassung von Einzelindikatoren ist die Erweiterung der Aussage auf größere Aggregate. Im Folgenden soll auf die Qualität des ifo Geschäftsklimas als Frühindikator an konjunkturellen Wendepunkten im Zeitraum 1970–2006 eingegangen werden. Die Evaluierung erfolgt dabei auf der Basis des Bry-Boschan-Algorithmus, der ein quantitatives und damit objektives Verfahren für die Vorlaufeigenschaften von Konjunkturindikatoren an Wendepunkten liefert (vgl. Banerji 1999).

Abb. 1
Produktionsentwicklung (als Beispiel: 4-Jahres-Sinusschwingung des realen BIP um einen linearen Trend) und Wachstumszyklus



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Zum Test der Vorlaufeigenschaften muss zunächst eine *konjunkturelle Referenzreihe* aus der amtlichen Statistik ausgewählt werden. Als gesamtwirtschaftliche Referenzreihe für das ifo Geschäftsklima wurde das vierteljährlich *reale Bruttoinlandsprodukt* (BIP) herangezogen. Das Bruttoinlandsprodukt gilt als umfassendstes aggregiertes Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft. Es misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung), soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Interpretiert man den *Trendwert* des realen BIP als eine nichtstrukturelle Schätzung des Produktionspotentials, so lässt sich der Wachstumszyklus an der Abweichung des BIP von seinem Trend messen. Die Wendepunkte werden durch den maximalen Abstand der BIP-Zeitreihe vom Trend definiert. Im idealtypischen Fall einer Produktionsentwicklung, die einer Sinusschwingung um einen linear steigenden Trend folgt (Musterbeispiel eines klassischen Konjunkturzyklus) liegen die oberen Wendepunkte von Wachstumszyklen vor den oberen Wendepunkten von klassischen Zyklen, während die unteren Wendepunkte von Wachstumszyklen den Wendepunkten von klassischen Zyklen nachlaufen (vgl. Abb. 1). Auch empirisch zeigen sich die oberen Wendepunkte von Wachstumszyklen normalerweise vor den oberen Wendepunkten von klassischen Zyklen, während untere Wendepunkte keinen eindeutigen Zusammenhang erkennen lassen.

Zur Isolierung der *zyklischen Komponente* muss die BIP-Zeitreihe von allen nichtkonjunkturellen Komponenten (Saison- und Arbeitstagekomponente, Trend, Irregularitäten) bereinigt werden. Die saisonale Komponente spiegelt die innerhalb eines Jahres regelmäßig wiederkehrenden Ände-

² Konkret wird das ifo Geschäftsklima nach der Formel $[(GL + 200)(GE + 200)]^{1/2} - 200$ ermittelt, wobei GL den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zur aktuellen Geschäftslage bezeichnet und GE den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zu den Geschäftsaussichten in den nächsten sechs Monaten. Zur Vermeidung von negativen Werten in der Wurzel werden die Variablen GL und GE jeweils um die Konstante 200 erhöht. Durch die geometrische Mittelung werden die Schwankungen des ifo Geschäftsklimas bei Extremwerten im Vergleich zu einer arithmetischen Mittelung leicht gedämpft.

³ Diffusionsindizes beantworten die Frage: Wie viel Prozent einer bestimmten Gesamtzahl von Zeitreihen steigen bzw. sinken zu einem bestimmten Zeitpunkt im Zyklus? Das Ausmaß der Richtungsänderung wird dabei nicht quantifiziert.

rungen der Zeitreihe wider. Die Arbeitstagekomponente erfasst kurzfristige Einflüsse, die auf Unregelmäßigkeiten im Kalender zurückgehen (z.B. Schalttage, bewegliche Feiertage oder spezielle Feiertagsregelungen auf Länderebene). Für die Eliminierung der Saisonschwankungen (einschließlich der Bereinigung von Kalenderunregelmäßigkeiten) gibt es verschiedene Verfahren. Hier wurde das *Census-X12-ARIMA* Verfahren (mit den reihenspezifischen Steuerungsoptionen der Deutschen Bundesbank) ausgewählt, das in der internationalen Wirtschaftsstatistik »Industriestandard« geworden ist. Zur Ausschaltung des langfristigen Entwicklungspfad der Zeitreihe (Trend) wurde der bekannte *Baxter-King-Filter* verwendet. Der Baxter-King-Filter ist ein symmetrischer Filter, der im Vergleich zum ebenfalls populären *Hodrick-Prescott-Filter* den Vorteil hat, dass nicht nur die niederfrequente Trendkomponente, sondern auch die in der Zeitreihe enthaltenen hochfrequenten Irregularitäten entfernt werden. Zu letzteren zählen rein zufällige Störungen des Wirtschaftsgeschehens, aber auch erklärbare Sonderfaktoren wie Auswirkungen von Streiks, saisonunübliche Witterung oder kurzfristige Reaktionen der Marktakteure auf wirtschaftspolitische Maßnahmen. Als Zyklus wurde die Summe aller Komponenten der Zeitreihe mit Schwingungen zwischen 6 und 32 Quartalen (= 1,5 bis 8 Jahre) angesetzt, die Filterlänge beträgt 12 Quartale (= 3 Jahre). Diese Einstellungen entsprechen den in der Literatur üblichen Empfehlungen für einen in der Praxis nahezu optimalen Filter (vgl. Mills 2003, 91). Ferner wurden am Anfang und Ende der BIP-Zeitreihe zusätzliche Reihenwerte generiert, um auch an den Rändern einen symmetrischen Filter zu haben.⁴

In einem zweiten Schritt müssen zum Test der Vorlaufeigenschaften die konjunkturellen Hoch- bzw. Tiefpunkte der Referenzreihe identifiziert werden. In Deutschland gibt es, anders als etwa in den USA, keine offizielle Zyklusdatierung. In den USA ist z.B. das beim National Bureau of Economic Research (NBER) angesiedelte *Business Cycle Dating Committee* mit der Datierung des US-Konjunkturzyklus betraut. Eine konkurrierende, allerdings inoffizielle Datierung der US-Konjunktur legt das von G.H. Moore gegründete Economic Cyclical Research Institute (ECRI) vor. Für Deutschland veröffentlichte die Deutsche Bundesbank als bisher einzige inländische Institution bis zum Jahr 1997 in ihrem Beiheft »saisonbereinigte Wirtschaftszahlen« eine Chronologie der Wendepunkte, gemessen an den lokalen Minima bzw. Maxima der Zeitreihe der trendbereinigten Industrieproduktion (vgl. Naggl 1999, 64 f.).

Die Datierung der konjunkturellen Wendepunkte erfolgt hier mit dem von *Bry und Boschan* am NBER entwickelten Algorithmus, der weltweit am prominentesten ist (vgl. Bry und Boschan 1971). Das Verfahren bestimmt konjunkturelle Wen-

depunkte nach einem sequentiellen Entscheidungsprozess und liefert intersubjektiv vergleichbare und damit jederzeit überprüfbare Ergebnisse. Pagan und Sossounov (2000) skizzieren die Methode folgendermaßen: »It is important to recognize that the BB (Bry-Boschan, die Verfasser) program is basically a pattern recognition program and it seeks to isolate the pattern using a sequence of rules. Broadly these are two types. First, a criterion is needed for deciding on the location of potential peaks and troughs. This is done by finding points which are higher or lower than a window of surrounding points. Second, durations between these points are measured and a set of censoring rules is then adopted which restricts the minimal length of any phase as well as those of complete cycles.«

Im Ergebnis liefert das Bry-Boschan-Verfahren eine komplette Datierung der konjunkturellen Wendepunkte im jeweils betrachteten Referenzzeitraum.⁵ Hier erfolgt die Wendepunkt datierung mit Hilfe des EU-Softwaretools BUSY (Release 4.1), das auf einer Windows-Plattform neben anderen Verfahren zur Zeitreihenanalyse die Bry-Boschan-Routine bereitstellt (vgl. Fioentini und Planas 2003).

Bei der Herleitung des konjunkturellen Referenzzyklus für die Bundesrepublik ergab sich zusätzlich das technische Problem, dass sich die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vor dem Jahr 1991 lediglich auf Westdeutschland beziehen. Die fehlenden Zeitreihenwerte wurden deshalb durch Verkettung der entsprechenden west- bzw. gesamtdeutschen Zeitreihenwerte generiert. Da die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen lediglich vierteljährlich (und nicht wie Konjunkturtestdaten monatlich) vorliegen, mussten die Monatsergebnisse des ifo Geschäftsklimas für die gewerbliche Wirtschaft der Vergleichbarkeit halber zu Quartalswerten zusammengefasst werden. Die Zeitreihe des ifo Geschäftsklimas wurde mit dem ifo-Standardverfahren *ASA II* saisonbereinigt, um die volle Kompatibilität mit den regelmäßig veröffentlichten Konjunkturtestdaten zu gewährleisten. Vergleichende Testrechnungen mit dem *Census-X12-ARIMA*-Verfahren für den Zeitraum 1991 bis 2006 ergaben keine nennenswert unterschiedlichen Ergebnisse. Von einer zusätzlichen Trendbereinigung des Geschäftsklimas wurde abgesehen, da diese Zeitreihe von der Konzeption her stationär ist.

Ergebnisse für das Geschäftsklima

Die Tabelle zeigt die Chronologie der Wendepunkte der deutschen Konjunktur im Zeitraum von 1970 bis zum vierten

⁴ Die »backcasts« und »forecasts« wurden mit Hilfe von autoregressiven Modellen (AR) erzeugt, die Lag-Länge wurde automatisch über das Akaike-Informationskriterium (AIC) gewählt.

⁵ Beim Bry-Boschan-Verfahren sind die oberen Wendepunkte von vierteljährlichen Zeitreihen y_t charakterisiert durch das Kriterium $\{(y_{t-2}, y_{t-1}) < y_t > (y_{t+1}, y_{t+2})\}$; für die unteren Wendepunkte gilt entsprechend: $\{(y_{t-2}, y_{t-1}) > y_t < (y_{t+1}, y_{t+2})\}$. Vgl. Harding und Pagan 2001).

Datierte Wendepunkte des deutschen Konjunkturzyklus^{a)}

Untere Wendepunkte ^{b)}	ifo Geschäftsklima ^{c)d)}	Obere Wendepunkte ^{b)}	ifo Geschäftsklima ^{c)d)}
–	–	4. Quartal 1970	–
4. Quartal 1971	0	2. Quartal 1973	– 1
2. Quartal 1975	– 1	4. Quartal 1979	– 2
4. Quartal 1982	– 1	4. Quartal 1985	0
3. Quartal 1987	– 2	1. Quartal 1991	– 2
3. Quartal 1993	– 2	1. Quartal 1995	– 1
1. Quartal 1997	– 3	1. Quartal 1998	–
1. Quartal 1999	–	4. Quartal 2000	– 2
2. Quartal 2005	0	–	–

^{a)} Zyklische Komponente des realen saisonbereinigten Bruttoinlandsprodukts, berechnet mit dem Baxter-King-Filter. – ^{b)} Wendepunkte der zyklischen Komponente. Die Datierung der Wendepunkte erfolgt nach dem Bry-Boschan Verfahren. – ^{c)} ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft. – ^{d)} – (+): Vorlauf (Nachlauf) in Quartalen.

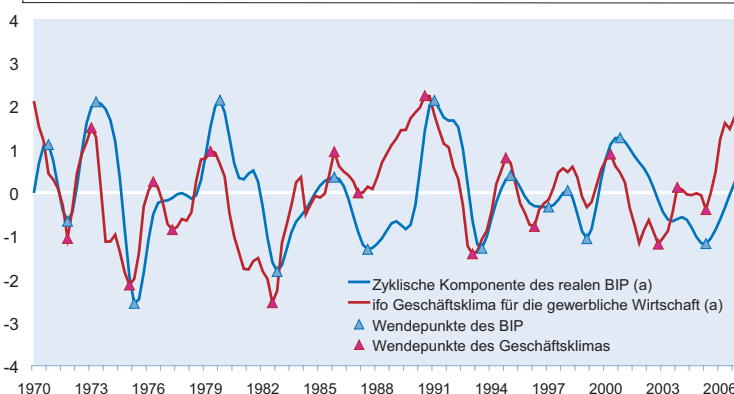
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Quartal 2006, gemessen an der zyklischen Komponente des vierteljährlichen realen Bruttoinlandsprodukts. Nach dem Bry-Boschan-Verfahren, das hier mit üblichen Standardoptionen für die minimale Phasenlänge (drei Quartale) und die minimale Zyklusdauer (fünf Quartale) gefahren wurde, gibt es in diesem Zeitraum insgesamt 16 Wendepunkte, beginnend mit dem vierten Quartal 1970 und endend mit dem zweiten Quartal 2005 (vgl. Abb. 2). Untere Wendepunkte der Konjunktur finden sich in den Jahren 1971, 1975, 1982, 1987, 1993, 1999 und 2005. Obere Wendepunkte können für die Jahre 1970, 1973, 1979, 1985, 1991, 1995, 1998 und 2000 beobachtet werden. Im betrachteten Zeitraum lassen sich insgesamt sieben vollständige Wachstumszyklen der deutschen Wirtschaft ausmachen. Die durchschnittliche Dauer eines Wachstumszyklus, gemessen an der Zeitspanne zwischen zwei aufeinander folgenden oberen Wende-

punkten, beläuft sich auf 16,3 Quartale oder rund vier Jahre; gemessen an zwei konsekutiven unteren Wendepunkten auf 18,3 Quartale oder 4¹/₂ Jahre. Eine Aufschwungsphase (Zeitspanne vom unteren Wendepunkt zum darauf folgenden oberen) beträgt im Durchschnitt 9,6 Quartale (knapp 2¹/₂ Jahre), eine Abschwungsphase (Spanne vom oberen Wendepunkt zum darauf folgenden unteren) 8,9 Quartale (knapp 2¹/₄ Jahre).

Lässt man den Bry-Boschan Datierungsalgorithmus mit den gleichen Standardoptionen über die Zeitreihe des ifo Geschäftsklimas für die gewerbliche Wirtschaft laufen, so zeigt sich, dass die Wendepunkte des Geschäftsklimas im Zeitraum 1970 bis 2006 einen *durchschnittlichen Vorlauf* von 1,3 Quartalen gegenüber den Wendepunkten der zyklischen Komponente des realen BIP haben. Dies gilt symmetrisch auch an den jeweiligen oberen und unteren Wendepunkten. Der *Median* (Zentralwert) aller Beobachtungen liegt bei 1,5 Quartalen. Der *maximale* Vorlauf des ifo Geschäftsklimas (drei Quartale) ergab sich für den unteren Wendepunkt im Jahr 1997; keinen Vorlauf zeigt das Geschäftsklima am unteren Wendepunkt des Jahres 1971, am oberen Wendepunkt des Jahres 1985 und am unteren Wendepunkt des Jahres 2005. Bei letzterem ist allerdings zu berücksichtigen, dass es für 2005 bisher noch keine endgültigen amtlichen Ergebnisse gibt, so dass sich der tatsächliche Wendepunkt auf der Zeitachse noch verschieben kann.⁶ Nicht zu signalisieren vermochte das ifo Geschäftsklima – gemessen an der Bry-Boschan-Routine – den kurzen BIP-Zyklus der Jahre 1998/99; gleichwohl gab es aber ein recht deutliches optisches Signal. In den Jahren 1976/77 und 2002/03 zeigen sich beim Geschäftsklima vier zusätzliche Wendepunkte, die in der Entwicklung der zyklischen Komponente des BIP in dieser starken Akzentuierung nicht enthalten sind (vgl. Abb. 2). Maßgeblich für die Entwicklung des Geschäftsklimas in den Jahren 2002/03 war, dass sich die Erwartungskomponente des Geschäftsklimas – bei nur wenig veränderter Geschäftslage der befragten Unternehmen – vorübergehend stark verbessert, dann aber wieder stark verschlechtert hatte. Auch für die Bewegung des Geschäftsklimas in den Jahren 1976/77 war die Entwicklung der Geschäftsaussichten ausschlaggebend. Zieht man über den gesamten betrachtete Zeitraum Bi-

Abb. 2
Wendepunkte der deutschen Konjunktur und ifo Geschäftsklima



(a) Standardisierte Werte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Konjunkturtest; Berechnungen des ifo Instituts.

⁶ Bei den ersten Veröffentlichungen des BIP durch das Statistische Bundesamt ist die Datengrundlage häufig noch unvollständig. Die vorläufigen Ergebnisse werden deshalb mehrmals überarbeitet, um neu verfügbare Informationen einzuarbeiten. Endgültige Ergebnisse des BIP werden erst nach rund vier Jahren veröffentlicht.

lanz, so hat das ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft nahezu alle Wendepunkte der deutschen Konjunktur zumindest koinzident oder aber – und das in der überwiegenden Zahl der Fälle – mit Vorlauf signalisiert.

Der berechnete durchschnittliche Vorlauf des ifo Geschäftsklimas in den Wendepunkten kann ergänzend auf seine *statistische Signifikanz* hin überprüft werden. Da die Anzahl der Konjunkturzyklen in den betrachteten Zeitreihen nicht sehr groß ist, sind allerdings die üblichen *parametrischen* Testverfahren, wie etwa der t-Test, ungeeignet. Diese Tests setzen entweder starke Annahmen an die Verteilung der Daten voraus oder lassen sich nur für große Stichproben durch asymptotische Eigenschaften rechtfertigen. Die Signifikanz des Vorlaufs lässt sich aber alternativ über *nichtparametrische* Testverfahren bestimmen, die für die vorliegende, relativ kleine Zahl von Wendepunkten geeigneter sind.⁷ Aus dieser Klasse von Verfahren wird hier der so genannte *Permutationstest für zwei verbundene Stichproben* eingesetzt, der für die zu beantwortende Fragestellung geeignet ist und nicht die Vorgabe oder Herleitung einer analytischen Verteilungsfunktion für die Teststatistik unter der Nullhypothese erfordert. Stattdessen wird bei diesem Testverfahren die Referenzverteilung durch Permutation der Beobachtungswerte erzeugt.⁸ Werden die möglichen Permutationen exakt ermittelt, handelt es sich um einen *exakten* Permutationstest. Stattdessen kann die Verteilung auch mit Hilfe von Monte-Carlo-Methoden erzeugt werden, was zu den so genannten *approximativen* Permutationstests führt. Im Folgenden werden exakte Tests berechnet.

Wird mit diesem Verfahren für die 13 Wendepunkte die Nullhypothese, dass das ifo Geschäftsklima einen Vorlauf von 0 Quartalen besitzt (also gleichlaufend ist) gegen die einseitige Alternativhypothese, dass der Vorlauf größer als 0 Quartale ist (das Geschäftsklima also ein vorlaufender Indikator ist) getestet, resultiert ein p-Wert kleiner als 0,001. Damit kann die Nullhypothese zugunsten der Alternativhypothese zu den üblichen Signifikanzniveaus (0,1; 0,05; 0,01) verworfen werden. Das ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft kann demnach als ein vorlaufender Indikator klassifiziert werden. Die über diese Aussage hinaus gehende Nullhypothese, dass der Vorlauf des Geschäftsklimas ein Quartal beträgt versus der Alternativhypothese, dass der Vorlauf größer als ein Quartal ist, kann nicht abgelehnt werden.

Fazit

Das ifo Institut führt seit seiner Gründung im Jahre 1949 qualitative Urteils- und Tendenzbefragungen bei den Unterneh-

men durch. Am 19. Mai 1950 wurde das »KT-Verfahren« unter dem Titel »Der Konjunkturtest – Ein neuartiges Verfahren zur Durchleuchtung der Märkte« erstmals im ifo Schnelldienst vorgestellt. Nur fünf Jahre später konnte das ifo Institut feststellen, dass der Konjunkturtest ein Instrument ist, »das sich im Streit der Meinungen durchgesetzt hat« (o.V. 1955, 4). Mitte der sechziger Jahre wurde das »Geschäftsklima« aus den beiden Befragungskomponenten »Geschäftslage« und »Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate« konzipiert. Die beiden Größen spiegeln die gegenwärtige Situation und die Aussichten der im Konjunkturtest befragten Unternehmen wider. Die Klima-Ergebnisse des ifo Instituts bezogen sich zunächst nur auf die verarbeitende Industrie. Anfang der siebziger Jahre wurden dann die Klimadaten für die im Konjunkturtest erfassten Bereiche Industrie, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel (= gewerbliche Wirtschaft) zu einem konjunkturellen Gesamtindikator verdichtet. Heute beruhen die hochaggregierten Ergebnisse für das *ifo Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft* auf ca. 7 000 monatlichen Antworten von Unternehmen dieses Berichtskreises.

Die hier präsentierten Berechnungen zeigen, dass das ifo Geschäftsklima hinsichtlich der Vorlaufeigenschaften speziell an *konjunkturellen Wendepunkten* sehr gut abschneidet. Für die Chronologie der Wendepunkte wurde das in den USA am National Bureau of Economic Research (NBER) entwickelte *Bry-Boschan*-Datierungsprogramm benützt. Die zyklische Komponente des realen Bruttoinlandsprodukts wurde mit dem bekannten *Baxter-King*-Filter extrahiert. Im betrachteten Untersuchungszeitraum 1970 bis 2006 konnte das ifo Geschäftsklima – gemessen an der *Bry-Boschan*-Routine – die weitaus überwiegende Zahl der datierten Wendepunkte frühzeitig signalisieren; rein optisch werden sogar alle Wendepunkte angezeigt. Der durchschnittliche Vorlauf der Wendepunkte des Geschäftsklimas beträgt 1,3 Quartale gegenüber den Wendepunkten der zyklischen Komponente des realen Bruttoinlandsprodukts. Der Vorlauf des ifo Geschäftsklimas in den Wendepunkten ist darüber hinaus *statistisch deutlich signifikant*. Das *ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft* gilt damit zu recht als ein viel beachteteter und zuverlässiger Frühindikator für die die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland und in Europa.

Literatur

- Abberger, K. und K. Wohlrabe (2006), »Einige Prognoseeigenschaften des ifo Geschäftsklimas – Ein Überblick über die neuere wissenschaftliche Literatur«, *ifo Schnelldienst* 59(22), 19–26.
- Bahr, H. (1999), *Konjunkturelle Gesamtindikatoren*, Europäische Hochschulschriften, Frankfurt.
- Banerji, A. (1999), »The Lead Profile and Other Non-Parametric Tools to Evaluate Survey Series as Leading Indicators«, Vortrag bei der 24. CIRET Conference, Wellington, 17. bis 20. März 1999.
- Bry, G. und C. Boschan (1971), »Cyclical Analysis of Time Series: Selected Procedures and Computer Programs«, NBER Technical Paper, Nr. 20, Cambridge (Mass.).

⁷ Banerji (1999) verwendet nichtparametrische Tests, um den Vorlauf von Indikatoren für den Wachstumszyklus der Vereinigten Staaten zu untersuchen.

⁸ Im Detail beschreiben dieses Testverfahren Efron und Tibshirani (1993, Kap. 15).

- Efron, B. und R.J. Tibshirani (1993), *An Introduction to the Bootstrap*, Chapman and Hall/CRC Press, New York.
- Fiorentini, G. und C. Planas (2003), *Busy Program*, Joint Research Center of European Commission, Ispra, Italy.
- Goldrian, G. und W.H. Strigel (1989), »Nationale Gesamtindikatoren auf der Basis von Konjunkturumfragen«, in: K.H. Oppenländer und G. Poser (Hrsg.), *Handbuch der ifo Umfragen*, Duncker&Humblodt, Berlin, München, 358–372.
- Harding, D. und A. Pagan (2001), »A Comparison of Two Business Cycle Dating Methods«, mimeo, University of Melbourne.
- Mills, T.C. (2003), *Modelling Trends and Cycles in Economic Time Series*, Palgrave Macmillan, Basingstoke.
- Naggl, W. (1999), *Konjunktur*, Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt.
- Nierhaus, W. und J.-E. Sturm (2003), »Methoden der Konjunkturprognose«, *ifo Schnelldienst* 56(4), 7–23.
- o.V. (1955), »Fünf Jahre Konjunkturtest«, *ifo Schnelldienst* 6(8), 4–7.
- Pagan, A. und K.A. Sossounov (2000), »A Simple Framework for Analyzing Bull and Bear Markets«, *Journal of Applied Econometrics* 18(1), 23–46.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1970), *Konjunktur im Umbruch – Risiken und Chancen*, Jahresgutachten 1970/1971, <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/gutacht/gafrueher.php>.
- Strigel, W.H. (1965), »Die Konjunkturumfragen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung«, *Allgemeines Statistisches Archiv*, 49(12), 129–163.
- Strigel, W.H. (1972), »Konjunkturindikatoren aus qualitativen Daten«, *ifo Studien* 10(2), 185–214.

Die hartnäckige Schwächephase, die die Wohnungsbautätigkeit in Europa zu Beginn dieser Dekade durchzustehen hatte, ist schon seit einigen Jahren überwunden. Beim Bauvolumen zur Errichtung neuer Eigenheime und Mehrfamiliengebäude setzte bereits 2003 eine Tendenzumkehr ein, die bis 2006 zu hohen realen Zuwächsen geführt hat. Für das laufende Jahr wird allerdings – bei stark unterschiedlichen Konjunkturverläufen in den einzelnen Ländern – mit einer Abflachung und bis 2009 sogar mit leichten Rückgängen gerechnet. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden dürfte 2007 auf über 2,6 Mill. Wohneinheiten und damit auf einen erneuten Rekordwert ansteigen (fast + 31% gegenüber dem letzten Tiefpunkt 2001). In beiden Gebäudekategorien sinken die Fertigstellungszahlen danach wieder etwas ab (Neubau-Fertigstellungen insgesamt bis 2009 gegenüber 2007: rund – 6,3%).

Für das (reale) Neubauvolumen und für die mengenmäßige Entwicklung im Wohnungsbau, der mit Abstand größten Bausparte in den meisten der in der Euroconstruct-Gruppe¹ zusammengeschlossenen europäischen Länder, sind dies die wichtigsten Ergebnisse der 62. Euroconstruct-Konferenz², die am 1. Dezember 2006 wieder einmal in München stattfand. In diesem Beitrag wird schwerpunktmäßig auf die Entwicklung der Wohnungsfertigstellungen in Europa und in den 19 Euroconstruct-Ländern eingegangen. Ein weiterer Bericht in diesem Heft referiert die zentralen Aussagen zum Konferenz-Schwerpunktthema »Globalisierung und Bauwirtschaft«. Die aktualisierten Prognosen des wertmäßigen Bauvolumens mit Differenzierung nach Bausparten und Bauleistungskategorien werden demnächst in einem separaten Aufsatz vorgestellt.

Entwicklung des Wohnungsbaus in Europa bis 2009: Zunächst noch leichte Zunahme des Neubauvolumens ...

Wichtigste Variable im Euroconstruct-Datensatz ist das *Bauvolumen*, das in einer umfassenderen Abgrenzung auch die nicht werterhöhenden Baumaßnahmen im Bauwerksbestand einbezieht und da-

mit breiter abgegrenzt wird als die Bauinvestitionen nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (vgl. Statistisches Bundesamt 2007).³ Für die drei Bausparten Wohnungsbau, Nichtwohnbau (hoch) und Tiefbau erfolgt jeweils eine Unterteilung in Neubau und Altbauerneuerung. Mit dem bei der Errichtung neuer Wohngebäude erbrachten *Neubauvolumen* wird damit eine Wertgröße bereitgestellt, die den Mengenvariablen im Wohnungsbau (Baugenehmigungen, Baubeginne und Fertigstellungen) gegen-

¹ In dem bereits 1975 gegründeten und seitdem immer enger geknüpften europäischen Forschungs- und Beratungsnetzwerk »Euroconstruct« arbeiten Institute mit spezifischem Know-how im Bau- und Immobiliensektor aus 15 westeuropäischen sowie aus 4 mittelosteuropäischen Ländern zusammen; weitere europäische Länder werden von Fall zu Fall »nachrichtlich« einbezogen. Mit der Parallelorganisation »Asiaconstruct« bestehen enge Kooperationsbeziehungen. An wechselnden Orten in Europa veranstaltete Halbjahreskonferenzen bilden den Kern der Euroconstruct-Aktivitäten; außerdem werden Spezialstudien zu den längerfristigen Perspektiven und zu den strukturellen Entwicklungen im europäischen Bau- und Immobiliensektor erstellt.

Das ifo Institut für Wirtschaftsforschung e. V. an der Universität München ist Gründungsmitglied und deutsches Partnerinstitut dieses Netzwerkes; in dieser Funktion oblag ihm die Vorbereitung und Durchführung der 62. Euroconstruct-Konferenz. Die 63. Euroconstruct-Konferenz findet im Juni 2007 in Prag statt. Interessenten können sich wegen des Programms und der Anmeldeunterlagen entweder im Internet informieren (www.ifo.de oder www.euroconstruct.org) oder direkt an das ifo Institut wenden.

² Die Einzelergebnisse der 62. Euroconstruct-Konferenz mit detaillierten Erläuterungen und Begründungen zu den (Länder- bzw. Europa-)Prognosen können den umfangreichen Tagungsunterlagen entnommen werden. Außer den in diesem Beitrag behandelten Wohnungsfertigstellungen sind darin auch Angaben zu den drei großen Baubereichen Wohnungsbau, Nichtwohnbau und Tiefbau (jeweils Neubau und Altbauerneuerung) und zum aggregierten europäischen Bauvolumen sowie die 19 Länderberichte mit ausführlichen Analysen und standardisierten Tabellen enthalten. Die beiden Tagungsbände (in englischer Sprache: Summary Report und Country Report) können beim ifo Institut bezogen werden.

³ In den Euroconstruct-Tabellen wird aus den Wertangaben für das Bauvolumen (insgesamt sowie nach Bausparten und Bauleistungskategorien) die unterschiedlich hohe Mehrwertsteuer herausgerechnet, um eine bessere Vergleichbarkeit zu erreichen. Die Absolutniveaus für das Bauvolumen liegen deshalb ziemlich dicht an den Werten für die Bauinvestitionen.

übergestellt werden kann. Da das *Neubauvolumen* die laufende Produktionstätigkeit erfassen soll, die von Politik und Öffentlichkeit (nicht nur in Deutschland) stark beachteten *Wohnungsfertigstellungen* dagegen erst nach Abschluss aller Bau- und sonstigen Leistungen erfasst werden, gibt es bei den Verlaufskurven deutliche zeitliche Verschiebungen.

Das *Wohnungsnebauvolumen* wurde 2005, dem derzeitigen Basisjahr mit den aktuellsten Istwerten für alle Variablen, im Euroconstruct-Gebiet real um fast 4¹/₂% ausgeweitet, nachdem es bereits 2004 kräftig angestiegen war (rund + 5¹/₂%; vgl. Euroconstruct 2006a). Für 2006 wurde erneut eine Beschleunigung des Wachstums in dieser Teilsparte vorausgeschätzt (über + 5¹/₂%), danach flacht der Anstieg des Neubauvolumens zur Errichtung neuer Wohngebäude allerdings deutlich ab (2007: nur noch etwa + 1³/₄%), und für das Prognosejahr 2008 sowie im Ausblick auf 2009 ergibt sich aus der Aggregation der Länderprognosen für die 19 europäischen Länder⁴ sogar ein leichter Rückgang des realen Wohnungsneubaus (etwas über bzw. unter – 1%).

Gegenüber den Vorausschätzungen, die im Frühsommer 2006 für die Euroconstruct-Konferenz in Amsterdam aus den Länderangaben zusammengestellt wurden, ergeben sich am aktuellen Rand bemerkenswert deutliche Korrekturen nach oben, die tatsächliche Entwicklung in den Jahren 2005 und 2006 hat die Prognosen also in kurzer Zeit »übereignet« (vgl. Rußig 2006). Für das laufende Jahr ergibt sich nach der Aggregation der Einzelwerte ebenfalls eine Anpassung nach oben, der 2008 einsetzende Rückgang wird jetzt aber wesentlich massiver erwartet, als dies vor rund einem halben Jahr unterstellt worden ist.

Die Korrekturen auf der »Aggregatebene« für das Neubauvolumen im Wohnungssektor (wie auch für andere Variable) ergeben sich aus einer Vielzahl von – teilweise unterschiedlich »gerichteten« – Neueinschätzungen in den 19 einbezogenen europäischen Ländern. Die Euroconstruct-Länder befinden sich nämlich derzeit und im mittelfristigen Prognosezeitraum (jetzt bis 2008/09) an ganz unterschiedlichen Positionen im (Wohnungs-)Bauzyklus. Selbst relativ geringfügige Verschiebungen der Verlaufskurven auf der Zeitachse und/oder bei den Amplituden können bei der Ermittlung von Jahresveränderungsraten rasch zu gravierend anderen Werten und sogar zu Vorzeichenwechseln führen.

... bei ausgeprägten Entwicklungsunterschieden und anhaltend kräftiger Spreizung zwischen den Ländern

Im Euroconstruct-Gebiet bestehen also weiterhin gewichtige *Niveaunterschiede* und gravierende *Entwicklungsdis-*

krepanzen des Wohnungs(neu)bauvolumens sowie der Wohnungsfertigstellungen. Die Einführung der Gemeinschaftswährung Euro in der Mehrzahl dieser Länder hat bislang im Bausektor – trotz der raschen Konvergenz der langfristigen (Hypotheken-)Zinsen (vgl. Gluch und Hornung 2006) – zu keiner oder doch zu keiner leicht identifizierbaren Annäherung der konjunkturellen Entwicklungen geführt. Die Streubreite der Niveaus und Entwicklungen in den Baupartnern hat sich in den letzten Jahren im so abgegrenzten »Europa« teilweise wieder vergrößert; im *Wohnungsnebau* wird die »Spreizung« der Entwicklungen im Prognosezeitraum voraussichtlich hoch bleiben.

Dies deutet darauf hin, dass die übrigen *Einflussfaktoren*, also insbesondere die verfügbaren Einkommen, Beschäftigung und Arbeitslosenquoten, die (relativen) Preise und die diversen staatlichen Förderprogramme, aber vor allem auch die *Erwartungen* über die zukünftige Entwicklung dieser vielfältigen und heterogenen Determinanten, in Europa einen klar dominierenden Einfluss haben und behalten werden. Ein einheitlicher europäischer *Wohnungsbauzyklus* hat sich also (noch) nicht herausgebildet.

Ausgehend vom Basisjahr 2005 lässt sich die (voraussichtliche) Entwicklung des *Wohnungsnebaus* im Euroconstruct-Gebiet mittels Indexwerten (2005 = 100) darstellen und analysieren. Bis 2007 wird für das Euroconstruct-Gebiet ein Anstieg auf 107¹/₂ Indexpunkte (= IP) erwartet, bis 2009 fällt die Kurve auf etwas über 105 IP ab. Der Rückgang wird von der Entwicklung in *Westeuropa* bestimmt (2007: mehr als 107 IP; 2009: deutlich unter 105 IP), wohingegen die vier *mittelosteuropäischen Länder* einen kontinuierlich-steilen Anstieg dieser Wertgröße auf über 125 IP erwarten können.

Die Gruppierung der 19 Euroconstruct-Länder nach der Entwicklungsdynamik im Prognosezeitraum sieht denn auch beim Wohnungsneubau zwei der mittelosteuropäischen Länder, nämlich die *Slowakei* und *Polen*, mit deutlichem Abstand vorne (bis 2009: fast 150 bzw. über 140 IP; vgl. Tab. 1; vgl. Euroconstruct 2006b). In einer zweiten Ländergruppe werden neun weitere »Zugpferde« der konjunkturellen Entwicklung im europäischen Wohnungsneubau zusammengefasst, die bis zum Ende des Prognosezeitraums zwischen mehr als 125 und immerhin rund 108 Indexpunkte erreichen. *Tschechien* und *Schweden* hatten vor 2005 bereits einen sehr steilen Anstieg zu verzeichnen, was auch auf *Spanien* zutrifft, das allerdings ab 2008 stark abfallen dürfte.

Eine Niveaustabilisierung mit Indexwerten bis 2009 nur wenig über 100 IP wird für *Deutschland* erwartet, wo jedoch bis

⁴ Das Euroconstruct-Netzwerk umfasst derzeit die »alten« EU-Länder ohne Griechenland und Luxemburg, die Nicht-EU-Länder Norwegen und Schweiz (insgesamt 15 westeuropäische Staaten) sowie vier mittelosteuropäische (»neue« EU-)Länder (vgl. die Länderliste in Tab. 2).

Tab. 1
Wohnungsneubau^{a)} in Europa^{b)} 2005 bis 2009^{c)}:
Gruppierung der Länder nach der Entwicklungsdynamik

Entwicklungs-Kategorien	Länder
»Spitzenreiter« »Zugpferde«	Slowakei, Polen Niederlande, Belgien, Tschechien, Großbritannien, Österreich, Schweden, Norwegen, Dänemark, Spanien
»Stabilisatoren«	Deutschland, Frankreich, Schweiz, Finnland, Ungarn
»Wachstumsbremsen«	Italien, Portugal, Irland

^{a)} Wertmäßiges reales Bauvolumen zur Errichtung neuer Wohnungen in Eigenheimen und Mehrfamiliengebäuden. – ^{b)} Euroconstruct-Gebiet: 15 west- und 4 mittelosteuropäische Länder. – ^{c)} 2005: Istwerte; 2006: Schätzwerte; 2007 und 2008: Prognose; 2009: Ausblick.

Quelle: Euroconstruct/ifo Institut (Konferenz in München, Dezember 2006).

zum Basisjahr 2005 das Neubauvolumen stark zurückging. Die aktuellen Indikatoren und die jüngste (von der Witterung begünstigte) Entwicklung zeigen allerdings eine insgesamt etwas größere Dynamik (vgl. Flaig et al. 2006). Zu dieser Ländergruppe gehören außerdem *Frankreich* und die *Schweiz* sowie *Finnland* und *Ungarn*, wo sich eine zeitweilig kräftigere Erholung im Prognosezeitraum recht deutlich abschwächt.

Schlusslichter und damit »Bremsklötze« für das Wachstum des Neubauvolumens im europäischen Wohnungssektor sind in dieser Betrachtung *Italien* – dort wird ab 2008 ein massiver Einbruch erwartet –, das schon längere Zeit »schwächelnde« *Portugal* sowie *Irland*, wo sich eine ziemlich abrupte Tendenzumkehr abzeichnet.

Kräftige Verschiebungen der Anteilswerte der Länder an den Wohnungsfertigstellungen

Die stark divergierenden Ausgangsniveaus und Perspektiven in den 19 europäischen Ländern des Euroconstruct-Gebiets führen auch im Bausektor bei allen Variablen und Teilaggregaten zu größeren Verschiebungen der Länderanteile an den zusammengefassten Größen. Bemerkenswert starke Strukturverschiebungen gab und gibt es auch bei den *Wohnungsfertigstellungen*, das »Grundmuster« der absoluten und relativen Gewichte bleibt allerdings auch für diese Variablen erhalten.

Der mit Abstand höchste Anteilswert an den gesamten Wohnungsfertigstellungen im so abgegrenzten Europa entfällt auf *Spanien*, dessen relatives Gewicht sich von 23% im Jahr 2001 auf 28% im Jahr 2005 erhöhte. Trotz eines überproportional star-

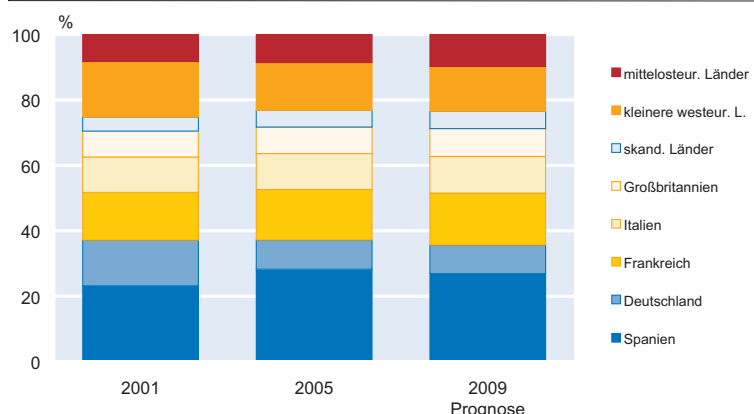
ken Rückgangs der Fertigstellungszahlen entfallen am Ende des Prognosezeitraums (2009) noch weit mehr als ein Viertel aller Fertigstellungen auf Spanien (vgl. Abb. 1).

In *Deutschland* hat sich der Wohnungsneubau seit Mitte der neunziger Jahre deutlich ungünstiger entwickelt als im übrigen Europa. Sein Anteil an den aggregierten Wohnungsfertigstellungen sank von fast 14% (2001) auf unter 9% (2005), er bleibt aber bis 2009 nahezu stabil. Kleinere Anteilsgewinne haben im hier betrachteten Zeitraum *Frankreich* und *Italien*, aber auch *Großbritannien* zu verzeichnen. Der Anteil dieser »großen Fünf« westeuropäischen Länder an den Wohnungsfertigstellungen war bis 2005 auf fast 72% gestiegen, der Einbruch in Spanien führt bis 2009 zu leichten Anteilsverlusten dieser dominanten Ländergruppe.

Während das relative Gewicht der vier *skandinavischen Länder* in den letzten Jahren leicht gestiegen ist und bis 2009 weiter steigen wird, mussten die übrigen *kleineren westeuropäischen Staaten* recht deutliche Anteilsverluste hinnehmen, was insbesondere auf den scharfen Einbruch in *Portugal* zurückzuführen ist.

Ausgehend von einem nach wie vor ziemlich niedrigen Niveau ist der Anteil der vier *mittelosteuropäischen Länder* an den Fertigstellungen des Gesamtgebiets kontinuierlich gestiegen (2001: 8,2%, 2005: 8,6%); 2009 dürfte der Anteilswert bei annähernd 10% liegen. Das relative Gewicht bleibt aber beim mengenmäßigen Wohnungsneubau (wie auch bei anderen Bauvariablen) noch deutlich hinter dem Bevölkerungsanteil dieser Ländergruppe zurück (rund 14%).

Abb. 1
Regionalstruktur der Wohnungsfertigstellungen^{a)} in Europa^{b)}



^{a)} Anteilswerte der Länder/Ländergruppen an den insgesamt fertiggestellten Wohnungen.
^{b)} Euroconstruct-Gebiet (EC-19): 15 west- und 4 mittelosteuropäische Länder.

Quelle: Euroconstruct/ifo Institut (Konferenz in München, Dezember 2006).

Neuer Spitzenwert der Fertigstellungen dank kräftigem Anstieg im Geschosswohnungsbau

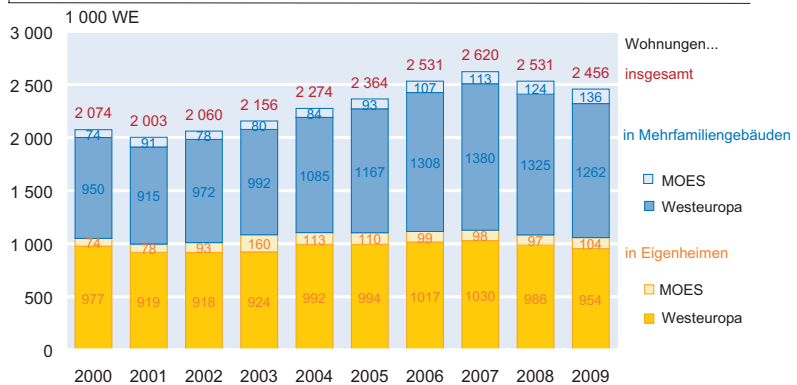
Im Euroconstruct-Gebiet war die Gesamtzahl der *Wohnungsfertigstellungen* 2001 auf knapp über 2,0 Mill. Wohneinheiten (= WE) abgesunken, wobei die beiden Gebäudekategorien des Wohnungsneubaus, Eigenheime und Mehrfamiliengebäude, annähernd Parität erreicht hatten (vgl. Abb. 2). Bereits 2002 setzte ein permanenter Anstieg der Fertigstellungszahlen ein, der bis zuletzt anhielt und 2007 mit rund 2,62 Mill. WE voraussichtlich erneut zu einem *Spitzenwert* führen wird; gegenüber dem Tiefpunkt des Jahres 2001 bedeutet dies einen Anstieg um fast 31%. Bis zum Ende des Prognosezeitraums kommt es zwar zu einem leichten Rückgang (2009: rund 2,46 Mill. WE = etwa – 6,3% gegenüber dem Maximalwert), das Fertigstellungsniveau bleibt aber im langjährigen Vergleich ziemlich hoch.⁵

Der *Eigenheimbau* (fertiggestellte Wohnungen in neuen Ein- und Zweifamiliengebäuden) erreichte zu Beginn des Beobachtungszeitraums zunächst nur ein stabiles Niveau (wenig über 1,0 Mill. WE), ab 2003 setzte jedoch ein stärkerer, ziemlich stetiger Anstieg ein, der bis 2007 auf fast 1,13 Mill. WE führen könnte. Auch in dieser Gebäudekategorie dürften die Fertigstellungszahlen anschließend wieder zurückgehen, mit etwas mehr als – 6% auf rund 1,06 Mill. WE (2009) aber eher moderat.

Die Fertigstellungen im *Geschosswohnungsbau* (Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden mit drei und mehr Wohneinheiten) hatten 2001 nur wenig über 1 Mill. WE gelegen. Bis 2003 blieb der Anstieg eher gedämpft, aber danach wurden die »Sprünge« immer größer. Für 2007 wird mit fast 1,5 Mill. WE ein *Rekordwert* prognostiziert; gegenüber 2001 errechnet sich eine Zunahme um mehr als 48%. Diese Gebäudekategorie ist also in erster Linie verantwortlich für den kräftigen Anstieg der Fertigstellungszahlen und damit auch (mit zeitlicher Verschiebung) für die starke Ausweitung des Wohnungsneubauvolumens im Euroconstruct-Gebiet.

Das hohe Fertigstellungsniveau kann auch in dieser Gebäudekategorie bis zum Ende des Prognosezeitraums nicht ganz gehalten werden, der relative Rückgang von stark erhöhtem Niveau dürfte prozentual allerdings nur wenig kräftig

Abb. 2
Fertiggestellte Wohnungen in neuerichteten Wohngebäuden in Europa^{a)} 2000 bis 2009^{b)} nach Gebäudearten und Ländergruppen



^{a)} Euroconstruct-Gebiet (EC-19): 15 west- und 4 mittelosteuropäische Länder.
^{b)} Bis 2005: Istwerte; 2006: Schätzwerte; 2007 und 2008: Prognose; 2009: Ausblick.

Quelle: Euroconstruct/ifo Institut (Konferenz in München, Dezember 2006).

tiger ausfallen als im Eigenheimbau (2009/07: etwa – 6,3% auf mehr als 2,45 Mill. WE).

Spanien mutiert vom Motor zum Bremsklotz des Wohnungsneubaus in Europa

Diese Gesamtbetrachtungen verdecken völlig die – bereits angesprochenen – Entwicklungsunterschiede zwischen den 19 einbezogenen Ländern. Von herausragender Bedeutung für die kräftige Ausweitung der Wohnungsfertigstellungen in Europa bzw. im Euroconstruct-Gebiet war in den letzten Jahren *Spanien*: Mit dem Index 2005 = 100 erhält man durch Rückrechnung für 2002, als der kräftige Wohnungsbauboom dort bereits einige Zeit in Gang war, lediglich weniger als 80 Indexpunkte (= IP); der »Gipfel« des Fertigstellungsniveaus wird voraussichtlich 2007 mit fast 114 IP erreicht, danach dürfte es aber bis zum Ende der Prognoseperiode ziemlich steil nach unten gehen (2009: nur noch weniger als 99 IP). Die starke Zyklik der spanischen Wohnungsfertigstellungen wird maßgeblich vom *Geschosswohnungsbau* bestimmt, dort dürfte der Index von rund 77 IP (2002) auf über 121 IP (2007) klettern, dann aber wieder unter 108 IP zurückfallen.

Die Schlüsselrolle *Spaniens* für die Entwicklung der Wohnungsfertigstellungen im Euroconstruct-Gebiet lässt sich für den aktuellen Rand und die Perspektiven sowohl mit den Absolutwerten als auch mit den prozentualen Veränderungen aufzeigen (vgl. Tab. 2): Spanien hat mit deutlichem Abstand die höchsten Fertigstellungswerte. In den beiden Jahren 2006 und 2007 steigt die Zahl der insgesamt fertiggestellten Wohnungen nochmals besonders kräftig an (fast + 14%), allerdings dürfte auch der Rückgang am Ende der Prognoseperiode absolut und prozentual überaus stark ausfallen (in den beiden Jahren 2008 und 2009: über – 13%; nur das viel kleinere *Irland* hat noch stärkere relative Einbußen zu erwarten).

⁵ Gegenüber den aggregierten Prognosen, die Mitte 2006 bei der Euroconstruct-Konferenz in Amsterdam präsentiert wurden, wurden die Fertigstellungszahlen bei der München-Konferenz für die Jahre 2006 bis 2008 kräftig nach oben korrigiert (jeweils um mehr als 100 000 WE).

Tab. 2
Wohnungsfertigstellungen^{a)} in Europa^{b)} nach Ländern 2006 bis 2009^{c)}

	Absolutwerte (1 000 WE)				Veränderung ^{d)}	
	2006	2007	2008	2009	2007/2005	2009/2007
Belgien	54,5	56,2	54,9	54,1	17,8	- 3,7
Dänemark	30,0	30,5	30,5	30,5	13,0	0,0
Deutschland	227,5	241,5	228,5	215,0	14,6	- 11,0
Finnland	34,5	34,5	33,5	32,0	0,9	- 7,2
Frankreich	405,0	420,0	402,0	390,0	15,1	- 7,1
Großbritannien	199,0	204,0	204,5	210,0	6,6	2,9
Irland	90,0	85,0	75,0	70,0	- 1,4	- 17,6
Italien	293,4	298,1	286,0	274,0	14,7	- 8,1
Niederlande	75,0	77,5	77,5	77,5	15,7	0,0
Norwegen	30,5	33,0	34,5	34,0	11,9	3,0
Österreich	43,0	44,0	44,5	44,0	3,5	0,0
Portugal	54,5	52,3	52,8	53,9	- 18,0	3,1
Schweden	31,7	34,0	34,5	34,1	14,9	0,3
Schweiz	38,0	37,9	37,5	36,8	- 0,3	- 2,9
Spanien	718,0	761,0	715,0	660,0	13,9	- 13,3
Westeuropa (EC-15)	2 324,6	2 409,5	2 311,2	2 215,9	11,5	- 8,0
Polen	116,8	121,5	134,0	149,0	6,5	22,6
Slowakei	15,5	16,0	17,0	18,0	7,4	12,5
Tschechien	32,7	34,0	31,0	33,0	3,3	- 2,9
Ungarn	41,0	39,0	38,0	40,0	- 5,1	2,6
Mittelosteuropa (EC-4)	206,0	210,5	220,0	240,0	3,7	14,0
Euroconstruct-Gebiet (EC-19)	2 530,6	2 620,0	2 531,2	2 455,9	10,8	- 6,3

^{a)} Fertiggestellte Wohnungen (1 000 WE = Wohneinheiten) in neu errichteten Wohngebäuden (Ein- und Zwei- sowie Mehrfamiliengebäude). – ^{b)} Euroconstruct-Gebiet: 15 west- und 4 mittelosteuropäische Länder. – ^{c)} 2006: Schätzwert; 2007 und 2008: Prognose; 2009: Ausblick. – ^{d)} Prozentuale Veränderung 2007 gegenüber 2005 und 2009 gegenüber 2007.

Quelle: Euroconstruct/ifo Institut (Konferenz in München, Dezember 2006).

Für die 15 westeuropäischen Länder insgesamt ist in den Jahren 2006 und 2007 noch mit einem ziemlich starken Anstieg der Fertigstellungszahlen zu rechnen (rund + 11 1/2%), wobei neun Länder zweistellige Zuwachsraten erreichten könnten und nur drei Länder (*Irland* und die *Schweiz* sowie insbesondere *Portugal*) mit rückläufigen Werten zu rechnen haben. Zweistellige negative Veränderungsrate werden für das Prognosejahr 2008 und im Ausblick auf 2009 nicht nur für *Spanien* und *Irland*, sondern auch für *Deutschland* erwartet. Die gesamten Fertigstellungen dürften in diesem Teilgebiet bis 2009 um rund 8% zurückgehen.

Der Anstieg der Fertigstellungszahlen war in den vier mittelosteuropäischen Ländern im abgelaufenen Jahr und 2007 ziemlich verhalten (weniger als 4%), bis zum Ende des Prognosezeitraums wird aber ein ziemlich kräftiger Anstieg vorausgeschätzt (2009/07: + 14%). Diese dynamische Entwicklung dämpft zwar den Rückgang im gesamten Euroconstruct-Gebiet, wegen des geringen Gewichts dieser Länder erfährt das Gesamtergebnis aber nur eine »bescheidene« Stützung.

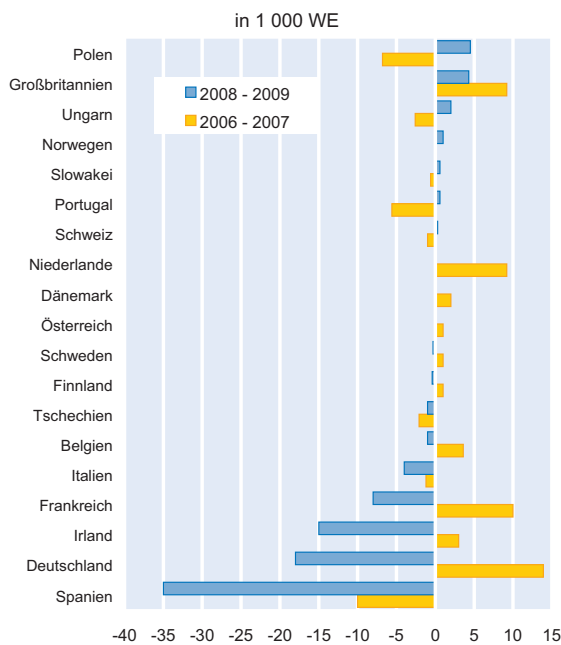
Wieder leicht abbröckelndes Fertigstellungsniveau im Eigenheimbau

Die Wohnungsfertigstellungen haben am aktuellen Rand und im Prognosezeitraum bei den beiden *Neubaukategorien* (Ei-

genheim und Mehrfamiliengebäude) – wie gezeigt – signifikant unterschiedliche Verläufe aufzuweisen. Dies gilt bereits für das gesamte Euroconstruct-Gebiet bzw. die beiden großen Teilregionen, verstärkt aber noch für jedes der einbezogenen 19 europäischen Länder. Wenn man sich zur Ausschaltung der enormen Größenunterschiede auf die absoluten Veränderungen der Fertigstellungszahlen und den aktuellen Rand und den Prognosezeitraum konzentriert, so ergeben sich für den *Eigenheimbau* in den beiden Zweijahresperioden folgende Aussagen (vgl. Abb. 3):

- Die Zahl der in neuen Ein- und Zweifamiliengebäuden fertiggestellten Wohnungen steigt in den *Jahren 2006 und 2007* im gesamten Euroconstruct-Gebiet nochmals um rund 24 000 WE an. Absolut große Beiträge zum Gesamtergebnis in dieser Gebäudekategorie leisten *Großbritannien*, die *Niederlande*, *Belgien*, *Frankreich*, *Irland* und *Deutschland*; dem stehen »gewichtige« Rückgänge in *Polen*, *Ungarn* und *Portugal* sowie insbesondere in *Spanien* gegenüber. In den übrigen Ländern gibt es lediglich kleinere Niveauperänderungen.
- Im *Zweijahreszeitraum 2008 und 2009* (Rückgang insgesamt um fast 70 000 WE) bleiben nur noch wenige Länder mit signifikant hohen Zunahmen der fertiggestellten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern übrig, vor allem *Polen* und *Großbritannien* sowie (jeweils abgeschwächt) *Ungarn* und *Norwegen*; kräftige Einbrüche

Abb. 3
Veränderung der Eigenheimfertigstellungen^{a)} in Europa^{b)} 2006–2007 und 2008–2009^{c)}



^{a)} Fertiggestellte Wohnungen in neu errichteten Ein- und Zweifamiliengebäuden.
^{b)} Euroconstruct-Gebiet (EC-19): 15 west- und 4 mittelosteuropäische Länder.
^{c)} Absolute Veränderung der Fertigstellungen 2006 bis 2007: Schätzwerte/Prognose und 2008 bis 2009: Prognose/Ausblick.

Quelle: Euroconstruct/ifo Institut (Konferenz in München, Dezember 2006).

werden vor allem in *Frankreich, Irland* und *Deutschland* sowie erneut in *Spanien* (– 35 000 WE) erwartet.

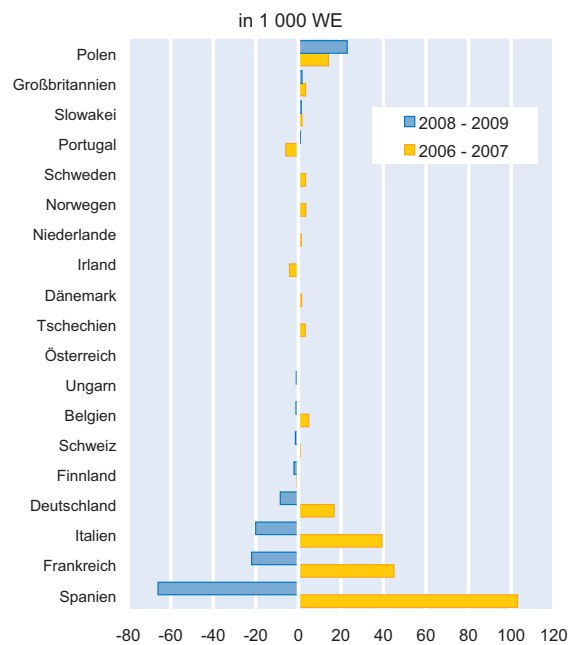
Während die Tendenzumkehr beim *Eigenheimbau* in *Spanien* also bereits eingesetzt hat und weiter anhält, schlägt die Entwicklung in *Deutschland, Irland* und *Frankreich* erst mit Verzögerung um. *Großbritannien* hält in diesen vier Jahren ziemlich einsam die Position als durchgängig »zugkräftiger Motor« des europäischen Eigenheimbaus.

Geschosswohnungsbau: Auf steilen Höhenflug folgt massiver Einbruch

Ebenfalls für den »doppelten« Zweijahreszeitraum und die absoluten Veränderungen in den 19 Euroconstruct-Ländern ergibt sich für den *Geschosswohnungsbau* (Anzahl der Wohnungen in neu errichteten Mehrfamiliengebäuden):

- In den *Jahren 2006 und 2007* hatten fast alle Länder einen weiteren Anstieg der Fertigstellungszahlen zu verzeichnen bzw. können höhere Werte erwarten (Zunahme insgesamt: mehr als 232 000 WE; Ausnahmen sind *Portugal* und *Irland*); besonders große absolute Beiträge zum Anstieg der fertiggestellten Geschosswoh-

Abb. 4
Veränderung des Geschosswohnungsbaus^{a)} in Europa^{b)} 2006–2007 und 2008–2009^{c)}



^{a)} Fertiggestellte Wohnungen in neu errichteten Mehrfamiliengebäuden.
^{b)} Euroconstruct-Gebiet (EC-19): 15 west- und 4 mittelosteuropäische Länder.
^{c)} Absolute Veränderung der Fertigstellungen 2006 bis 2007: Schätzung/Prognose und 2008 bis 2009: Prognose/Ausblick.

Quelle: Euroconstruct/ifo Institut (Konferenz in München, Dezember 2006).

nungen werden zwar außer für *Polen* auch für *Deutschland, Italien* und *Frankreich* (voraus-)geschätzt, mit Abstand an der Spitze liegt aber *Spanien*, auf das mit + 103 000 WE nahezu die Hälfte des Gesamtanstiegs entfallen dürfte.

- Der Rückgang der fertiggestellten Wohnungen in Mehrfamiliengebäuden wird im *Prognosezeitraum 2008 und 2009* auf insgesamt fast 95 000 WE geschätzt; nur noch für *Polen* wird mit einer größeren absoluten Zunahme gerechnet, deutliche Dämpfer werden für *Deutschland, Italien* und *Frankreich* erwartet, aber wirklich massiv dürfte der Einbruch nur in *Spanien* ausfallen (mit – 66 000 WE mehr als zwei Drittel des gesamten Rückgangs).

Im europäischen *Geschosswohnungsbau* setzt also derzeit und in den nächsten Jahren *Spanien* sowohl in positiver als auch in negativer Hinsicht eindeutig die Akzente; es bleibt abzuwarten, ob der dort wohl doch »überzeichnete« Wohnungsbauboom mit den prognostizierten Rückgängen schon wieder auf ein Normalmaß zurückgeführt sein wird oder ob nicht doch noch mit anhaltend kräftigen Einbrüchen gerechnet werden muss. Außer *Polen* wird in den nächsten Jahren keines der Euroconstruct-Länder die Abwärtstendenz in dieser Gebäudekategorie mit relevant großen Zunahmen abfedern können.

Stark streuende Werte der Wohnungsbauintensität zwischen den Euroconstruct-Ländern, im Zeitablauf

Zur Ausschaltung der enormen Größenunterschiede zwischen den 19 einbezogenen europäischen Ländern (Einwohner-Streubreite 2005 zwischen *Deutschland* und *Irland*: rund 1 zu 20 mit leicht fallender Tendenz) kann man außer den absoluten und relativen Veränderungen auch die Bevölkerungszahl explizit als Bezugsgröße verwenden und z.B. die mengenmäßige *Wohnungsbauintensität*⁶ (Anzahl der insgesamt bzw. in den beiden Gebäudekategorien fertiggestellten Wohnungen pro 1 000 Einwohner) berechnen und analysieren.

Im Beobachtungs- und Prognosezeitraum lag bzw. liegt der Kennziffernwert im Euroconstruct-Gebiet ziemlich stabil bei rund 5^{1/2} Wohnungen (WE) pro 1 000 Einwohner (vgl. Tab. 3). Bis 2009 sinkt die Wohnungsbauintensität gegenüber 2006 lediglich um 0,2 WE/1 000 Einwohner. Die beachtlich großen Niveauausschläge bei den Wohnungsfertig-

stellungen werden also durch die Verwendung der Bevölkerung als Bezugsgröße weitgehend »weggeglättet«.

In der sehr viel größeren Teilregion *Westeuropa* werden mit rund 6 WE/1 000 E. wesentlich höhere Indikatorwerte erreicht als in Mittelosteuropa. In den »alten« europäischen Ländern sinkt die Kennziffer im hier betrachteten Zeitraum um 0,3 WE/1 000 E., also etwas stärker als im Gesamtgebiet. »Spitzenreiter« bei der Wohnungsbauintensität sind *Irland* (2006: über 21 WE/1 000 E.) und *Spanien* (2006: 16 WE/1 000 E.); in diesen beiden Ländern, insbesondere in Irland, sinkt der Kennziffernwert zwischen 2006 und 2009 gravierend stärker als in den übrigen Ländern des Euroconstruct-Gebiets, aber nur in diesen beiden Ländern werden im ganzen Prognosezeitraum durchgängig zweistellige Indikatorwerte erreicht.

In *Mittelosteuropa* ist die Wohnungsbauintensität nur etwa halb so hoch wie in *Westeuropa*, aber deutlich größer als derzeit in *Deutschland* und ungefähr gleich hoch wie in *Großbritannien* und *Schweden*. Die Kennziffernwerte steigen in dieser Teilregion bis 2009 leicht an. *Polen* hat von einem niedrigen Ausgangswert die stärkste Zunahme zu erwarten; *Ungarn* fällt von seinem relativ hohen Indikatorwert bis 2009 zwar etwas zurück, bleibt aber noch über den Werten von vier westeuropäischen Ländern.

⁶ Außer Zeitreihen mit der mengenmäßigen lassen sich auch Reihen mit der wertmäßigen *Wohnungsbauintensität* (Bauvolumen im Wohnungs(neu)bau pro 1 000 Einwohner) berechnen und zu (um Größeneffekte bereinigten) Analysen verwenden.

Tab. 3
Mengenmäßige Wohnungsbauintensität^{a)} in Europa^{b)} nach Ländern 2006 bis 2009^{c)}

	Absolutwerte				Veränderung ^{d)} 2009/2006
	2006	2007	2008	2009	
Belgien	5,2	5,4	5,2	5,1	- 0,1
Dänemark	5,5	5,6	5,6	5,6	0,0
Deutschland	2,8	2,9	2,8	2,6	- 0,1
Finnland	6,5	6,5	6,3	6,0	- 0,5
Frankreich	6,6	6,8	6,5	6,3	- 0,4
Großbritannien	3,3	3,4	3,4	3,4	0,1
Irland	21,3	19,6	16,9	15,5	- 5,7
Italien	5,0	5,1	4,9	4,6	- 0,4
Niederlande	4,6	4,7	4,7	4,7	0,1
Norwegen	6,6	7,1	7,3	7,2	0,6
Österreich	5,2	5,3	5,3	5,3	0,1
Portugal	5,1	4,9	4,9	5,0	- 0,1
Schweden	3,5	3,7	3,8	3,7	0,2
Schweiz	5,0	5,0	4,9	4,7	- 0,3
Spanien	16,0	16,8	15,6	14,2	- 1,8
Westeuropa (EC-15)	6,0	6,2	5,9	5,6	- 0,3
Polen	3,1	3,2	3,5	3,9	0,9
Slowakei	2,9	3,0	3,2	3,3	0,5
Tschechien	3,2	3,3	3,0	3,2	0,0
Ungarn	4,1	3,9	3,8	4,0	- 0,1
Mittelosteuropa (EC-4)	3,2	3,3	3,5	3,8	0,5
Euroconstruct-Gebiet (EC-19)	5,6	5,8	5,6	5,4	- 0,2

^{a)} Fertiggestellte Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden (Ein- und Zwei- sowie Mehrfamiliengebäude) pro 1 000 Einwohner. – ^{b)} Euroconstruct-Gebiet: 15 west- und 4 mittelosteuropäische Länder. – ^{c)} 2006: Schätzwert; 2007 und 2008: Prognose; 2009: Ausblick. – ^{d)} Absolute Veränderung der Kennziffer 2009 gegenüber 2006.

Quelle: Euroconstruct/ifo Institut (Konferenz in München, Dezember 2006).

Fazit: Wohnungsfertigstellungen in Europa steigen 2007 auf Spitzenwert, ...

Die *Wohnungsfertigstellungen* insgesamt hatten 2001 in Europa bzw. im Euroconstruct-Gebiet mit wenig über 2,0 Mill. WE einen Tiefpunkt erreicht. Ab 2002 setzte ein anfangs verhaltener, dann aber zunehmend steilerer Anstieg ein. Im Prognosejahr 2007 dürfte mit etwa 2,62 Mill. WE (fast + 31% gegenüber dem Tiefpunkt) ein neuer *Spitzenwert* erreicht werden. Mit zeitlichen Verschiebungen gilt dies auch für das *Wohnungsneubauvolumen*. Bei beiden Variablen ist bis 2009 mit leichten Korrekturen nach unten zu rechnen (Fertigstellungen 2009/07: fast – 6¹/₂%), das Niveau im europäischen Wohnungsneubau bleibt aber bis zum Ende der Prognoseperiode (2009) ziemlich hoch.

Zwischen den beiden *Gebäudekategorien*, der Errichtung neuer Eigenheime und Mehrfamiliengebäude, wurde 2001 auf dem niedrigen Niveau annähernd Gleichstand erreicht (jeweils knapp unter bzw. etwas über 1 Mill. WE), und in beiden Kategorien setzt danach ein – allerdings unterschiedlich kräftiger – Anstieg ein:

- Bei den Wohnungen in *Eigenheimen* (neu errichtete Ein- und Zweifamiliengebäude) verlief die Entwicklung eher moderat, aber recht stetig, bis 2007 mit 1,13 Mill. WE wieder ein Höhepunkt erreicht werden dürfte (etwas mehr als + 13% gegenüber 2001); bis 2009 werden die Fertigstellungszahlen voraussichtlich auf etwa 1,06 Mill. WE (rund – 6%) abbröckeln, aber immer noch nahezu auf dem Niveau von 2003 liegen.
- Im *Geschosswohnungsbau* (fertiggestellte Wohnungen in neuen Mehrfamiliengebäuden) war die Aufwärtsentwicklung zwar zunächst ebenfalls verhalten, ab 2004 ging es aber in ziemlich großen Sprüngen nach oben auf das für 2007 erwartete Rekordniveau von knapp 1,5 Mill. WE (über + 48% gegenüber dem Tiefpunkt); der anschließende Rückgang auf rund 2,45 Mill. WE (2009) dürfte zwar absolut wesentlich größer, prozentual aber nur wenig stärker ausfallen als im Eigenheimbau.

... die große Heterogenität zwischen den Ländern bleibt aber bestehen

Der Anstieg der Wohnungsfertigstellungen war und bleibt also ganz entscheidend vom *Geschosswohnungsbau* bestimmt, wohingegen der *Eigenheimbau* seine Rolle als Stabilisator der Gesamtentwicklung wiedererlangt und beibehält. Zwischen den 19 Euroconstruct-Ländern werden aber auch in Zukunft enorm große Niveau- und Entwicklungsunterschiede bestehen bleiben (Beispiele):

- *Spanien* war in den letzten Jahren und bleibt im gesamten Prognosezeitraum mit seinem überragend hohen An-

teilswert (weit über einem Viertel) das »*Schlüsselland*« für die Wohnungsfertigstellungen in Europa bzw. im Euroconstruct-Gebiet: Zur Basis 2005 = 100 stiegen die Indexwerte seit 2001 bis 2007 zunächst um rund 20 (bei Mehrfamiliengebäuden sogar um 44) Indexpunkte an, um dann bis 2009 um 15 (bzw. 13) Indexpunkte abzusinken.

- In *Deutschland* stand der Wohnungsneubau lange Zeit im Schatten: Bei den Fertigstellungen wurde erst 2005 der Tiefpunkt erreicht, bis 2007 ging es dann aber recht steil nach oben (auf über 127 Indexpunkte), ehe auch hier eine erneute, aber nur moderate Abschwächung erwartet wird.
- In den vier *mittelosteuropäischen Ländern* bewegt sich der Wohnungsneubau nach wie vor auf niedrigem Niveau (Anteil an den Fertigstellungen derzeit knapp 9% bei einem Bevölkerungsanteil von rund 14% am Euroconstruct-Gebiet), der Aufholprozess hält aber auch im Prognosezeitraum an.

Die Berechnung der mengenmäßigen *Wohnungsbau-Intensität* (fertiggestellte Wohnungen pro 1 000 Einwohner) für die 19 Euroconstruct-Länder verdeutlicht die große Heterogenität im Wohnungsneubau (Niveaus und Entwicklungen): Trotz deutlicher Rückgänge dürften in *Irland* und *Spanien* auch 2009 noch rund 15¹/₂ bzw. über 14 Wohneinheiten pro 1 000 Einwohner errichtet werden; in *Westeuropa* sind es im Durchschnitt nur rund 5¹/₂ WE/1 000 E., *Deutschland* bleibt mit einem Indikatorwert von rund 2¹/₂ WE/1 000 E. (2009) ganz am Ende der Skala; in den vier Ländern *Mittelosteuropas* steigt der Kennziffernwert bis 2009 auf knapp 4 WE/1 000 E. an.

Der *Wohnungsneubau in Europa* hat in den letzten Jahren eine bemerkenswert kräftige Ausweitung erfahren, die sich 2007 noch fortsetzen, dann aber auslaufen dürfte. Angesichts »rekordverdächtiger« Fertigstellungszahlen ist das Gerüchte von einer (Bedarfs- bzw. Nachfrage-)Sättigung der *Wohnungsmärkte* fast völlig verstummt. Trotz anhaltend scharfer *Konkurrenz* durch Eigenleistungen, Nachbarschaftshilfe und Schwarzarbeit sowie durch ausländische Billiganbieter haben auch deutsche mittelständische Unternehmen des Bauhaupt- und Ausbaugewerbes von der konjunkturellen Erholung profitiert. Die Wahrnehmung der sich bietenden *Chancen* erfordert allerdings auch in Zukunft flexible Anpassungsreaktionen (vgl. Bosch und Rehfeld 2006), weil sich der *Wettbewerbsdruck* auf Betriebe und Beschäftigte hierzulande (wie in anderen europäischen Ländern) nur zeitweilig verringert hat.

Literatur

- Bosch, G. und D. Rehfeld (2006), »Zukunftschancen für die Bauwirtschaft – Erkenntnisse aus der Zukunftsstudie NRW«, *Informationen zur Raumentwicklung (des BBR)* (10), 539–552.
- Euroconstruct (2006a), *Prospects for the European Construction Markets 2006 to 2009 – Summary Report of the 62nd Euroconstruct Conference*, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München.

Euroconstruct (2006b), *Prospects for the European Construction Markets 2006 to 2009 – Country Report of the 62nd Euroconstruct Conference*, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München.

Flaig, G., W. Nierhaus, I. Becker, St. Henzel, O. Hülsewig, E. Langmantel, J. Mayr, W. Meister, M. Ruschinski, D. Ulbricht und T. Wollmershäuser (2006), »ifo Konjunkturprognose 2007: Auftriebskräfte bleiben stark«, *ifo Schnelldienst* 59(24), 17–57.

Gluch, E. und E. Hornung (2006), »Europäischer Wohnungsbau mit guten Aussichten für 2006«, *ifo Schnelldienst* 59(13), 16–20.

Gluch, E. (2006), »Branchenforum 3: Konjunkturelle Entwicklung im Bausektor«, *ifo Schnelldienst* 59(22), 47–52.

Rußig, V. und B. Becker (2006), »Wohnungsfertigstellungen in Europa bleiben auf hohem Niveau«, *ifo Schnelldienst* 59(5), 25–34.

Rußig, V. (2006), »Zunehmende Altbauerneuerung bringt Europas Bauwirtschaft auf moderaten Wachstumskurs«, *ifo Schnelldienst* 59(3), 32–40.

Statistisches Bundesamt (2007), *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Inlandsproduktberechnung – Erste Jahresergebnisse 2006*; Fachserie 18, Reihe 1.1, Wiesbaden, Januar 2007.

Das Schwerpunktthema der 62. Euroconstruct-Konferenz, die am 1. Dezember 2006 in München stattfand, lautete »Auswirkungen der Globalisierung auf die Bauwirtschaft«. Fünf namhafte Experten stellten, neben den gravierenden Veränderungen der letzten Jahre, ihre Prognosen zur Entwicklung der Bauwirtschaft vor und benannten die zukünftigen Wachstumsfelder. Ihre Referate sind im Folgenden kurz zusammengefasst.

Fusionen und Übernahmen verstärken die Konzentration in der Bauindustrie

Im einleitenden Referat stellte der Wirtschaftsjournalist *Adrian Knoepfli* vier wesentliche Trends vor, die bei der Globalisierung der Bauindustrie in den letzten Jahren zu registrieren waren:

Beispielhaft für die zunehmende Konzentration führte Herr Knoepfli einige dieser Transaktionen an: In Frankreich schlossen sich im Jahr 2000 die Baubereiche der beiden großen Versorgerkonzerne Suez Lyonnaise des Eaux (ex-GTM und ex-Dumez) und Vivendi (früher Générale des Eaux) zu Vinci zusammen. Vinci ist inzwischen der größte Baukonzern der Welt. Zwei Jahre darauf übernahm in Spanien die ACS ihre Konkurrentin Dragados. Im Jahr 2005 erwarb die österreichische Bauholding Strabag die Überreste der zusammengebrochenen Walter Bau und eine Mehrheit an Züblin. Im vergangenen Jahr schluckte die spanische Ferrovial für beinahe 15 Mrd. € die weltgrößte Flughafenbetreiberin, die britische BAA. Im Jahr zuvor hatte Ferrovial für 1 Mrd. Franken bereits den Schweizer Flughafen-dienstleister Swissport übernommen. Im Juli 2006 kaufte die spanische FCC für 480 Mill. € Alpine Mayreder, die Nummer 3 in Österreich.

Baukonzerne diversifizieren in baunahe Dienstleistungen

Die Strategie der Diversifizierung in baunahe Dienstleistungen und höherwertige Tätigkeiten hat die deutsche Firma Hochtief am konsequentesten umgesetzt. Die Angebotspalette von Hochtief umfasst die gesamte Dienstleistungspalette von der Entwicklung und dem Bau bis hin zur Finanzierung und dem Betrieb komplexer

Bauvorhaben. Das Unternehmen deckt somit die gesamte Wertschöpfungskette bei der Durchführung von Projekten ab. Die strategische Ausrichtung von Hochtief veranschaulicht sehr gut den neuen, generellen Trend bei großen Bauunternehmen. Sie wollen nicht mehr nur den Bau ausführen, sondern den Kunden in einer möglichst frühen Phase »abholen« und auch über die Baufertigstellung hinaus betreuen.

Bauunternehmen konzentrieren sich auf höherwertige Dienstleistungen

Die großen Baukonzerne aus den Industrieländern konzentrieren sich immer mehr auf höherwertige Dienstleistungen und Problemlösungen, die sie weltweit anbieten. Zu den neu übernommenen Dienstleistungen zählt unter anderem das Airport Management. Auf Flughäfen kann man nicht nur einchecken und abfliegen, sondern auch einkaufen, essen, übernachten und Unterhaltungsangebote konsumieren. Das größte Wachstum findet auf den Flughäfen seit Jahren in diesem Zusatzgeschäft statt. Die Wachstumsraten bei den Passagierzahlen sind deutlich geringer. Entsprechend intensiv ist mittlerweile die Konkurrenz um die Betriebskonzessionen. Mittlerweile haben sich, neben Baukonzernen, auch reine Flughafenbetreiber wie Fraport oder der Flughafen Schiphol unter die Bewerber gemischt, die an der »Privatisierungswelle« partizipieren möchten. Die ebenfalls in diesem Bereich tätige australische Mitbewerberin Macquarie Airports ist wiederum eine Tochtergesellschaft der gleichnamigen Bank.

Dass die Dienstleistungen rentabler sind als das ursprüngliche Baugeschäft, zeigt das Beispiel Ferrovial: Seit der Übernah-

me der BAA entfallen rund 60% des Umsatzes auf Infrastrukturmaßnahmen und Dienstleistungen, beim EBITDA (Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) sind es sogar 85%. Die Durchführung von Baumaßnahmen sowie die Einnahmen aus den Immobilienbeständen machen ungefähr 40% des Umsatzes aus, Steuern aber nur 15% zum Gewinn bei. Ferrovial besitzt nebst der BAA die Flughäfen von Bristol und Sydney, Autobahnen in Toronto und Chicago sowie 30% der Londoner U-Bahn. Nicht zuletzt wegen fehlender öffentlicher Gelder gewinnen neben BOT-Projekten (Build Own Transfer) vor allem PPP-Projekte (Public Private Partnership) zunehmend an Bedeutung. PPPs haben in den letzten Jahren fast alle Bereiche des Bausektors erfasst, darunter Straßen, Flughäfen, Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude und Gefängnisse.

Chinesische Baufirmen werden auf dem Weltmarkt zu bestimmenden Akteuren

Die chinesischen Bauunternehmen haben in erster Linie Afrika im Focus, dort verdrängen sie mehr und mehr die europäischen Anbieter. In ganz Afrika planen oder verwirklichen zurzeit chinesische Baufirmen tausende Infrastrukturprojekte. Im November 2006 unterzeichneten zwei chinesische Bauunternehmen einen Vertrag für den Bau einer 1 300 km langen Eisenbahnlinie von Lagos nach der nigerianischen Hauptstadt Abuja, mit einem Investitionsvolumen von über 8 Mrd. US-\$. In Ägypten wird China ein Atomkraftwerk bauen. China Railway Engineering verzeichnete im Jahr 2005 bei einem Umsatzvolumen von 15 Mrd. US-\$ neue Aufträge über 25 Mrd. US-\$. Bei China Railway Construction sieht das Verhältnis ähnlich aus. Es sollte somit nicht verwundern, wenn diese beiden Konzerne in Zukunft auf der Liste der zehn größten Bauunternehmen weiter aufsteigen (vgl. Tab. 1). Im Jahr 1998 war noch kein einziges chinesisches Unternehmen dort vertreten.

Trotz dieser Entwicklung bleibt die Bauwirtschaft, die mit einem Weltmarktvolumen von ungefähr 3,1 Bill US-\$ rund

110 Mill. Personen beschäftigt, weiterhin sehr stark fraktioniert. In Europa weisen 97% der Unternehmen der Branche weniger als 20 Beschäftigte auf. Bauen wird letztlich auch in Zukunft in großem Umfang ein lokales Geschäft bleiben, welches von den bauausführenden Betrieben eine Verankerung vor Ort verlangt.

Für die Zementindustrie ist eine Präsenz vor Ort unabdingbar. Da in Branchen mit einem erheblichen Kapitaleinsatz Größe besonders viel zählt, war in den letzten Jahren gerade in diesem Segment eine kräftige Konsolidierung zu beobachten. Es erfolgten zahlreiche Übernahmen, besonders erwähnenswert sind folgende: Im Jahr 2004 kaufte die mexikanische Cemex für beinahe 6 Mrd. US-\$ die irische Konkurrentin RMC. Dabei handelte es sich um die größte Investition, die ein lateinamerikanischer Konzern je auf dem europäischen Kontinent tätigte. Mit der aktuell geplanten Übernahme von Rinker würde der Cemex-Umsatz, der sich allein in den letzten zehn Jahren schon fast versechsfacht hat, auf rund 23 Mrd. US-\$ klettern. Holcim kaufte im Jahr 2004 die Alpha Cement in Russland und ein Jahr darauf die britische Beton- und Baustoffgruppe Aggregate Industries. Durch die Übernahmen wurde Holcim die Nummer 2 in Indien, dem kapazitätsmäßig nunmehr größten Markt des Schweizer Unternehmens. Die deutsche HeidelbergCement ist im vergangenen Jahr vor allem mit Zukäufen in Georgien in die Kaukasus-Region vorgestoßen und baut ein neues Zementwerk im Westen Kasachstans.

Auch in der Ziegelindustrie ist seit Jahren ein bemerkenswerter Konzentrationsprozess im Gange, wobei das österreichische Unternehmen Wienerberger eine führende Rolle einnimmt. Wienerberger trennte sich von Tätigkeiten außerhalb ihres Kerngeschäfts, kaufte sich in den US-Markt ein und expandierte massiv nach Osteuropa. Ihr Umsatz hat sich in den letzten zehn Jahren auf 1,95 Mrd. € nahezu verdoppelt. Wichtigste Konkurrenten von Wienerberger sind im Bereich Dachziegel Lafarge und Etex, im Bereich Vormauerziegel CRH, Hanson, Boral und ACME.

Die Keramikindustrie drängt ebenfalls in Richtung Osteuropa und China. Ein wichtiges Jahr in der Konsolidierung dieser Branche war 1999. Damals übernahm der Weltmarktführer American Standard die Sanitärsparte von Blue Circle (Armitage Shanks), die finnische Sanitec kaufte die niederländisch-schwedische Sphinx Gustavsberg, und das spanische Familienunternehmen Roca, heute die Nummer 2, schluckte die Schweizer Gruppe Keramik Laufen. Wie in vielen anderen Branchen wird auch in der Sanitärkeramik die Produktion von einfachen Massenartikeln in Niedriglohnländer ausgelagert.

Tab. 1
Die größten Bauunternehmen im Jahr 2005

	Umsatz in Mrd. US-\$
Vinci, Frankreich	27,0
Bouygues, Frankreich	25,6 ^{a)}
Bechtel, USA	18,1
Hochtief, Deutschland	17,0
Skanska, Schweden	16,7
Kajima, Japan	15,7
Taisei, Japan	15,4
China Railway Engineering, China	15,3
ACS, Spanien	14,6
China Railway Construction, China	14,1

^{a)} Ohne Telecom, Gesamtumsatz 30,5 Mrd. US-\$.

Quelle: Euroconstruct/ifo Institut (Konferenz in München, Dezember 2006).

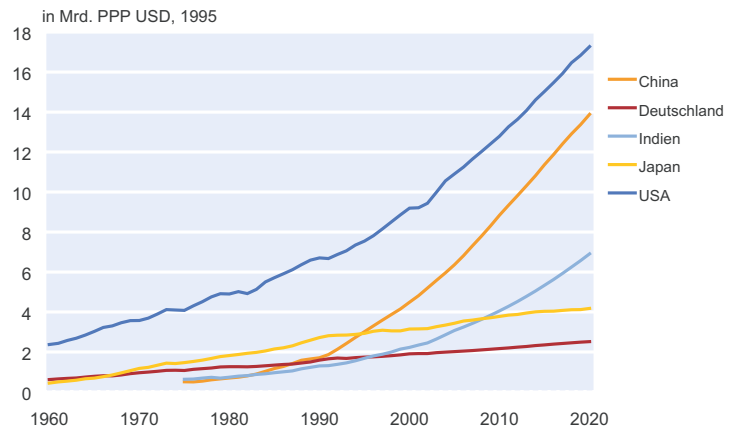
Quasi im Schlepptau der großen Baukonzerne fasst auch die Bauchemie in neuen Märkten Fuß. Dass bei den großen Infrastrukturvorhaben europäische Baustandards auch in Asien und Lateinamerika zunehmend Anwendung finden, verleiht der Branche zusätzlichen Schub. Weltmarktführer ist die deutsche BASF, die Mitte 2006 das Bauchemiegeschäft der Degussa übernahm, Nummer 2 die Schweizer Sika.

Asien bleibt auf Jahre hinaus globales Wachstumszentrum

Als Hauptredner der Veranstaltung referierte Prof. Dr. Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank und Geschäftsführer der Deutschen Bank Research, zum Thema: »Die zukünftige Entwicklung der Weltwirtschaft und des Bausektors: Perspektiven bis zum Jahr 2020«.

Einleitend präsentierte Walter die Wachstumsprognosen der Deutschen Bank Research für 17 Industrie- und Entwicklungsländer bis zum Jahr 2020 (vgl. Abb. 1). Diese basieren auf Schätzungen zur Entwicklung der Bevölkerung, des

Abb. 2
Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts 1960–2020



Quelle: Deutsche Bank Research.

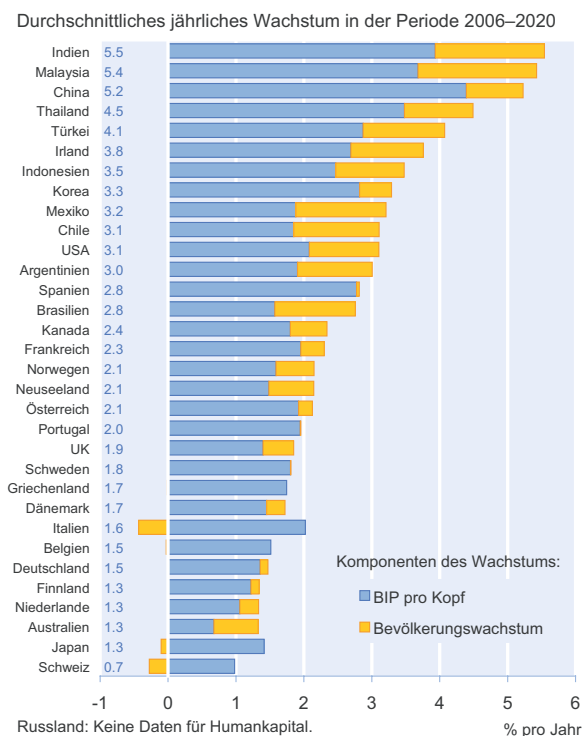
Humankapitals, Veränderungen der Investitionsquote sowie der Offenheit des jeweiligen Wirtschaftssystems. Asien sticht dabei im Prognosezeitraum eindeutig als der dynamischste Teil der Weltwirtschaft hervor.

Angeführt wird die Liste von den Ländern Indien, Malaysia und China, die jährliche Wachstumsraten von über 5% verzeichnen. Thailand und die Türkei belegen die Plätze 4 und 5. Unter den Industrieländern weisen die USA und Spanien mit jährlichen Wachstumsraten von 3,1 und 2,8% deutlich über dem Durchschnitt liegende Werte auf. Die Schweiz, Japan und Deutschland liegen mit rund 1% p.a. am unteren Ende der Liste. Aufgrund der hohen Bevölkerungsdynamik sowie der stark ausgeprägten Humankapitalbildung nimmt Irland weiterhin eine Sonderstellung ein.

Was das Niveau des Bruttoinlandsprodukts – gemessen in Kaufkraftparitäten – betrifft, wird die USA jedoch auch bis zum Ende des Prognosezeitraums der »Gorilla« bleiben. Die Höhe des indischen Bruttoinlandsprodukts wird, trotz eines hervorragenden Wachstums, im Jahr 2020 nur die Hälfte des chinesischen ausmachen. Das indische Marktvolumen wird daher noch lange Zeit deutlich hinter dem chinesischen »hinterherhinken«. Jedoch sollte Indien bereits im Jahr 2010 die drittgrößte Volkswirtschaft weltweit sein – nach den USA und China. Die relative Position von Japan und Deutschland wird sich weiter verschlechtern (vgl. Abb. 2).

Mindestens genauso wichtig wie die Marktgröße ist jedoch das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung, das einen entscheidenden Einfluss auf die Nachfragestruktur hat. Hier nimmt die USA mit 50 000 US-\$ – gemessen in Kaufkraftparitäten – eine Führungsrolle ein. Japan folgt mit 35 000 PPP US-\$ und Deutschland mit rund 30 000 PPP US-\$ pro Kopf. Selbst die enorme Entwicklungsdynamik in

Abb. 1
Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in ausgewählten Ländern



China und Indien wird nichts daran ändern, dass diese beiden Länder bis zum Jahr 2020 nur rund $\frac{1}{5}$ des Pro-Kopf-Wertes der USA erreichen (vgl. Abb. 3).

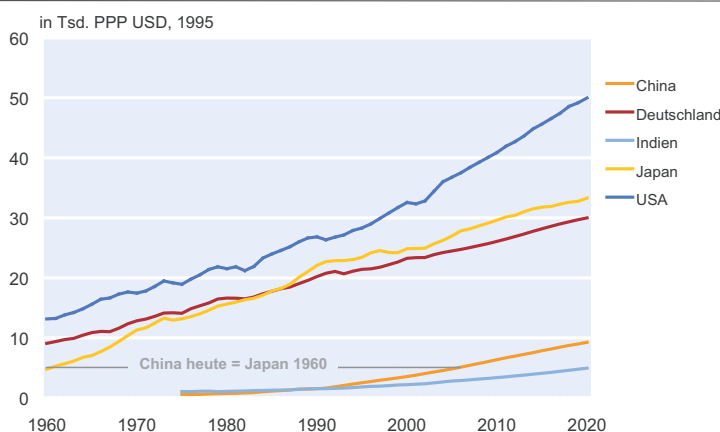
Humankapital und Bevölkerungsentwicklung: Schlüsselgrößen für Wachstum

Innerhalb Europas verlieren zukünftig vor allem die Länder an relativer Bedeutung, die weder in Humankapital investieren noch ein dynamisches Bevölkerungswachstum aufweisen. Auf der Verliererseite stehen dabei Deutschland und Italien, relativ hinzugewinnen können Frankreich, Großbritannien und Spanien, das nach der Franco-Ära nicht nur Zuwanderung verzeichnen konnte, sondern auch das Bildungssystem wesentlich verbessert hat.

Für die Analyse der zukünftigen Entwicklung der weltweiten Trends in der Bauwirtschaft ist es nützlich, sich zunächst mit einigen allgemeinen, wichtigen Erkenntnissen zur Wirtschaftsentwicklung sowie Trends in der Bauindustrie vertraut zu machen:

1. Die Zyklen der Bauindustrie verlaufen weitgehend synchron mit den allgemeinen Konjunkturzyklen.
2. Es gibt jedoch einige Abweichungen von dieser einfachen Metrik, wobei die Migration eine wichtige Rolle spielt. Denn aufgrund von Wanderungsbewegungen kann es auch in Ländern, die von Bevölkerungsrückgängen betroffen sind, »gesunde« Regionen geben. Diese Wanderungen werden überwiegend dadurch ausgelöst, dass Arbeitnehmer dorthin ziehen, wo zahlreiche attraktive Arbeitsplätze angeboten werden. Zudem verzeichnen einige Bereiche der Bauwirtschaft, wie beispielsweise die Erstellung von Infrastruktureinrichtungen, trotz des Bevölkerungsrückgangs, in nahezu allen Ländern eine konstante Bau- und Instandhaltungstätigkeit.

Abb. 3
Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf 1960–2020



3. Es wäre eigentlich zu vermuten, dass die Bauinvestitionen abnehmen, je entwickelter eine Volkswirtschaft ist. Anders als beim Einzelhandel kann diese These allerdings empirisch nicht belegt werden. Denn der Anteil der Bauindustrie im weiteren Sinne liegt – nach Bauschüben in frühen Entwicklungsphasen – nahezu konstant bei 10% des Bruttoinlandsproduktes.

Die bedeutendsten Trends für die zukünftige weltweite Bau nachfrage ergeben sich durch die langfristige Bevölkerungsentwicklung. Lebte 1950 weniger als ein Drittel der Weltbevölkerung in Städten, sind es heute schon rund 50%. Im Jahr 2030 werden fast zwei Drittel der Einwohner eines Landes in Städten leben. Zwischen 1950 und 2030 kommt es somit etwa zu einer Verdopplung des Bevölkerungsanteils in Städten. Berücksichtigt man, dass sich in diesem Zeitraum die gesamte Bevölkerung fast verdreifacht haben wird, dann wird sich die urbane Bevölkerung bis zum Jahr 2030 sogar versechsfacht haben! Das hat erhebliche Auswirkungen auf den Lebensstil der Bevölkerung, was wiederum erhebliche Auswirkungen für den Infrastrukturbedarf hat.

Weltweiter Trend zur Urbanisierung forciert Bautätigkeit

Betrachtet man die einzelnen Kontinente, gab es in den fünfziger Jahren noch erhebliche Unterschiede im Grad der Verstädterung. Zu dieser Zeit lebten in Afrika und Asien noch weniger als 15% der Bevölkerung in Städten. In Europa und Nordamerika waren es damals schon mehr als die Hälfte. Asien und Afrika dürften diese Niveaus im Jahr 2030 ebenfalls erreichen, wohingegen der Anteil der städtischen Bevölkerung in Europa sowie Latein- und Nordamerika nur noch langsam – auf etwas über 80% – ansteigt. Umfangreiche Baumaßnahmen dürften insbesondere in den rapide wachsenden Millionenstädten Asiens und Südamerikas erfolgen.

Neben dem Bau von Wohnungen betrifft dies auch die Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen zur Versorgung der Bevölkerung mit Wasser und Energie, Schulen und Krankenhäusern sowie umfangreiche Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur (Straßen- und Schienenverbindungen, aber auch U-Bahnen und Flughäfen). Trotz der starken Konvergenz beim Trend zur Urbanisierung wird es zukünftig immer noch einen großen Unterschied zwischen Amerika und Europa auf der einen Seite und Asien und Afrika auf der anderen geben. So werden Asien und Afrika auch 2020 immer noch einen sehr großen Anteil an Landbevölkerung haben.

Eine weitere wichtige Einflussgröße, insbesondere für den Wohnungsbau, ist die Anzahl der Haushalte. Berücksichtigt man die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts, die Tatsache, dass die Anzahl der in einem Haushalt lebenden Menschen sinkt, sowie die Tendenz zur Urbanisierung, dann werden in China bis zum Jahr 2025 noch rund 120 Mill. zusätzliche Wohnungen benötigt, in Indien dürften es ca. 110 Millionen sein. In Brasilien und den USA müssen bis dahin »nur« noch 26 bzw. 20 Mill. zusätzliche Wohnungen gebaut werden.

Der Bedarf an Infrastruktureinrichtungen wird durch die zunehmende Mobilität stark ansteigen. In China und Indien ist die Zahl der Kraftfahrzeuge in den letzten Jahren um durchschnittlich rund 20% pro Jahr gewachsen. Hält diese Dynamik auch in den nächsten zehn Jahren an, wird sich die Zahl der Fahrzeuge in den bevölkerungsreichsten Ländern innerhalb von nur zehn Jahren mehr als versechsfachen. In China würden dann 2015 mehr als 150 Mill. Kraftfahrzeuge unterwegs sein, in Indien fast 80 Millionen. Eine solche Entwicklung erzwingt einen umfangreichen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.

Beim Umfang der Geschäftsreisen ist in China und Indien ebenfalls ein Boom zu erwarten. Davon wird vor allem der Bau von Flughäfen und Hotels profitieren. Anders als beim Straßenverkehr nimmt Indien bei den Ausgaben für Geschäftsreisen eine Spitzenreiterrolle vor China ein. Im Vergleich zum Jahr 1995 kommt es bis zum Ende des Prognosezeitraums insgesamt zu einer Verachtfachung der Ausgaben für Geschäftsreisen (vgl. Abb. 4).

Den Löwenanteil an den globalen Bauaktivitäten erbringen die USA und Asien. Obwohl im Durchschnitt höhere Zinssätze in den sich rasch entwickelnden Schwellenländern – im Vergleich zu den Industrieländern – die Bautätigkeit

dämpfen, werden diese zukünftig das stärkste Wachstum verzeichnen. Sie werden aber gleichzeitig die Märkte mit der größten Volatilität sein. Umfangreiche Investitionsvolumina und eine anhaltend hohe Nachfrage nach Bauleistungen wird es auch in den Öl und Gas exportierenden Ländern geben.

Besonders deutlich wird das bereits heute in der Golfregion, allen voran der Stadt Dubai. Getrieben vom rasch steigenden Energiebedarf in den Entwicklungsländern werden diese Länder noch viele Jahre hohe Einnahmen generieren. Nur in wenigen dieser Staaten sind stabile politische Zustände anzutreffen und deren Finanzmärkte sind noch nicht ausgereift. Die Wahrscheinlichkeit politischer und wirtschaftlicher Umbrüche ist daher groß. Hinzu kommt, dass Investitionen immer noch gern in Prestigeobjekte fließen und etliche Geschäftsmodelle nicht funktionieren dürften. Turbulenzen auf diesen Märkten sind also vorgezeichnet.

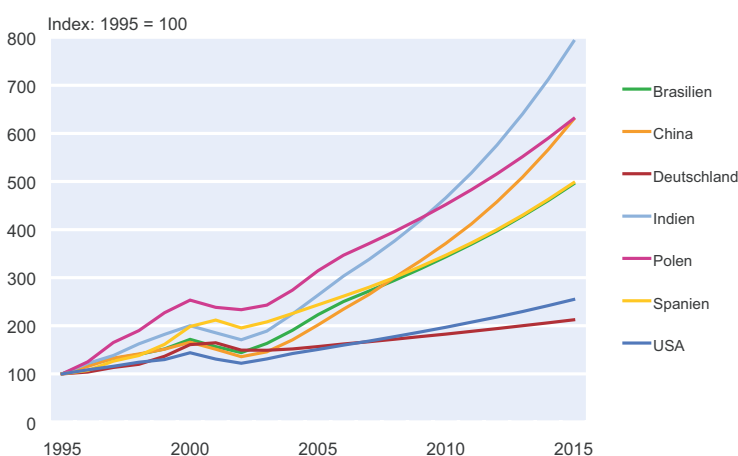
Dynamische Zukunftsmärkte sind nicht nur die so genannten BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China. Auch verschiedene Länder in Afrika werden zunehmend ins Blickfeld rücken. Dort erreichten die durchschnittlichen Wachstumsraten in den vergangenen Jahren ebenfalls über 5% pro Jahr.

Konzessionsprojekte gewinnen weltweit an Bedeutung ...

Nach den Aufführungen von Dr. *Fernando Gutiérrez de Vera*, Vorsitzender der SEOPAN Konzessionskommission, sind Konzessionsprojekte in den letzten zehn Jahren auf wachsendes Interesse gestoßen. Der Bedarf ist in diesem Sektor riesig und die Möglichkeiten nahezu unbegrenzt. In den Jahren 1985 bis 2006 sind weltweit PPP-Projekte im Wert von 837 Mrd. US-\$ ausgeschrieben wurden. Aufgrund fehlender Investoren konnte jedoch nur ein Bruchteil davon realisiert werden. Im Straßenbau wurden Pläne für 384 Mrd. US-\$ aufgestellt, letztlich konnte jedoch nur ein Volumen von 177 Mrd. US-\$ realisiert werden. Die Ursachen dafür liegen in schlecht strukturierten Projekten, in unqualifizierten Angeboten und in unrealistischen Konzepten.

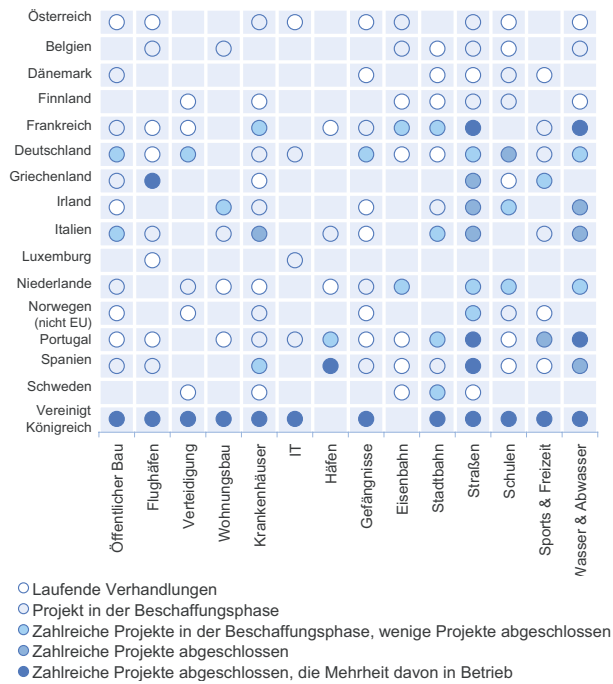
Aber auch regionale Besonderheiten sind von Bedeutung. Daneben gewährleisten nicht alle öffentlichen Vertragspartner eine ausreichende Rechtssicherheit, um auch in einem über viele Jahre laufenden Projekt eine zugesicherte Rendite erwirtschaften zu können. Aus diesem Grund werden PPP-Projekte selten in den Ländern realisiert, in denen der Bedarf am größten wäre. Denn in den meis-

Abb. 4
Ausgaben für Geschäftsreisen 1995–2015



Quelle: OEF, WTTC.

Abb. 5
Entwicklung von PPPs in den EU-15-Ländern



Quelle: PricewaterhouseCoopers.

ten Entwicklungs- bzw. Schwellenländern ist die notwendige Rechtssicherheit noch immer nicht vorhanden.

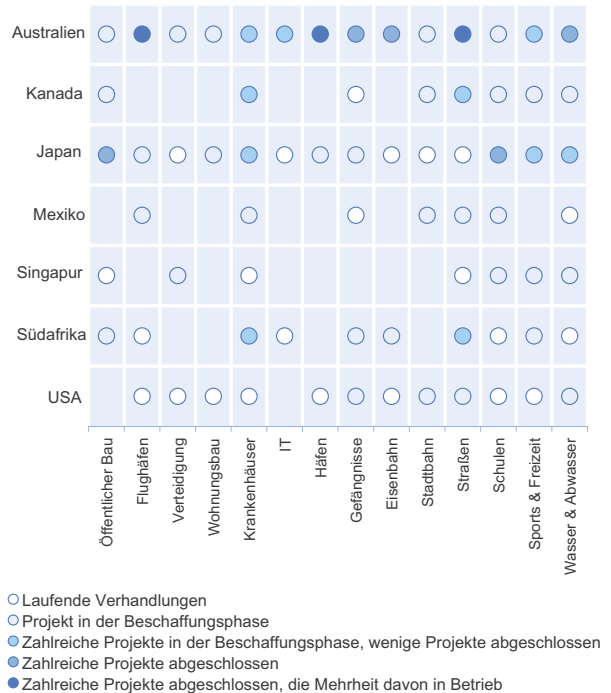
In Europa sind PPP-Projekte vor allem in Portugal, Großbritannien, Irland und Ungarn umgesetzt worden. Die wenigsten PPPs haben bislang die skandinavischen Länder und Deutschland verwirklicht. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass Projekte, die sich in der Beschaffungsphase befinden, in vier bis fünf Jahren abgeschlossen sind. Die Realisierung von PPP-Projekten dürfte danach in den nächsten Jahren in Europa kräftig zunehmen (vgl. Abb. 5).

Außerhalb Europas verlief die Entwicklung von Konzessionsprojekten sehr heterogen. In den USA kam die Entwicklung von PPPs zunächst nur sehr langsam voran, was maßgeblich auf die föderale Struktur zurückzuführen ist. Australien, Kanada und Japan haben hingegen sehr eifrig an der Umsetzung von PPP-Systemen gearbeitet. Europa ist trotzdem immer noch führend in der Implementierung von PPP-Projekten (vgl. Abb. 6).

... die Umsetzung erfolgt in vielen Ländern jedoch sehr langsam

Entscheidend für die Umsetzung von PPPs ist die Gesetzgebung eines Landes. Gibt es ein entsprechendes Rahmen-

Abb. 6
Entwicklung von PPPs außerhalb Europas



Quelle: PricewaterhouseCoopers.

gesetz innerhalb der Gesetzgebung, ist dies für die Vergabe von Konzessionen vorteilhaft. Vor allem Länder mit Gewohnheitsrecht haben erhebliche Probleme der Etablierung von Konzessionsmodellen. Seit Spanien im Jahr 2003 ein neues Konzessionsgesetz erließ, wurden 247 Konzessionsprojekte ausgeschrieben, mit einem Gesamtvolumen von fast 19 Mrd. €.

Ein enormes Potential besteht zudem in den USA, was folgende drei Beispiele sehr gut verdeutlichen: Die Stadt Toronto erhielt im Jahr 1999 für eine Straßenkonzession fast 3 Mrd. US-\$, Chicago fünf Jahre später rund 1,6 Mrd. US-\$ und Indiana kurz darauf beinahe 3,1 Mrd. US-\$. Nach Angaben der Investmentbank Merrill Lynch sind bereits zehn neue Projekte mit einem Volumen von etwa 100 Mrd. US-\$ geplant. Es besteht weltweit ein enormer Bedarf an Infrastrukturinvestitionen, und europäische Baukonzerne stehen dabei immer mehr im Wettbewerb mit großen asiatischen und amerikanischen Unternehmen.

Vor der Umsetzung dieser umfangreichen Projekte sind jedoch noch zahlreiche Herausforderungen zu bewältigen, die die Vergabe von Konzessionen in größerem Stil verhindern:

- In vielen Ländern liegen keinerlei rechtliche Rahmenbedingungen für PPPs vor.

- Die Durchführung von PPP-Projekten ist in einigen europäischen Ländern steuerlich unattraktiv. In den USA dagegen sind Anleihen, die zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten aufgelegt werden, sogar steuerfrei.
- Die betroffenen Regierungsebenen müssen geschult werden, um die neuen Anforderungen, die aus der Abwicklung von PPP-Projekten resultieren, bewältigen zu können. In etlichen Ländern wurden deshalb Regulierungsbehörden eingerichtet.
- Politische Parteien sind inkonsequent und können in zukünftigen Legislaturperioden – unter neuen Machtkonstellationen – versuchen, Verträge abzuändern. Dies kann zu langwierigen gerichtlichen Auseinandersetzungen führen.
- Die Bilanzierung von Konzessionsprojekten erfolgt noch sehr unterschiedlich. Es fehlt ein einheitlicher Bilanzierungsstandard.

Die Vergabe eines PPP-Projekts kann langwierig und kostenintensiv sein. Die Erfahrungen aus Großbritannien und Spanien zeigen, dass allein die Angebotsphase einer PFI (Private Finance Initiative) teilweise bis zu zwei Jahre in Anspruch nimmt. In Spanien beträgt die durchschnittliche Beschaffungszeit für ein PPP-Projekt 33 bis 40 Monate. Von entscheidender Bedeutung sind deshalb die Beschaffungsmethoden. Man unterscheidet dabei Schnellangebote wie sie in Spanien und Chile genutzt werden, sowie Auktionen im nordamerikanischen Stil.

Hohe Öleinnahmen ...

Der Leiter des Ingenieurbaus bei Bilfinger Berger Civil, *Norbert Hoffman*, ging in seinem Vortrag näher auf die Bautätigkeit im Nahen und Mittleren Osten ein. Danach nahmen die Bauaktivitäten in den Golfstaaten – nach Jahren des Stillstands – um die Jahrtausendwende wieder zu. Dies war ganz offensichtlich auf die zunächst langsam, dann jedoch stärker und vor allem nahezu permanent ansteigenden Ölpreise zurückzuführen. Internationale Baufirmen begannen den Markt zu analysieren und formulierten erste Wiedereinstiegsstrategien. Durch die deutlich erhöhten Ölpreise und die daraus resultierende Vervielfachung der Bauinvestitionen in kurzer Zeit, wurde dieser Markt nicht nur für große internationale Baufirmen sondern auch für auslandsorientierte Mittelständler sowie die Baumaschinen- und Baumaterialienhersteller interessant.

Neben dem starken Anstieg des Ölpreises forcierte auch die Rückführung von Kapital nach dem 11. September 2001 den kräftigen Auftrieb im Baugeschehen. Hinzu kamen erstaunlich hohe Investitionen aus dem Ausland in den Mittleren Osten, die allein im Jahr 2005 etwa 34 Mrd. US-\$ betragen. Zwischen Oktober 2004 und März 2006 haben die Golfstaaten ca. 288 Mrd. US-\$ an Mehreinnahmen gene-

Tab. 2
Ausgaben für die Erweiterung der Flughafeninfrastruktur

	In Mrd. US-\$
Dubai	12,2
Abu Dhabi	6,8
Katar	5,5
Saudi-Arabien	1,5
Kuwait	0,7
Oman	0,3
Bahrain	0,2

Quelle: Bilfinger Berger.

riert. Die Golfregion boomt derzeit mit Wachstumsraten zwischen 7 und 12%, wobei die Investitionen in Sachanlagen die Wachstumsraten in den meisten Ländern deutlich übertreffen.

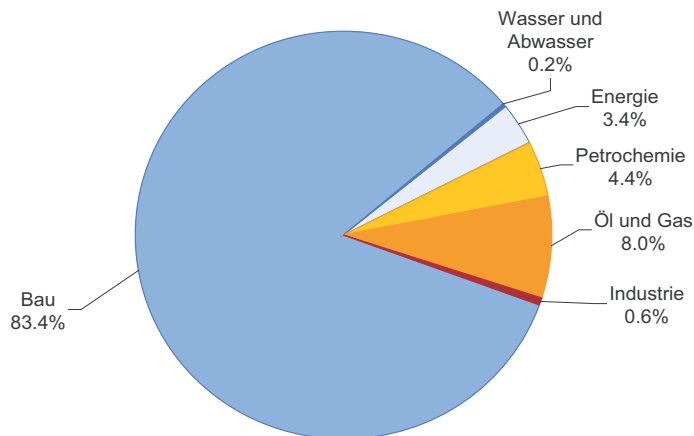
Die arabische Halbinsel entwickelt sich zu einem Luftverkehrsknoten. Die Golfländer haben sich zu einem Hauptkunden bei Boeing und Airbus entwickelt, die dazu erforderliche Infrastruktur wird parallel dazu gebaut. Allein 28 Mrd. US-\$ sind in den nächsten Jahren für die Erweiterung der Flughafeninfrastruktur geplant. Die Fertigstellungen sollen dabei mehrheitlich bis zum Jahr 2010 erfolgen (vgl. Tab. 2).

Die Vereinigten Arabischen Emirate haben sich klar an die Spitze des Baubooms am Golf gesetzt. Knapp zwei Drittel aller Bauvorhaben werden dort realisiert. Es folgen Saudi-Arabien und Katar. Dort werden im Bausektor seit dem Jahr 2000 zweistellige Wachstumsraten verzeichnet. Das von vielen erwartete Platzen der Immobilienblase in Dubai ist bis dato nicht eingetreten. Nachdem nun auch Ausländer bei ausgewählten Projekten Eigentum erwerben können und – in Verbindung mit einem Immobilienkauf – die steuerlich nicht uninteressante Möglichkeit der dauerhaften Aufenthaltsbewilligung besteht, reißt der Sturm der Interessenten nicht ab.

... forcieren die Bautätigkeit im Nahen und Mittleren Osten

Andere Länder aus der Region folgen diesem Beispiel. Demzufolge florieren nicht nur die Öl- und Gassektoren, sondern auch der Dienstleistungssektor – insbesondere die IT-Branche – und der Tourismus, was zusätzliche Nachfrage nach Bauleistungen schafft. Da die Bevölkerung um 8 bis 10% jährlich wächst, sind umfangreiche Investitionen in die Infrastruktur unerlässlich. Insbesondere die Wasserversorgung und -entsorgung, Straßen, Häfen, Flughäfen, Kraftwerke und der öffentliche Nahverkehr müssen erweitert werden. Gleichzeitig werden große Anstrengungen beim Ausbau des Gesundheits- und Bildungswesen unternommen. Dabei errichtet man nicht nur Schulen und Universitäten,

Abb. 7
Struktur der geplanten Projekte in der Golfregion



Quelle: Bilfinger Berger.

sondern ganze Medical Cities werden aus dem Boden gestampft. Auch die Investitionen in Hotels haben noch kein Ende gefunden. Die Hotels sind im Durchschnitt zu 80% ausgelastet – und das zu guten Preisen.

Zukünftige Bauprojekte werden hauptsächlich im reinen Baubereich stattfinden, aber auch die Petrochemie sowie der Öl- und Gasbereich sind von Bedeutung. Die Bauaktivitäten finden mit jeweils rund 35% vor allem im Infrastrukturbereich sowie im Wirtschaftsbau statt. Auf den Wohnungsbau entfallen nur knapp 30% (vgl. Abb. 7).

Auch in den nächsten Jahren dürfte sich diese Verteilung kaum ändern. Die zukünftigen Projekte in der Region – ohne Iran – machen ein Gesamtvolumen von rund 200 Mrd. US-\$ aus. Darunter sind Megaprojekte wie die *King Abdullah Economic City* in Saudi-Arabien mit etwa 28 Mrd. US-\$ Investmentvolumen. Hinzu kommen geplante Infrastrukturprojekte wie das 60 km lange U-Bahnnetz in Dubai sowie ein Eisenbahnnetz für die gesamte Region.

Nachdem die Attraktivität des Marktes weltweit bekannt ist, gibt es eine entsprechend starke Konkurrenz bei allen Ausschreibungen. Die asiatischen Wettbewerber haben immer noch deutliche Kostenvorteile gegenüber den europäischen Unternehmen. Der Bauboom in der Golfregion führt aber auch zu steigenden Lohn- und Materialkosten und bringt die regionalen Firmen zunehmenden unter Druck. Die Auftraggeber sind bestrebt, sämtliche Risiken auf die Unternehmen abzuwälzen. Preisgleitklauseln lassen sich in der Region kaum oder nicht durchsetzen. Auch administrative Unzulänglichkeiten bergen für die dort tätigen Unternehmen zum Teil immense Risiken. Aussichtsreich erscheint es daher für europäische Unternehmen, mit lokalen Unter-

nehmen gemeinsam aufzutreten und deren Netzwerke und Know-how zu nutzen.

Anhaltend hoher Infrastrukturbedarf in den asiatischen Ländern

Im letzten Referat ging Dr. *Sebastian Paust*, Stellvertretender Exekutivdirektor der Asiatischen Entwicklungsbank, detaillierter auf den riesigen Infrastrukturbedarf in den asiatischen Ländern ein.

Eine möglichst gut ausgebaute Infrastruktur ist nämlich eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass die asiatischen Länder die prognostizierten Wachstumsraten auch erreichen. Adäquate und moderne Systeme für Verkehr, Transport, Energie und Wasser sind das Rückgrat moderner Volkswirtschaften.

Solche Netzwerke sind fundamental für den Zugang zu regionalen und internationalen Märkten. Dass bereits der intensive Ausbau der Infrastruktur in Asien einen positiven Einfluss auf das Wirtschaftswachstum hatte, wird in China, Thailand und Vietnam deutlich. Denn diese drei Länder weisen bereits seit Jahren weltweit besonders hohe Wachstumsraten auf. Asien insgesamt dürfte 2006 um gut 8% gewachsen sein. In China dürfte sich gleichzeitig das Bruttoinlandsprodukt sogar um rund 10% erhöht haben, in Indien dürften es immerhin noch gut 7% gewesen sein. Aber auch in den übrigen asiatischen Ländern hat sich das Wachstum sogar noch beschleunigt. Pakistan wuchs in den letzten Jahren schneller als im Durchschnitt der letzten Jahrzehnte. Vietnam, Laos und Kambodscha verzeichnen ebenfalls eine sehr starke Wachstumsphase. Die Investitionsquote ist in den asiatischen Ländern mit mehr als 30% des BIP sehr hoch. Viele Investitionen gehen in die Infrastruktur. In Ländern wie China, Thailand und Vietnam entfallen über 7% des BIP allein auf diesen Teilbereich. Die Kapazitäten zur Energieerzeugung wuchsen in der Vergangenheit erheblich, das Straßennetz wurde ebenfalls deutlich ausgebaut. Dennoch werden in Asien weiterhin massive Infrastrukturinvestitionen benötigt. 35% der asiatischen Landbevölkerung haben noch keinen Zugang zu einer asphaltierten Straße, 34% der Haushalte besitzen keine Stromversorgung, ein Viertel der Bevölkerung hat keinen Wasseranschluss. Selbst in einem Land wie China verfügen nur 76% der Bevölkerung über einen Wasseranschluss, nur 39% sind an die Kanalisation angeschlossen. In dem sich besonders dynamisch entwickelnden Vietnam besitzt nur etwa die Hälfte der Bevölkerung einen Wasseranschluss und nur rund ein Viertel einen Anschluss an die Kanalisation.

Das Wachstum in Asien geht vor allem von den Städten aus. Fast 70% des BIP der asiatischen Volkswirtschaften wird in den Städten erwirtschaftet. Das Bruttoinlandsprodukt pro

Kopf ist in Shanghai ist beinahe elfmal höher als das in China insgesamt. Die zunehmende Urbanisierung führt zu einem zunehmenden Bedarf an Infrastruktur und Lebensraum, der von Luxusapartments bis hin zu Wohnblocks reicht. Tatsächlich leben aber immer noch 1,2 Mrd. Menschen in den Regionen außerhalb der Städte. Die Bewohner der Städte sind jedoch in vielfältiger Form von den Produkten und Dienstleistungen abhängig, die in ländlichen Regionen erbracht werden – und umgekehrt. Daher ist es notwendig, beide Bereiche durch eine effiziente Infrastruktur miteinander zu verbinden. Auch die Verbindungen zu den Nachbarländern müssen weiter ausgebaut werden, nicht zuletzt um den intraregionalen Handel weiter zu fördern. Nach Berechnungen der Asiatischen Entwicklungsbank müssen in den nächsten fünf Jahren 1 Bill. US-\$ an Infrastrukturinvestitionen getätigt werden, um die prognostizierten Wachstumsraten zu erreichen. Viele asiatische Staaten planen bereits, ihre Ausgaben für die Infrastruktur aufzustocken. Die indonesische Regierung will 20 bis 40% der geplanten 145 Mrd. US-\$ bereit in den nächsten fünf Jahren für die Infrastruktur zur Verfügung stellen. Auf den Philippinen sollen die Ausgaben für Infrastruktur bis zum Jahr 2010 rund 33 Mrd. US-\$ betragen.

Europäische Unternehmen haben im Wettbewerb um Bauprojekte jedoch strukturelle Nachteile. Für Aufträge in den asiatischen Ländern sind die Mobilisierungskosten, Arbeitskosten und die Fixkosten europäischer Firmen sehr hoch. Hinzu kommt, dass ausländische Anbieter bei Ausschreibungsverfahren oder Zollbestimmungen oftmals diskriminiert werden, was den Markteintritt zusätzlich erschwert. Gleichzeitig gewinnen die inländischen Unternehmen immer mehr Erfahrung und erhalten zunehmend auch Aufträge für komplexere Projekte.

Für spezialisierte Baustoffanbieter sowie Anbieter von Ingenieur- und Fertigungslösungen stellt sich die Situation wesentlich besser dar, da dort das Know-how und die notwendigen Fähigkeiten noch nicht vorhanden sind. Aber nicht nur die passende Nische, sondern auch die richtigen Partnerfirmen vor Ort sind für den Erfolg eines Unternehmens bedeutsam.

Die meisten Bauprojekte in Asien werden in China durchgeführt. Die dortige Bauindustrie ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. Zu dieser positiven Entwicklung dürften umfangreiche Baumaßnahmen für die Olympischen Spiele in Beijing, die so genannte westliche Entwicklungsstrategie sowie die Reform des Wohnungsbaumarktes maßgeblich beigetragen haben. Infrastrukturmaßnahmen waren zudem ein wesentliches Element des letzten Fünfjahresplans.

Die chinesische Regierung plant, bis zum Jahr 2010 mindestens 400 Mrd. US-\$ für den Bau von Flughäfen, Stra-

ßen, Wasserwegen und anderen öffentlichen Projekten auszugeben. Allein in den Schienenbau sollen 200 Mrd. US-\$ investiert werden. Neben diesen öffentlichen Bauaktivitäten sind auch die privaten Investitionen nicht zu vernachlässigen. Für den Wohnungsbau wurden im Jahr 2005 allein 165 Mrd. US-\$ ausgegeben. Die chinesische Bauindustrie ist eine der größten Branchen des Landes. Im Jahr 2002 arbeiteten in rund 70 000 Bauunternehmen etwa 40 Mill. Menschen.

Die Infrastruktur und die Bauindustrie ist in Indien deutlich weniger entwickelt als in China. Indien hat sein Potential aber bei weitem noch nicht erschöpft. Das Land verfügt über ein hohes Bevölkerungswachstum, qualifizierte Arbeitskräfte, viele ausländische Investoren und integriert sich zunehmend in die Weltwirtschaft. Indien besitzt eines der größten Straßennetze der Welt – doppelt so groß wie das chinesische. Es ist jedoch von äußerst schlechter Qualität. Die indische Regierung hat angekündigt, in den nächsten Jahren 150 Mrd. US-\$ zu investieren, um Straßen, Häfen und das Schienennetz zu verbessern. Damit diese Investitionen realisiert werden können, wurde ein umfangreiches Privatisierungsprojekt in Gang gesetzt.

In der Tat ist Indien immer noch das Hauptziel von Firmen, die ihre IT-Aktivitäten auslagern wollen. Nach den derzeitigen Planungen werden in den nächsten fünf Jahren fast 50 Mill. m² Bürofläche im Premium Bürosegment fertiggestellt. Hinzu kommen mindestens 600 neue Shoppingcenter, die bis zum Jahr 2010 gebaut werden sollen. Auch der Wohnungsbedarf ist enorm. Der Anstieg der Gehälter wird zudem dafür sorgen, dass die Qualität im Wohnungsbau noch steigen muss.

Mittelfristige Aussichten der weltweiten Baunachfrage nicht ungünstig

50

Erich Gluch

Seit über 20 Jahren führt das ifo Institut eine vierteljährliche weltweite Expertenbefragung bei über 1 000 Teilnehmern in 90 Ländern durch, den World Economic Survey, WES. Im Rahmen der Erhebung im Oktober 2006 wurde eine Sonderfrage zur Entwicklung der Baunachfrage eingefügt.

Das ifo Institut für Wirtschaftsforschung führt bereits seit 1981 vierteljährlich eine weltweite Umfrage bei Wirtschaftsexperten multinationaler Unternehmen und kompetenter Institutionen durch. Dabei stehen, im Gegensatz zu den amtlichen Statistiken, die auf quantitativen Informationen basieren – also Wert- bzw. Volumengrößen – qualitative Informationen im Vordergrund. Aus den Urteilen und Erwartungen der Wirtschaftsexperten können somit wesentlich frühzeitiger als mit amtlichen Daten Aussagen zur aktuellen Wirtschaftslage getroffen sowie Prognosen erstellt werden. Nach den Ergebnissen der 94. Befragung vom Oktober 2006 haben sich die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Lage zum fünften Mal in Folge verbessert; die Erwartungen für die nächsten sechs Monate trübten sich hingegen etwas ein.¹

Im Vorfeld der 62. Euroconstruct-Konferenz nutzte das ifo Institut diesen erfahrenen und kompetenten Teilnehmerkreis, um in einer Sonderfrage Informationen über die zukünftige weltweite Entwicklung der Baunachfrage zu gewinnen. Dabei wurden den Testteilnehmern folgende zwei Fragen gestellt:

Besonders positiv fielen die Urteile für die skandinavischen Länder aus. Lediglich Portugal weist einen deutlichen Minussaldo auf. Das portugiesische Partnerinstitut der Euroconstruct-Gruppe geht für die Jahre 2006 und 2007 von einem kumulierten Rückgang des Bauvolumens in Portugal von fast 10% aus.

Wesentlich weniger optimistisch waren die Schätzungen bezüglich der Entwicklung in den Jahren 2008 bis 2010. Nur für Großbritannien, die Niederlande und Portugal ergab sich ein deutlich positiver Saldo (Differenz der »eher stärker«-Urteile und »eher schwächer«-Urteile). Für die derzeitigen Spitzenreiter im Wohnungsbau – Spanien und Irland – wird sogar mit einem kräftigen Einbruch gerechnet. Daneben überwiegen noch in der Schweiz und in Belgien die pessimistischen Einschätzungen ganz offensichtlich. In allen übrigen Ländern – mit Ausnahme von Österreich und Griechenland – wird mit einer nur leicht schwächeren Entwicklung der Baunachfrage gerechnet als in der Wirtschaft insgesamt.

Die Ergebnisse für die mittel- und ost-europäischen Länder sowie die Türkei

Please assess the **construction demand** in your country. Compared with growth of the total economy, construction demand will grow (in real terms) ...

	in the current and the next year	in the next 3 to 5 years
... stronger	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
... about the same	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
... weaker	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

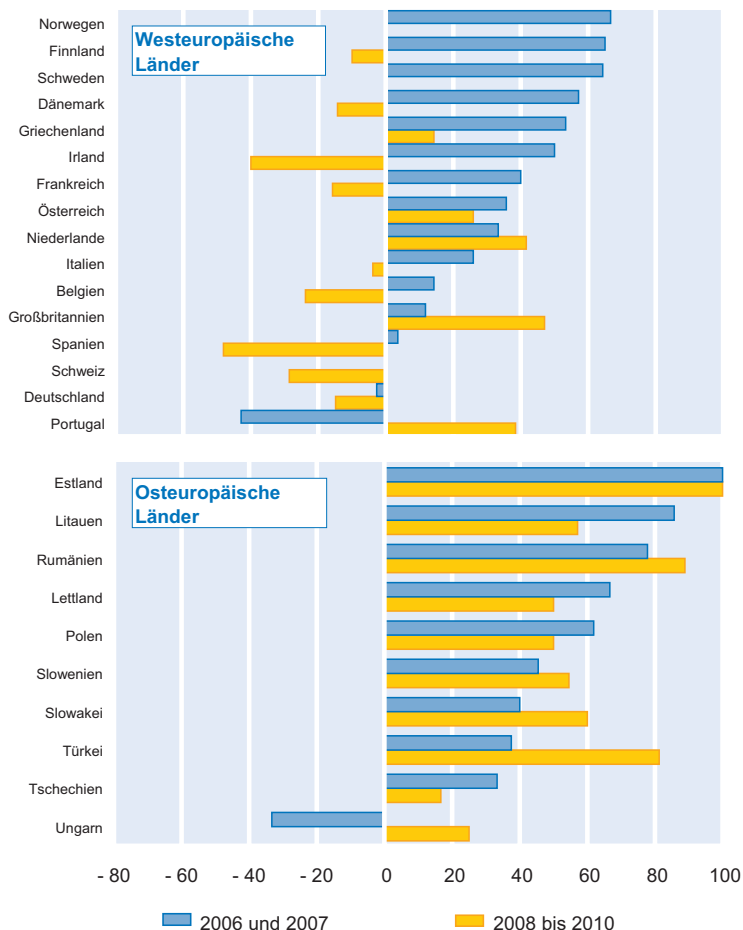
Die Umfrageergebnisse für die westeuropäischen Länder zeigen deutlich, dass die gute Baukonjunktur auch 2007 in nahezu allen Ländern anhalten dürfte (vgl. Abb. 1).

fallen sowohl für 2006 und 2007 als auch für die mittelfristige Sicht (2008 bis 2010) merklich optimistischer aus als für die westeuropäischen Länder. Im aktuellen Prognosezeitraum (2006 bis 2007) erwarteten lediglich die Testteilnehmer aus Ungarn, dass sich die Baunachfrage schwächer entwickeln wird als die Gesamtwirtschaft. Die Prognosen des ungarischen Euroconstruct-Partnerinstituts

¹ G. Nerb und A. Stangl, »Weltwirtschaft: Klimaindikator sinkt leicht«, ifo Schnelldienst Jg. 59, Nr. 23/2006, 32–40.

Abb. 1
Entwicklung der Baunachfrage in europäischen Ländern
2006 bis 2010

Die Baunachfrage wird sich in den Jahren ... im Vergleich zur Gesamtwirtschaft ... entwickeln:
 Saldo der "eher besser"-Antworten und "eher schlechter"-Antworten in %



Quelle: World Economic Survey, Oktober 2006, ifo Institut.

lauten kumuliert für die Jahre 2006 und 2007: Bauvolumen: + 4%; BIP: + 6 1/2%.

Besonders positiv schneiden für beide Prognoseperioden die drei baltischen Länder (Estland, Litauen und Lettland), aber auch Rumänien und Polen ab. Für die Türkei stehen »die besten Jahre« anscheinend noch bevor, zumindest was den Umfang der noch erwarteten Bauaktivitäten betrifft. Aber auch in Ungarn dürften mittelfristig die Bauinvestitionen wieder kräftig anziehen. Per saldo gingen für den Zeitraum 2008 bis 2010 rund ein Viertel der befragten Experten von eher stärker als die Gesamtwirtschaft steigenden Bauaktivitäten aus. Nach den Euroconstruct-Prognosen dürften 2008 und 2009 das Bauvolumen in Ungarn um durchschnittlich 7% p.a. zulegen – bei einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum von rund 3% p.a.

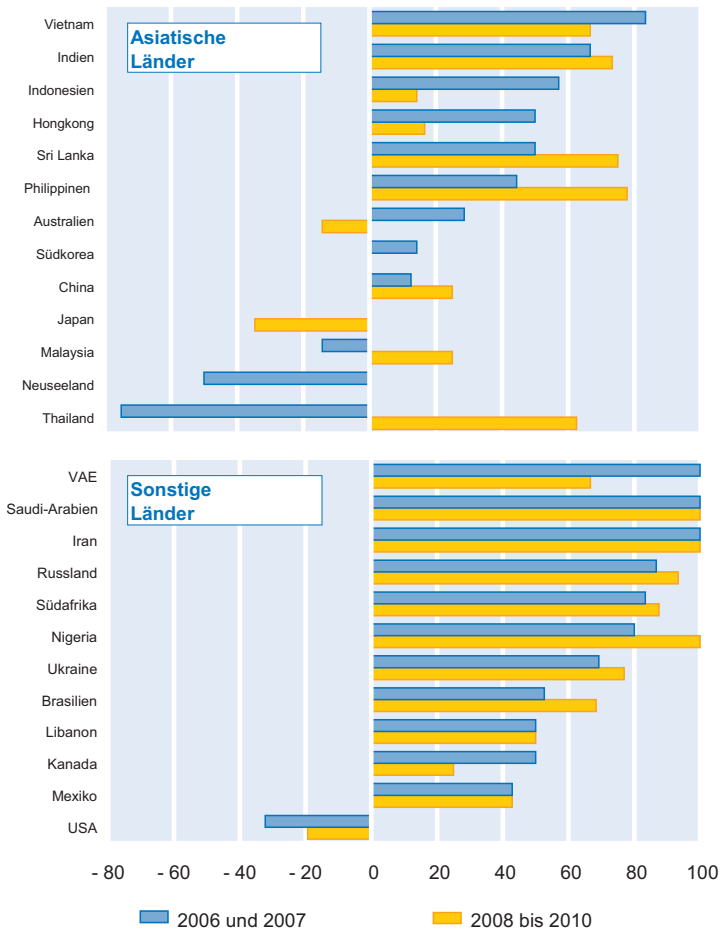
In den meisten asiatischen Ländern dürfte sich die Bauwirtschaft 2006 und 2007 – auch im Vergleich zur Gesamtwirtschaft – recht gut entwickeln (vgl. Abb. 2). Die hervorragenden mittel- und osteuropäischen Werte werden allerdings in den meisten Fällen nicht erreicht. Überraschend ist, dass China nicht in der Spitzengruppe liegt. Dort sind im aktuellen Prognosezeitraum Vietnam und Indien positioniert, zwei derzeit rasch wachsende Volkswirtschaften, die aber mit einer deutlichen Verzögerung gegenüber China aus den »Startlöchern« gekommen sind. Dadurch weisen sie natürlich – bezogen auf China – ein noch größeres Nachholpotential an dringend notwendigen Baumaßnahmen auf. Sehr pessimistisch wird die derzeitige Situation in Thailand und Neuseeland, nicht ganz so schlimm in Malaysia gesehen. Für die meisten Länder sollten jedoch, nach den Experteneinschätzungen, die Jahre 2008 bis 2010 besser verlaufen. Lediglich für Japan und Australien wird eine deutliche Verschlechterung erwartet. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass Australien bereits eine langjährige Expansionsphase absolviert hat.

Die übrigen ausgewählten Industrie- bzw. Schwellenländer weisen zum größten Teil Ergebnisse auf, die auf anhaltende Boomphasen hinweisen – mit einer einzigen Ausnahme: den Vereinigten Staaten von Amerika. Während die Baunachfrage in den Golfstaaten sowie dem Iran bis zum Ende des Jahrzehnts nahezu durchgängig stärker wachsen dürfte als die Gesamtwirtschaft, wird in Russland, Südafrika oder Brasilien die Entwicklung nur geringfügig ungünstiger gesehen. Dabei dürfte in Russland und Brasilien der Rohstoffreichtum die positive Entwicklung im Bausektor unterstützen. In Südafrika könnten umfangreiche Baumaßnahmen im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2010 die mittelfristige Sicht beeinflusst haben. In den USA dürfte sich 2007 das Auslaufen des langjährigen Wohnungsbaubooms bemerkbar machen. Es überrascht aber etwas, dass die Experten auch noch für die Jahre 2008 bis 2010 mit einer schwächeren Baunachfrage in den Vereinigten Staaten rechnen.

Die Qualität der Umfrageergebnisse kann nach einer einzigen Umfrage nur schwer beurteilt werden. Für den aktuellen Prognosezeitraum (2006 und 2007) stimmen die Ergebnisse jedoch recht gut mit den Prognosen der Euroconstruct-Partnerinstitute überein. Für die übrigen Länder konnten diese Vergleiche nicht durchgeführt werden. Da jedoch

Abb. 2
Entwicklung der Baunachfrage in nicht-europäischen Ländern
2006 bis 2010

Die Baunachfrage wird sich in den Jahren ... im Vergleich zur Gesamtwirtschaft ... entwickeln:
 Saldo der "eher besser"-Antworten und "eher schlechter"-Antworten in %



Quelle: World Economic Survey, Oktober 2006, ifo Institut.

beabsichtigt ist, diese Sonderfrage zukünftig regelmäßig im Herbst im Rahmen des World Economic Survey (WES) durchzuführen, können bereits in zwei bis drei Jahren wesentlich verlässlichere Aussagen getroffen werden.

Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Umfrage des ifo Instituts bei den freischaffenden Architekten hat sich das *Geschäftsklima*, das sich aus dem Mittelwert der Ergebnisse für die Beurteilung der aktuellen sowie der voraussichtlichen Auftragssituation errechnet, zu **Beginn des 4. Quartals 2006** weiter eingetrübt. Die Verschlechterung des Klimawertes im Vorquartal stellte sich somit nicht als »Eintagsfliege« heraus. »Positiv« ist allenfalls zu konstatieren, dass die Eintrübung im Berichtsquartal nicht ganz so heftig war wie noch ein Vierteljahr zuvor.

Die derzeitige Auftragssituation wurde sichtlich schlechter als im Vorquartal beurteilt (vgl. Abb. 1). Im Berichtszeitraum stieg der Anteil der Testteilnehmer, die ihre aktuelle *Geschäftslage* als »schlecht« bezeichneten, von 43 auf 48%; der Anteil der »gut«-Meldungen verharrte bei knapp einem Fünftel.

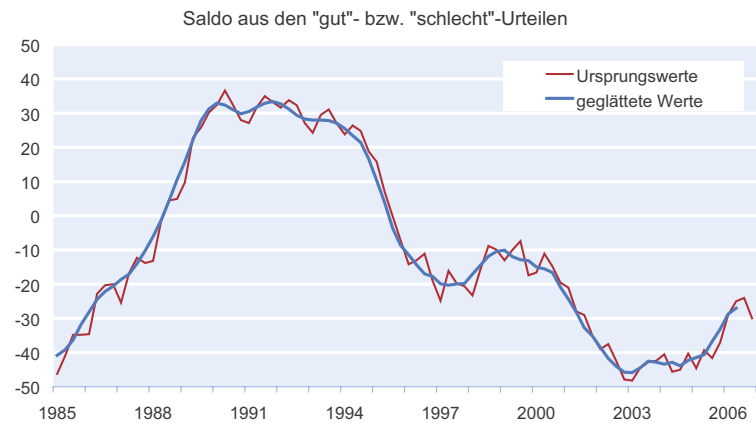
Auch die Perspektiven trübten sich etwas ein. Nach der erheblichen Verbesserung der *Geschäftsaussichten* im Verlauf des 1. Halbjahres 2006 sind nunmehr die wohl »über das Ziel hinausgeschossenen« Erwartungen wieder merklich gedämpfter. Zwar gingen 8% der Testteilnehmer – nach 7% im Vorquartal – von einer »eher günstigeren« Auftragsituation in etwa einem halben Jahr aus. Der Anteil der Architekten, die eine »eher ungünstigere« Entwicklung erwarteten, stieg jedoch gleichzeitig von 26 auf 29%.

Der Anteil der freischaffenden Architekten, die im Verlauf des 3. Quartals 2006 *neue Verträge* abschließen konnten, sank von 49 auf 46%. Der schwache Aufwärtstrend, der sich während der letzten Jahre herausgebildet hat, könnte somit unterbrochen sein.

Das *geschätzte Bauvolumen* aus den neu abgeschlossenen Verträgen (Neubauten ohne Planungsleistungen im Bestand) lag im 3. Quartal 2006 nur knapp über dem Niveau des Vorquartals. Dabei verfehlten die neu akquirierten Planungsaufträge im Wohnungsbau das Volumen des 2. Quartals um rund ein Fünftel, während im Nichtwohnbau ein Plus von gut einem Fünftel zu registrieren war.

Besonders stark fiel der Anstieg bei der *Ordertätigkeit öffentlicher Auftraggeber* aus. Das Auftragsvolumen lag um gut zwei Fünftel über dem Vorquartalsniveau. Gegenüber dem ausgesprochen niedrigen Volumen vor einem Jahr entsprach dies sogar einer Verdreifachung. Hierbei ist allerdings zu be-

Abb. 1
Beurteilung der aktuellen Auftragssituation durch die freischaffenden Architekten



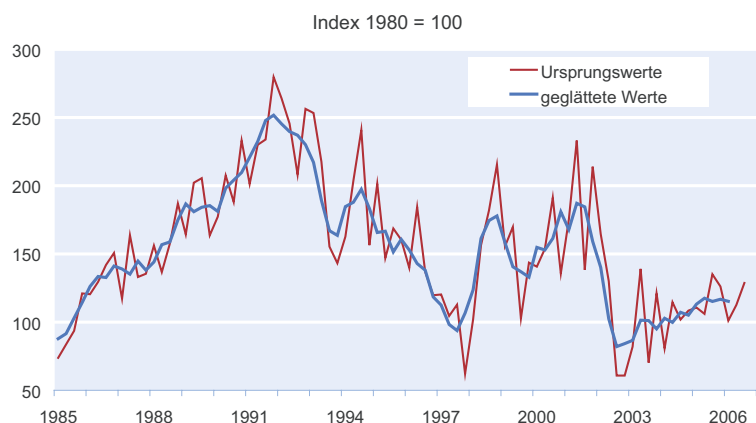
Quelle : ifo Architektenumfrage.

rücksichtigen, dass es in diesem Teilsegment – ähnlich wie bei den gewerblichen Auftraggebern – wegen einzelner Großaufträge wesentlich häufiger als beispielsweise im Wohnungsbau zu »Auftragsspitzen« kommt. Auch wenn das »hohe« Volumen im nächsten Quartal nicht gleich wieder erreicht werden dürfte, könnte die Entwicklung in den beiden letzten Quartalen auf längst überfällige, anziehende öffentliche Auftragsvergaben hinweisen.

Im *gewerblichen Hochbausektor* wurde das Volumen vom Vorquartal hingegen lediglich um rund ein Siebtel übertroffen. Der seit vier Jahren anhaltende, aufwärts gerichtete Trend der Ordetätigkeit setzte sich somit fort (vgl. Abb. 2).

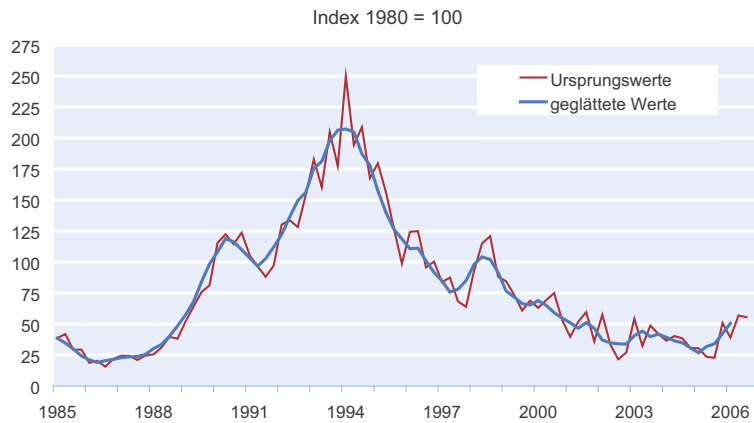
Im Wohnungsbau ist im Berichtszeitraum die Nachfrage nach Planungsleistungen für *Ein- und Zweifamilienhäuser* kräftig eingebrochen. Gegenüber dem Vorquartal sanken die Planungsvolumina in diesem Teilsegment um fast zwei Fünftel,

Abb. 2
Geschätztes Bauvolumen der freischaffenden Architekten von gewerblichen Auftraggebern (EUR)



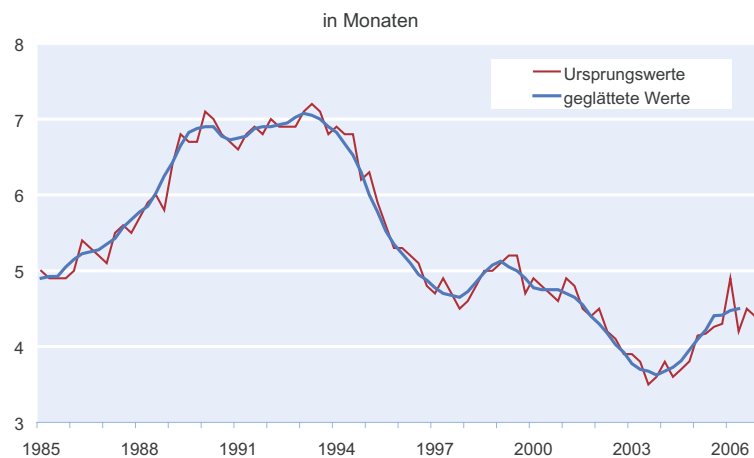
Quelle : ifo Architektenumfrage.

Abb. 3
Geschätztes Bauvolumen der freischaffenden Architekten für Mehrfamiliengebäude (EUR)



Quelle: ifo Architektenumfrage.

Abb. 4
Auftragsbestände der freischaffenden Architekten



Quelle: ifo Architektenumfrage.

während die Planungsaufträge für *Mehrfamiliengebäude* nur geringfügig schrumpften (vgl. Abb. 3). Die gesamten Auftragsengänge im Wohnungsbau wurden durch die dramatische Entwicklung im Ein- und Zweifamilienhausbau deutlich unter den Durchschnittswert der letzten Quartale gedrückt.

Die Reichweite der *Auftragsbestände* verkürzte sich etwas: Die Auftragsreserven der freischaffenden Architekten reichten zum Stichtag 30. September 2006 im Durchschnitt für 4,4 Monate (vgl. Abb. 4). Die Auftragspolster, die in den Jahren 2004 und 2005 noch nahezu kontinuierlich angewachsen waren, verharren seit einigen Quartalen auf dem erreichten Niveau: Vor einem Jahr wiesen die Architekturbüros nämlich bereits Planungsaufträge für 4,3 Monate auf.

Der Index für Konjunkturerwartungen des ZEW und des ifo Instituts, WES, sind für Deutschland identisch

Anna Stangl

Der seit 1971 veröffentlichte ifo Geschäftsklimaindex ist nach einer Umfrage der Nachrichtenagentur Reuters Europas wichtigster Konjunkturindikator, obwohl er sich nur auf Deutschland bezieht. Neben diesem Index verfügt das ifo Institut aber noch über einen anderen, wenig bekannten Index, den Index des Weltwirtschaftsklimas, WES, der seit über zwei Jahrzehnten erhoben und erst seit wenigen Jahren veröffentlicht wird. Dieser Beitrag lenkt den Blick auf den WES und vergleicht ihn mit dem ZEW-Index.

In der Presse und der wissenschaftlichen Literatur wird der ZEW-Index häufig mit dem ifo Geschäftsklimaindex verglichen, der vom Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung erhoben wird.¹ Der Vergleich ist aber insofern nur begrenzt möglich, als sich die Konstruktionsweise der Indices grundlegend unterscheidet. Während der ifo Geschäftsklimaindex durch eine Direktumfrage bei 7 000 deutschen Betrieben erhoben wird, gewinnt der ZEW-Index seine Informationen auf indirekte Weise. Es werden nämlich statt der Unternehmen knapp 300 Experten befragt, die die Wirtschaft im Ganzen beurteilen.

In dieser Hinsicht gleicht der ZEW-Index eher dem WES-Index des ifo Instituts, wobei sich letzterer freilich auf die ganze Welt erstreckt. WES steht für World Economic Survey. Es handelt sich dabei um eine Umfrage unter über 1 000 Experten aus 90 Ländern, die das ifo Institut zusammen mit der International Chamber of Commerce in Paris vierteljährlich von München aus durchführt. Der WES-Index wird vom ifo Institut seit 1981 erhoben und war der Öffentlichkeit lange nicht bekannt. In den letzten Jahren hat sich das ifo Institut aber zur Veröffentlichung der Umfragen entschieden. Die Berichterstattung über die entsprechenden Resultate in den Medien nimmt stetig zu. Dabei erfreuen sich insbesondere die aus dem WES gewonnenen Klimaindices für Europa und die Welt zunehmenden Interesses. Im Folgenden werden nun erstmalig die für Deutschland gewonnenen Teilergebnisse aus dem WES mit dem ZEW-Index verglichen.

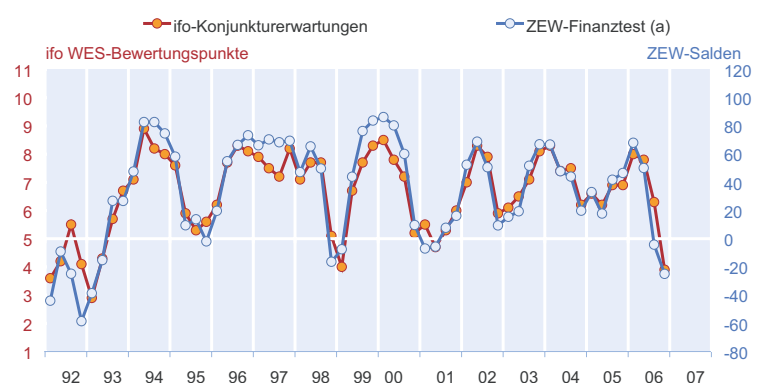
Der WES-Teilnehmerkreis ist, abgesehen von der einheitlich hohen Fachkunde, sehr heterogen. Unter den Institutionen, die ihre Repräsentanten benennen, befinden sich multinationale Unternehmen, Stiftungen und Wirtschaftsforschungseinrichtungen sowie nationale und internationale Wirtschaftskammern. Die befragten Experten sind in den Ländern tätig, über die sie berichten.

¹ Presseberichte erschienen u.a. in Horn (2006, 10), Brockett und Meier (2006), Bloomberg (19.09.2006), Authers (2006). Wissenschaftliche Studien unter anderem von Scheuerle (2006), Brenner und Meier (2003/2005), Hüfner und Schröder (2002), Hinze (2003), Dreger und Schumacher (2005), sowie Breitung und Jagodzinski (2001).

Hinsichtlich der Fragen nach der aktuellen Wirtschaftslage und den Erwartungen gibt es zwischen dem WES und dem ZEW-Index kaum Unterschiede. Die beiden Indikatoren unterscheiden sich nur in drei Aspekten: der Zusammensetzung des Panels, der Größe des Panels und der Periodizität der Umfrage. Während das ifo Institut neben etwa 1 000 ausländischen Experten 60 bis 80 deutsche Wirtschaftsexperten aus unterschiedlichen Wirtschaftssektoren befragt, zielt der ZEW-Finanzmarkttest bei seiner Befragung der ca. 300 Analysten überwiegend auf den deutschen Finanzsektor. Die ifo-Expertenumfrage WES wurde bereits im Jahre 1981 eingeführt und 1983 fest installiert. Die ZEW-Zeitreihen stehen erst seit 1991 zur Verfügung. Der WES wird vierteljährlich und der ZEW-Index wird monatlich erhoben.

Sowohl im Rahmen der ifo-Expertenumfrage WES als auch des ZEW-Finanzmarkttests werden die ausgewählten Experten nach der Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage in Deutschland und ihren Konjunkturerwartungen für die kommenden sechs Monate gefragt. Diese Herangehensweise basiert auf der Grundidee, dass die befragten Experten als eine Art Wirtschaftsbarometer fungieren und ihre Antwort auf die Frage nach der gesamtwirtschaftlichen Situation das Ergebnis einer komplexeren Zusammenschau, in die eine Vielzahl von nach ihrer Bedeutung gewichteten Faktoren (Inflation, Arbeitsmarktsituation, Konkurrenzfähigkeit, politische Stabilität usw.) einfließen, ist. Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, hoch qualifizierte Wirtschafts- und Landeskenner für eine derartige Umfrage zu gewinnen und dann auch zu behalten. Umso erfreulicher ist es, dass die 60 bis 80 WES-Teilnehmer, die das ifo Institut (zusätzlich zu seiner Umfrage unter 7 000 Betrieben für das ifo Geschäftsklima) in Deutschland befragt, die gleiche Einschätzung abgeben wie das ca. 300 Teilnehmer starke ZEW-Panel, das ausschließlich aus Analysten und institutionellen Anlegern besteht.

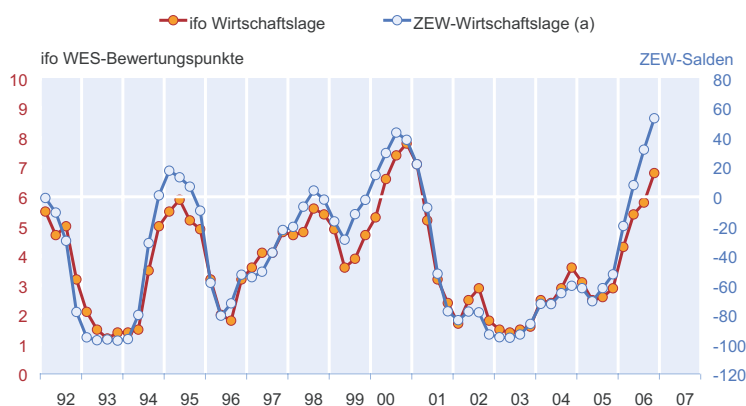
Abb. 1
ifo Konjunkturerwartungen (WES) und ZEW-Konjunkturerwartungen für Deutschland



(a) Quartalsdurchschnitte, berechnet vom ifo Institut.

Quelle: ifo World Economic Survey (WES) und ZEW Finanzmarkttest.

Abb. 2
ifo Wirtschafts- (WES) und ZEW-Wirtschaftslage für Deutschland



(a) Quartalsdurchschnitte, berechnet vom ifo Institut.

Quelle: ifo World Economic Survey (WES) und ZEW Finanzmarkttest.

Sowohl hinsichtlich der Konjunkturerwartungen als auch der Lageeinschätzung ist die Übereinstimmung der beiden Zeitreihen sehr hoch, und zwar sowohl in der Richtung als auch im Ausmaß der Veränderung. Der Indikator für die Wirtschaftslage spiegelt die Urteile über die aktuelle wirtschaftliche Situation in Deutschland wider. Der Indikator für die Konjunkturerwartungen beschreibt die Einschätzungen über die zukünftige Wirtschaftsentwicklung auf Sicht von sechs Monaten. Die Indikatoren werden beim ZEW als Differenz der positiven und negativen Urteile und beim WES als Durchschnitt über die Bewertungspunkte aller Teilnehmer errechnet. Der Korrelationskoeffizient von Pearson-Bravais liefert für die Jahre 1992 bis 2006 einen Wert von 0,95 bei den Erwartungen und einen Wert von 0,97 bei den Lageurteilen. Die Abbildungen 1 und 2 verdeutlichen diese Aussagen in aller Klarheit. Dabei werden für den ZEW-Index, der in blau abgebildet ist, wegen der besseren Vergleichbarkeit Quartalsdurchschnittswerte dargestellt.

Die Ähnlichkeit der Kurven ist für sich genommen sicherlich für keines der beiden Institute ein Beweis für eine hohe Prognosekraft der Indikatoren. Sie belegt aber dreierlei: Erstens zeigt sie, dass die beiden Indikatoren frei sind von subjektiven Urteilen der Wissenschaftler, die sie erheben. Es gibt keine verborgenen Konstruktionsmerkmale der Indices, die einen unkontrollierten Einfluss auf die Ergebnisse nehmen. Zweitens zeigt sie, dass der begrenzte Stichprobenumfang bei den deutschen WES-Teilnehmern, die ja nur eine kleine Teilmenge der weltweit befragten Experten darstellt, keine Einschränkung in der Prognosekraft bedeutet. Drittens zeigt sie, dass kein wesentlicher Unterschied besteht, ob man Finanzmarktexperten oder andere Wirtschaftsexperten befragt. Es scheint sich in der »economic community« eines Landes rasch ein allgemeiner Konsens über die Interpretation der Wirtschaftsdaten herauszubilden, der sich einheitlich in den Umfrageergebnissen zeigt. Dass dieser Konsens nicht unbedingt deckungsgleich ist mit den Urteilen der

wirtschaftlichen Akteuren selbst, die beim ifo Geschäftsklimaindex befragt werden, steht auf einem anderen Blatt. Hier hat das Jahr 2006 ja gezeigt, dass diese Akteure ein viel früheres und realistischeres Bild über die wirkliche Stärke des deutschen Wirtschaftsaufschwungs hatten als die Experten, die das Geschehen nur beobachtet haben. Natürlich kann eine Expertenbefragung das wirtschaftliche Geschehen nicht in der gleichen Tiefe und Breite erfassen, wie eine Direktbefragung der Unternehmen in unterschiedlichen Wirtschaftszweigen und Branchen. Wenn das ifo Institut den WES weltweit gleichwohl nur als Expertenbefragungen organisiert und den ifo Geschäftsklimaindex bei seinen internationalen Umfragen nicht repliziert, so liegt das allein an den technischen und ökonomischen Schwierigkeiten, die ein solches Unterfangen mit sich brächte. Nichtsdestotrotz ist eine weltweite Expertenbefragung, wie sie bei WES stattfindet, eine sinnvolle Alternative, um ein möglichst aktuelles Bild über die Wirtschaftslage und Zukunftsperspektiven für eine Vielzahl an Industrie- und Transformationsstaaten zu erhalten. Gerade in Ländern, in denen die amtliche Statistik auf einer unsicheren Datenbasis steht oder nicht genügend aktuelle Informationen liefert, sind die von Wirtschaftsexperten vor Ort abgegebenen Urteile und Erwartungen oft die einzig verfügbare Information und von besonderem Wert. Kein anderer Indikator, der bei anderen Instituten oder internationalen Organisationen benutzt wird, gibt einen ähnlich zeitnahen und breiten Überblick über die weltwirtschaftliche Entwicklung wie der WES.

Literatur

- Authers, J. (2006), »The Short View: Renewed stagflation fears unjustified«, *Financial Times*, 17. Oktober.
- Benner, J. und C.-P. Meier (2003), »Prognosegüte alternativer Frühindikatoren für die Konjunktur in Deutschland«, Working Papers 1139, Kiel Institut für Weltwirtschaft.
- Benner, J. und C.-P. Meier (2005), »Was leisten Stimmungskennzahlen für die Prognose des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland? Eine Echtzeitanalyse«, *Die Weltwirtschaft* (3), 241–355.
- Breitung, J. und D. Jagodzinski (2001), »Prognoseeigenschaften alternativer Indikatoren für die Konjunktur in Deutschland«, *Konjunkturpolitik* 47, 292–314.
- Brockett, M. und S. Meier (2006), *European Economies: German Investor Optimism Declined*, Bloomberg.
- Dreger, C. und C. Schumacher (2005), »The Out-of-Sample Performance of Leading Indicators for the German Business Cycle«, *Journal of Business Cycle Measurement and Analysis* 2, 71–88.
- Hinze, J. (2003): *Prognosegehalt von ifo-Geschäftserwartungen und ZEW-Konjunkturerwartungen: eine Anmerkung*, HWWA Discussion Paper 236.
- Horn, K. (2006), »Dekabank: Den idealen Indikator gibt es nicht«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 23. August, 10.
- Hüfner, F.P. und M. Schröder (2002), »Prognosegehalt von ifo-Geschäftserwartungen und ZEW-Konjunkturerwartungen: Ein ökonometrischer Vergleich«, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 222(3), 316–336.
- Scheuerle, A. (2006), *Was taugen die ifo- und ZEW-Frühindikatoren zur Konjunkturanalyse?*, Konjunktur, Zinsen, Währungen. DekaBank.

ifo Institut für Wirtschaftsforschung

im Internet:

<http://www.ifo.de>

